

WIRTSCHAFT UND STATISTIK

- Arbeitnehmerüberlassungen – Bestand und Entwicklungen
- Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten • Inlandstourismus
- Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes • Preise
- Die Grenzen des Erfindungsgeistes im Transportwesen



6/2008

Statistisches Bundesamt

Herausgeber: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden

Schriftleitung: Walter Radermacher
Präsident des Statistischen Bundesamtes
Verantwortlich für den Inhalt:
Brigitte Reimann,
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 20 86
- E-Mail: wirtschaft-und-statistik@destatis.de

Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage
Part of the Elsevier Group
Postfach 43 43
72774 Reutlingen
Telefon: + 49 (0) 70 71 / 93 53 50
Telefax: + 49 (0) 70 71 / 93 53 35
E-Mail: destatis@s-f-g.com
www.destatis.de/publikationen

Druck: Werbedruck GmbH Horst Schreckhase, Spangenberg

Erscheinungsfolge: monatlich

Erschienen im Juli 2008

Einzelpreis: EUR 15,- [D]

Jahresbezugspreis: EUR 130,- [D]

zuzüglich Versandkosten

Bestellnummer: 1010200-08106-1 – ISSN 1619-2907

Die Kündigung des Abonnements ist nur zum Jahresende unter Einhaltung einer vierteljährlichen Kündigungsfrist möglich.



Allgemeine Informationen über das Statistische Bundesamt und sein Datenangebot erhalten Sie:

- im Internet: www.destatis.de

oder bei unserem Informationsservice
65180 Wiesbaden

- Telefon: + 49 (0) 6 11 / 75 24 05
- Telefax: + 49 (0) 6 11 / 75 33 30
- www.destatis.de/kontakt

Abkürzungen

WiSta	=	Wirtschaft und Statistik
MD	=	Monatsdurchschnitt
VjD	=	Vierteljahresdurchschnitt
HjD	=	Halbjahresdurchschnitt
JD	=	Jahresdurchschnitt
D	=	Durchschnitt (bei nicht addierfähigen Größen)
Vj	=	Vierteljahr
Hj	=	Halbjahr
a. n. g.	=	anderweitig nicht genannt
o. a. S.	=	ohne ausgeprägten Schwerpunkt
St	=	Stück
Mill.	=	Million
Mrd.	=	Milliarde

Zeichenerklärung

p	=	vorläufige Zahl
r	=	berichtigte Zahl
s	=	geschätzte Zahl
–	=	nichts vorhanden
0	=	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
.	=	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
...	=	Angabe fällt später an
X	=	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
I oder —	=	grundsätzliche Änderung innerhalb einer Reihe, die den zeitlichen Vergleich beeinträchtigt
/	=	keine Angaben, da Zahlenwert nicht sicher genug
()	=	Aussagewert eingeschränkt, da der Zahlenwert statistisch relativ unsicher ist

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

Inhalt		Seite
	Kurznachrichten	455
Textteil		
<i>Christoph-Martin Mai</i>	Arbeitnehmerüberlassungen – Bestand und Entwicklungen	469
<i>Jacek Zwania</i>	Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten	477
<i>Dr. Martin Szibalski</i>	Inlandstourismus 2007: Vorjahresergebnis deutlich übertroffen	483
<i>Sigrid Nicodemus</i>	Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2007	496
<i>Karsten Sandhop</i>	Preise im Mai 2008	504
<i>Historischer Beitrag</i>	Die Grenzen des Erfindungsgeistes im Transportwesen	509
	Übersicht über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge	519
Tabellenteil		
	Inhalt	1*
	Statistische Monatszahlen	2*

Für die Zeit vor dem 1. Januar 2002 ermittelte DM-Beträge wurden zum amtlich festgelegten Umrechnungskurs 1 Euro = 1,95583 DM in Euro umgerechnet. Aufgrund der kaufmännischen Rundung kann es bei der Summenbildung zu geringfügigen Abweichungen kommen. Auch vor dem 1. Januar 2002 aus DM-Werten errechnete Zuwachsraten und Anteile können aus diesem Grund geringfügig von den in Euro dargestellten Werten abweichen.

Angaben für die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand seit dem 3. 10. 1990. Die Angaben für das „frühere Bundesgebiet“ beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland nach dem Gebietsstand bis zum 3. 10. 1990; sie schließen Berlin-West ein. Die Angaben für die „neuen Länder und Berlin-Ost“ beziehen sich auf die Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen sowie auf Berlin-Ost.

Contents		Page
	News in brief	455
Texts		
<i>Christoph-Martin Mai</i>	Temporary workers – numbers and trends	469
<i>Jacek Żwania</i>	Shifting of economic activities	477
<i>Dr. Martin Szibalski</i>	Domestic tourism in 2007: previous year's results were markedly exceeded	483
<i>Sigrid Nicodemus</i>	Public debt in 2007	496
<i>Karsten Sandhop</i>	Prices in May 2008	504
<i>Historischer Beitrag</i>	Limits of innovation in the transport sector	509
	List of the contributions published in the current year	519
Tables		
	Summary	1*
	Monthly statistical figures	2*
Table des matières		Pages
	Informations sommaires	455
Textes		
<i>Christoph-Martin Mai</i>	Travail temporaire – chiffres et développement	469
<i>Jacek Żwania</i>	Transfert d'activités économiques	477
<i>Dr. Martin Szibalski</i>	Tourisme à l'intérieur du pays: résultat de l'année précédente nettement dépassé	483
<i>Sigrid Nicodemus</i>	La dette publique en 2007	496
<i>Karsten Sandhop</i>	Prix en Mai 2008	504
<i>Historischer Beitrag</i>	Limites de l'innovation dans le secteur des transports	509
	Liste des contributions publiées dans l'année en cours	519
Tableaux		
	Résumé	1*
	Chiffres statistiques mensuels	2*

The data for the Federal Republic of Germany relate to its territory since 3 October 1990. The data for the „früheres Bundesgebiet“ relate to the territory of the Federal Republic of Germany before 3 October 1990; they include Berlin-West. The data for the „neue Länder und Berlin-Ost“ relate to the Länder of Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen as well as to Berlin-Ost.

Données pour la République fédérale d'Allemagne selon le territoire depuis le 3 octobre 1990. Les données pour „früheres Bundesgebiet“ se réfèrent à la République fédérale d'Allemagne, territoire jusqu'au 3 octobre 1990; Berlin-West y est inclus. Les données pour les „neue Länder und Berlin-Ost“ se réfèrent aux Länder Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen ainsi qu'à Berlin-Ost.

Kurznachrichten

In eigener Sache

Jahresbericht 2007 erschienen

Die fünfte Ausgabe des Jahresberichts des Statistischen Bundesamtes informiert über Tätigkeitsschwerpunkte und Arbeitsergebnisse im Jahr 2007. Geprägt war dieses zurückliegende Jahr von der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und der Unterstützung der Arbeiten der Bundesregierung. Hier sind insbesondere die Weiterführung der Bestandsmessung für Bürokratiekosten auf der Grundlage des Standardkosten-Modells und die Bereitstellung statistischer Ergebnisse für Berichte der Bundesregierung zu wichtigen gesellschaftlichen und ökologischen Themen zu nennen.

Auf vielen Feldern steht die amtliche Statistik in Deutschland vor Reformen: Der Methodenwechsel bei der künftigen Volkszählung, die Weiterentwicklung der Haushaltsstatistiken, die Reform der Unternehmensstatistiken, der Finanz- und Steuerstatistiken, der Agrarstatistiken zeugen davon.

Der Bedarf an Informationen wird immer größer. Gleichzeitig soll es künftig viel weniger kosten, diese Informationen bereitzustellen, und auch die Befragten sollen weiter entlastet werden. Diesen Zielkonflikt zu meistern, verlangt von den statistischen Ämtern, ihr Arbeitsprogramm langfristig, also strategisch zu planen und alle Rationalisierungsmöglichkeiten, die die Technik bietet, zu nutzen, aber auch alle Vorteile einer besseren Zusammenarbeit und partnerschaftlichen Arbeitsteilung auszuschöpfen. Dies gilt auf europäischer wie auf nationaler Ebene: Planen heißt Prioritäten setzen.

Das Statistische Bundesamt hat sich mit der Fortentwicklung seiner strategischen Ziele die dafür notwendige Ausrichtung gegeben. So ist für 2012, das neue Zielsystem, ein wichtiger Baustein, um die Stellung des Statistischen Bundesamtes als moderner Informationsdienstleister Deutschlands weiter auszubauen.

Die Beiträge, die im Jahresbericht 2007 zusammengestellt wurden, stellen eine Auswahl aus dem umfangreichen Tätigkeitsfeld des Statistischen Bundesamtes dar. Zahlreiche Texte belegen die Modernisierungsschritte, die sich intern vollzogen haben: Prozessanalysen zur Optimierung von Arbeitsabläufen, eine transparente Kosten- und Leistungsrechnung, ein Kundenmanagementsystem und der Aufbau eines Dokumentenmanagementsystems. Neue Daten zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund, Projekte zur Erfassung der Globalisierung und ihrer Auswirkungen, Alterssicherungsleistungen für private Haushalte, Ergebnisse zum Elterngeld und vieles mehr.

Der Jahresbericht steht kostenfrei im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de) unter der Rubrik „Über uns“ zum Download zur Verfügung.

Aus aller Welt

Sitzung des OECD-Statistikausschusses

Am 9. und 10. Juni 2008 tagte zum fünften Mal der Statistikausschuss („Committee on Statistics“) der Organisation für

wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) in Paris. Die OECD versteht sich als Brücke zwischen Nordamerika, Asien und Europa. Mit dem im April 2004 vom OECD-Rat auf Amtsleiterbene eingerichteten OECD-Statistikausschuss wurde der Statistikbereich der OECD aufgewertet und gestärkt. Der Ausschuss tagt einmal jährlich (wechselnd in Genf und Paris) vor bzw. nach der Sitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) der Vereinten Nationen. Seine wichtigsten Aufgaben sind:

- Empfehlungen zur Ausrichtung der Statistikpolitik der OECD auszusprechen,
- hohe Qualitätsstandards der OECD-Statistiken sicherzustellen,
- methodologische Empfehlungen zu genehmigen und gemeinsame Standards anzunehmen sowie die
- Budget- und Programmplanung.

Wichtige Themen der Sitzung waren die OECD-Strategie für die kommenden Jahre 2009 und 2010 und hierbei vor allem das Projekt „Messung des Fortschritts der Gesellschaft“ sowie die Rolle der OECD-Statistik im Rahmen der OECD-Innovationsstrategie.

Zum Projekt „Messung des Fortschritts der Gesellschaft“ stellte OECD-Chefstatistiker Giovannini die geplanten Aktivitäten, einen Zeitplan und grobe Angaben zu den benötigten finanziellen Ressourcen vor. Der OECD-Statistikausschuss bestätigte sein grundsätzlich positives Votum aus dem Vorjahr und hob hervor, dass sich die Stellungnahme und die künftigen Beiträge des OECD-Statistikausschusses zu diesem Projekt auf eine rein technische Beratung beschränken müssten. Der Vertreter des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie bat das zuständige ‚Project Board‘ darauf zu achten, dass das Projekt inhaltlich stärker fokussiert wird und nicht ‚ausufert‘. Er wies ferner darauf hin, dass sich die Angaben zu den finanziellen Ressourcen in den verschiedenen Dokumenten widersprechen und bat um Korrektur.

Die im Jahr 2007 vom OECD-Ministerrat verabschiedete Innovationsstrategie der OECD bewertet Innovation als wichtigste globale Antriebskraft für Wachstum und Wohlstand und soll zu einem besseren Verständnis beitragen, wie und unter welchen Umständen Innovation globales (Wirtschafts-) Handeln beeinflusst und wie innovatives Handeln gefördert und erfolgreich genutzt werden kann. Hierbei soll auf empirische Analysen zurückgegriffen werden. U. a. sollen neue Indikatoren über den Zusammenhang von Innovation und Wirtschaftsleistung entwickelt werden. Einige Mitgliedstaaten sahen in diesem Zusammenhang die von der OECD geplante Analyse von Mikrodaten kritisch.

Auf großes Interesse stießen die Vorträge zum Thema „Messung des Vertrauens in die Statistik“. Die Statistikämter der Mitgliedstaaten haben bei der Messung und Bildung von öffentlichem Vertrauen in die Statistik mit sehr unterschiedlichen Herausforderungen zu tun. Die Thematik wird vom Büro des OECD-Statistikausschusses weiter vertieft werden.

Weitere Themen, die in der Sitzung behandelt wurden, waren der Sachstand der Arbeiten zur Revision des internationalen Systems der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (SNA 93) und des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), die Veröffentlichungspläne für die OECD-Statistik, Sachstandsberichte zur Tourismusstatistik, zum internationalen Handel, zum Arbeitskostenindex und Richtlinien zum Thema Revisionspolitik. Auch die mit dem geplanten Beitritt der Länder Chile, Estland, Israel, Russische Föderation und Slowenien entstehenden Aufgaben für die OECD-Statistik standen auf der Tagesordnung. Im vierten Quartal 2009 sind Peer Reviews in diesen Ländern geplant.

Die nächste Sitzung des OECD-Statistikausschusses wird vom 10. bis 11. Juni 2009 in Genf stattfinden.

Aus Europa

Konferenz Europäischer Statistiker

Vom 10. bis 12. Juni 2008 fand die 56. Plenarsitzung der Konferenz Europäischer Statistiker (CES) in Paris statt. Die CES ist ein hochrangiges Statistikgremium der Regionalkommission der Vereinten Nationen für Europa und nimmt eine Zwischenstellung zwischen UN- und EU-Ebene ein. Sie berät in ihren jährlichen Sitzungen u. a. über das statistische Arbeitsprogramm der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (ECE). Daneben konzentrieren sich die CES-Sitzungen jeweils auf zwei Seminarthemen, die unter Beteiligung der Mitgliedstaaten ausgewählt werden. Der Präsident des Statistischen Bundesamtes, Walter Radermacher, ist bis Mitte 2008 Mitglied des Büros der Konferenz.

Die Seminarthemen „Strategic issues linked to the measurement of international transactions“ und „Measuring population movement and integration in a globalized world“ standen im Mittelpunkt der Tagung. Das Statistische Bundesamt hatte das Seminar zur Bevölkerungsbewegung inhaltlich koordiniert; den Vorsitz hatte Präsident Radermacher. In vier Sitzungen wurden die Einflüsse der Migration auf die demografische, ökonomische und soziale Situation der Bevölkerung analysiert und Konsequenzen für den statistischen Datenbedarf gezogen. Das Statistische Bundesamt und die Fachhochschule Gelsenkirchen stellten in einem schriftlichen Beitrag auf der Basis der historischen Entwicklung der Bevölkerungszusammensetzung in Deutschland das Konzept „Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ vor und untersuchten auf der Basis der Daten des Mikrozensus 2005, ob sich „erfolgreiche Integration“ mit Mitteln der Statistik messen lässt. Das eingesetzte Konzept wird als tragfähig und international übertragbar dargestellt. Aufgrund der Ergebnisse müssen in Deutschland vor allem Ausländer/-innen als Hauptzielgruppe intergrationspolitischer Maßnahmen eingeordnet werden.

Im Rahmen des Seminars zur Messung internationaler Transaktionen erläuterten Vertreter des Internationalen Währungsfonds (IMF) und der amerikanischen Zentralbank (U.S.

Federal Reserve Board) anhand von Beispielen die Bedeutung wirtschaftsstatistischer Daten als Grundlage der Wirtschaftspolitik. Verwiesen wurde auf die zunehmende Bedeutung spezifischer grenzüberschreitender Transaktionen im Rahmen der Globalisierung (Lohnveredelung, Transithandel, „Heimatüberweisungen der Gastarbeiter“). Verschiedene Beiträge beschäftigten sich mit dem Abgleich spiegelbildlicher Daten zwecks Reduzierung von Asymmetrien in den bilateralen Zahlungsbilanzen. Abschließend wurde die Frage einer optimalen Arbeitsteilung zwischen institutionellen Statistikproduzenten (insbesondere zwischen Statistikamt und Zentralbank) thematisiert.

Neben den beiden Seminarthemen standen auch andere Fachthemen auf der Tagesordnung. Insbesondere wurde über die Ergebnisse von „In-Depth-Reviews“ (Evaluierung der Datenlage auf internationaler Ebene und in den Mitgliedstaaten durch das CES-Büro) zu folgenden Themen berichtet: Unternehmensstatistik, Statistiken über Einkommen, Lebensbedingungen und Armut, Gender-Statistik, Kulturstatistik und Umweltstatistik.

Die Konferenz hob die Bedeutung von allen Arbeitsbereichen umfassenden Metadaten-Systemen hervor; diese Thematik müsse in den statistischen Ämtern Chefsache sein.

Ein von einer Eurostat/OECD/CES-Arbeitsgruppe vorgelegtes Papier zum Thema „Statistische Messung der Nachhaltigkeit“ wurde in der Sitzung heftig diskutiert. Präsident Radermacher kritisierte die einseitige Fokussierung auf den Kapital-Ansatz. Das CES-Büro wird sich im Oktober 2008 nochmals mit der Thematik befassen.

Ein weiteres Thema war der Stand der Revision des Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf UN-Ebene (SNA 93). Der offizielle Name des revidierten SNA wird nach derzeitigem Sachstand „SNA 2008“ lauten. Am 5./6. November 2008 findet ein Treffen statt, in dem über den Arbeitsauftrag und die Zusammensetzung der geplanten „High Level Group on National Accounts“ diskutiert werden soll. Diese Gruppe wird sich mit Inhalt und Organisation von künftigen Revisionsprozessen des Systems of National Accounts (SNA) befassen. Die Statistikabteilung der Vereinten Nationen wird die Chefstatistiker der Mitgliedstaaten zu dem Treffen einladen.

Am Rande der CES-Tagung fand am 11. Juni 2008 eine Sitzung des CES-Büros statt. Das Statistische Bundesamt hat sich bereiterklärt, für die Bürositzung im Februar 2009 zusammen mit der OECD zum Thema „Publication, communication and dissemination issues“ ein In-Depth-Review durchzuführen. Auch der Internationale Währungsfonds wird sich hieran beteiligen.

Die nächste CES-Sitzung findet vom 8. bis 10. Juni 2009 in Genf statt. Folgende Seminarthemen werden auf der Tagesordnung stehen: „Strategic issues in business statistics“ und „Official statistics and other tasks of national statistical offices: conflicts of interests or synergies?“.

66. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm

In der 66. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP) am 22. Mai 2008 in Luxemburg wurden u. a. das Statistische Jahresprogramm 2009, der Entwurf des Berichts an den Rat und das Europäische Parlament über die Umsetzung des Code of Practice, der ESSnet-Plan für die kommenden Jahre, die Revision des System of National Accounts (SNA) und des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 sowie ein Pilotprojekt zur Einbeziehung eines Häuserpreisindex in den Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) besprochen.

Das Statistische Jahresprogramm 2009 steht unter dem politischen Leitmotto der Europäischen Kommission „Putting the Citizen First“ (der Bürger zuerst). Wichtige allgemeine Prioritäten sind die Governance des Europäischen Statistischen Systems (ESS), das heißt neues Europäisches Statistikgesetz, neuer Europäischer Beratender Ausschuss für Statistik und neues Europäisches Beratungsgremium für die Statistische Governance, sowie Fragen der Prioritätensetzung, Rechtsvereinfachung und Verringerung des Beantwortungsaufwandes, ferner Beiträge zur besseren Kommunikation europäischer Aspekte, das Voranbringen des ESSnet-Ansatzes sowie neue IT-Instrumente. Das einzelstaatliche Arbeitsprogramm wird derzeit mit den Mitgliedstaaten abgestimmt.

Weitgehend befürwortet wurde vom ASP der Entwurf eines Berichtes an den Rat und an das Europäische Parlament über die Umsetzung des Verhaltenskodex Europäische Statistiken (Code of Practice). Der Bericht basiert auf den Ergebnissen der Selbstbewertungen der nationalen statistischen Ämter und von Eurostat sowie auf den in den Mitgliedstaaten und bei Eurostat von externen Experten durchgeführten Peer Reviews. Eurostat ist inzwischen der Forderung des Statistischen Bundesamtes gefolgt, den Bericht nur für das ESS als Ganzes zu formulieren. Die ASP-Partnerschaftsgruppe wird sich am 3. Juli 2008 mit der Weiterentwicklung des Code of Practice und dem künftigen Implementierungsprozess beschäftigen.

Der ASP stimmte dem von Eurostat vorgeschlagenen Programm für ESSnet-Projekte der kommenden Jahre zu. Im Rahmen der ESSnet werden statistische Projekte von mehreren Statistikämtern stellvertretend für das ganze ESS durchgeführt, um Doppelarbeiten im ESS zu vermeiden. Eurostat wird den Vorschlag des Statistischen Bundesamtes prüfen, ergänzend das Thema Klimaschutz in das Programm aufzunehmen. Künftig sollen die Eurostat-Arbeitsgruppen und Direktorengruppen eng in die Erstellung der ESSnet-Programme einbezogen werden.

Eurostat berichtete dem ASP über den Stand der Arbeiten hinsichtlich der Revision des internationalen SNA aus dem Jahr 1993 und des ESGV aus dem Jahr 1995. Eurostat wird die Vorschläge des Statistischen Bundesamtes für ein transparentes und effizientes Verfahren berücksichtigen.

Die Pilotstudie zum selbst genutzten Wohnungseigentum im Rahmen des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) wurde begrüßt. Deutschland beteiligt sich an der aktuellen dritten Phase des Projektes. Eurostat sagte zu, die Ergebnisse des HVPI-Pilotprojekts zum Häuserpreisindex sehr sorgfältig zu prüfen; eine Veröffentlichung von Ergebnissen des HVPI unter Berücksichtigung des Häuserpreisindex werde nicht ohne vorherige Zustimmung des ASP erfolgen.

Im Anschluss an die ASP-Sitzung hat der CEIES, das derzeit wichtigste Nutzergremium der europäischen Statistik, im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung am 23. Mai 2008 zum letzten Mal getagt. Der CEIES wird künftig durch das neue Gremium „Europäischer Beratender Ausschuss für Statistik“ ersetzt. Die entsprechende Rechtsgrundlage wurde im März 2008 verabschiedet und im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht (Beschluss Nr. 234/2008/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 zur Einsetzung des Europäischen Beratenden Ausschusses für Statistik und zur Aufhebung des Beschlusses 91/116/EWG des Rates, Amtsbl. der EU Nr. L 73 S. 13). Das in der Mitgliederzahl von rund 90 auf 24 reduzierte und damit effizientere Beratungsgremium wird sich zukünftig verstärkt mit den Themen Prioritätensetzung und Programmplanung auseinandersetzen.

CENEX-Workshop in Wiesbaden

Anfang Juni 2008 fand in Wiesbaden ein Workshop zum Projekt CENEX in der Preisstatistik statt. Der Workshop sollte den betroffenen EU-Akteuren den derzeitigen Projektstand präsentieren. Die anschließende Diskussion bot eine Möglichkeit zur Einflussnahme auf die Vorschläge. Teilnehmer des Workshops waren das vierzehnköpfige Projektteam aus sieben statistischen Ämtern sowie 45 Vertreter aus 25 EU-Mitgliedstaaten, der Deutschen Bundesbank, der Europäischen Zentralbank und von Eurostat.

CENEX ist die Abkürzung für „Centres and Networks of Excellence“ und beschreibt eine neue Form der internationalen Arbeitsteilung: Eine kleine Gruppe von Statistikexperten aus verschiedenen Ländern schließt sich zusammen, um praktikable Lösungswege für ein bestimmtes methodisches Problem zu erarbeiten – und stellt die Ergebnisse anschließend allen Statistikämtern der Europäischen Union als empfohlene Methode (best practice) zur Verfügung.

Für das auf zwei Jahre angelegte CENEX-Projekt in der Preisstatistik, das vom Statistischen Bundesamt geleitet wird, fiel der Startschuss Anfang Oktober 2006. Die weiteren Experten kommen aus den statistischen Ämtern Österreichs, Belgiens, Schwedens, Portugals, Irlands und der Niederlande. Thema ist die methodische Vorgehensweise bei der Behandlung von Änderungen der Qualität von Gütern, deren Preise gemessen werden sollen.

Aus dem Inland

Fachausschuss Handelsstatistik

Auf Wunsch der Teilnehmer an der Tagung des Fachausschusses Handelsstatistik im Jahr 2006 behandelte der Fachausschuss bei seiner diesjährigen Sitzung Mitte Mai 2008 nur Themen der Binnenhandelsstatistik.

Seit 2006 haben die statistischen Ämter eine Reihe von Verbesserungen in der Binnenhandelsstatistik erzielt: Durch zwei Neuzugangsstichproben konnte die Datenqualität gesteigert werden, durch die Verkettung von Zeitreihen bessere Analysemöglichkeiten geschaffen und eine präzisere Berechnung durch verbesserte Computerprogramme erreicht werden. Das Datenangebot wurde durch die Schätzung des Jahresergebnisses im Einzelhandel erweitert, und die Qualitätsberichte wurden um Informationen über Antwortausfälle und Schätzanteile ergänzt.

Beim Ausblick auf die Weiterentwicklung der Binnenhandelsstatistiken in den nächsten Jahren sind die Änderungen der europäischen Konjunktur- und Strukturverordnung von maßgeblicher Bedeutung. So sind im Rahmen der Konjunkturverordnung künftig voraussichtlich zusätzlich zu den bisherigen Erhebungsmerkmalen vierteljährlich Informationen über „Entgelte (Bruttolöhne und -gehälter)“ und über „geleistete Arbeitsstunden“ zu liefern. Hier wird zurzeit geprüft, ob die beiden Merkmale in der erforderlichen Qualität geschätzt werden können. Gleiches gilt für das im Rahmen der Strukturstatistik neu zu liefernde Merkmal „Zahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeiteneinheiten“. Das ebenfalls neu zu liefernde Merkmal „Zahlungen für Leiharbeiter“ soll dagegen erhoben werden. Grundlage für die Lieferverpflichtung der neuen Merkmale ist die Verordnung (EG) Nr. 295/2008 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 11. März 2008 über die strukturelle Unternehmensstatistik, die am 29. April 2008 in Kraft getreten ist.

Die amtliche Statistik untersucht derzeit, ob durch die Verwendung von Verwaltungsdaten die Belastung der Unternehmen durch die Handelsstatistik reduziert werden kann. Erste, noch vorläufige Ergebnisse zeigen, dass die Verwendung von Verwaltungsdaten zu deutlichen Einschränkungen im Hinblick auf die Tiefe der wirtschaftlichen Gliederung und die Aktualität der Ergebnisse führen würde. Weitere Untersuchungen sollen zeigen, ob eine Kombination aus einer Erhebung und der Verwendung von Verwaltungsdaten für kleinere und mittlere Unternehmen (Mixmodell) tragfähig ist.

Als weitere Maßnahme zur Entlastung der Auskunftgebenden legte das Statistische Bundesamt ein neues Stichprobenkonzept vor. Künftig sollen die Unternehmen aus Repräsentativschichten nach fünf bis sechs Jahren aus der Berichtspflicht entlassen werden. Derzeit beträgt die Verweildauer zehn Jahre. Das weiterentwickelte Stichprobenkonzept sieht eine Stichprobenrotation vor und wird ab Mitte 2009 eingeführt. Auswahlplan und Hochrechnungsrahmen werden jährlich durch das Statistische Unternehmensregister aktu-

alisiert und bilden dann die Grundlage für eine Stichprobenrotation. Der Fachausschuss sprach sich grundsätzlich für das neue Stichprobenkonzept aus, äußerte jedoch Bedenken hinsichtlich der Revision der Strukturstatistik auf der Grundlage des Statistischen Unternehmensregisters mit den aktuellen Angaben eines betreffenden Berichtsjahres.

Die Umstellung der Binnenhandelsstatistiken auf die Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008) wird einen Schwerpunkt der Arbeiten in den Jahren 2008 und 2009 bilden. Das Statistische Bundesamt informierte den Fachausschuss über Änderungen der Klassifikation, die gleichzeitig durchzuführende Umstellung auf das Basisjahr 2005, Rückrechnung der Zeitreihen und Integration der Konverter. Der Fachausschuss bestätigte die vorgeschlagene Kommunikationsstrategie zur Einführung der WZ 2008 bei den Binnenhandelsstatistiken.

Um den Revisionsbedarf bei den Konjunkturstatistiken im Binnenhandel zu reduzieren, entwickelt das Statistische Bundesamt derzeit neue Schätzmethode. Dem Fachausschuss wurde der Stand der Entwicklungen vorgestellt. Simulationsrechnungen zeigen, dass der Umfang der Revisionen reduziert werden kann. Es ist vorgesehen, die Schätzmethode für die Konjunkturstatistik im Binnenhandel für die Merkmale Umsatz und Beschäftigte bis Ende des zweiten Vierteljahres 2009 zu implementieren.

Die Messzahlen der monatlichen Handelsstatistiken stellen wichtige Indikatoren für die Konjunkturbeobachtung dar, deren Entwicklung jedoch durch verschiedene Sonderfälle beeinflusst wird. Das Statistische Bundesamt stellte das Vorgehen zur Behandlung dieser Sonderfälle vor. Der Fachausschuss begrüßte die transparente Darstellung und unterstrich, dass statistische Effekte herausgerechnet werden sollen, in jedem Fall aber die durch die Wirklichkeit verursachten Sprünge in den Zeitreihen erhalten bleiben müssen. Abschließend informierte und diskutierte der Fachausschuss Handelsstatistik den Nachweis des Online-Handels im Rahmen der Binnenhandelsstatistiken.

Der Fachausschuss „Handelsstatistik“ wird sich im Jahr 2010 wieder mit Themen aus den Binnenhandelsstatistiken beschäftigen.

Neue Erzeugerpreisindizes für Werbung und Gebäudereinigung

Zu den seit Oktober 2007 veröffentlichten neuen Erzeugerpreisindizes (siehe Roemer, P./Stroh, A./Lorenz, S.: „Entwicklung von Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen“ in WiSta 12/2005, S. 1248 ff., sowie Goldhammer, B.: „Die neuen Erzeugerpreisindizes für Güterverkehr und Logistik“ in WiSta 11/2007, S. 1097 ff.) für die Dienstleistungsbereiche Straßengüterverkehr, Schienengüterverkehr, See- und Küstenschifffahrt, Frachtumschlag, Unternehmensberatung, Markt- und Meinungsforschung, Steuerberatung, Wirtschaftsprüfung sowie Rechtsberatung kommen im Juni 2008 weitere Indizes hinzu. Mit den neuen Erzeugerpreisindizes für Werbung und Gebäudereinigung werden weitere Lücken in der Erfassung von Dienstleistungspreisen geschlossen.

Erzeugerpreisindizes dienen der Darstellung der Preisentwicklung auf der Herstellerseite, zeigen konjunkturelle Entwicklungen auf und sind somit wichtige Indikatoren für Wirtschaft, Politik und Forschung. Mit der Verabschiedung der EU-Konjunkturstatistikverordnung [Verordnung (EG) Nr. 1158/2005 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2005 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates über Konjunkturstatistiken (Amtsbl. der EU Nr. L 191, S. 1)] wurde die vierteljährliche Bereitstellung von Erzeugerpreisindizes in bestimmten Dienstleistungssektoren auf Basis 2006=100 für alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union vorgeschrieben. Für die Unternehmen, die zu der neuen Statistik herangezogen werden, besteht Auskunftspflicht.

Die Messung von Dienstleistungspreisen im Zeitverlauf ist sehr anspruchsvoll, unter anderem weil die Aktivitäten der einzelnen Dienstleistungssektoren sehr heterogen sind und Dienstleistungen selten in exakt der gleichen Gestalt wiederholt werden. Zwar sind beim Aufbau der Berichtssysteme Synergien in der Arbeitsorganisation erzielbar, dennoch müssen für jeden Sektor eine eigene Methodik und ein maßgeschneidertes Erhebungssystem neu entwickelt werden. Die Erhebungen werden für Deutschland zentral im Statistischen Bundesamt durchgeführt. Auf die wichtigsten Grundlagen der neuen Statistiken soll im Folgenden eingegangen werden.

Die neuen Erzeugerpreisindizes für Werbung

Nach den Ergebnissen der Dienstleistungsstatistik erzielte der in der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003) definierte Werbesektor im Jahr 2005 einen Umsatz von 17,6 Mrd. Euro. Die wichtigsten Akteure des Wirtschaftszweigs sind Werbeagenturen, Mediaagenturen und Werbeplatzvermarkter. Verkauft wird im Wesentlichen zweierlei:

- Dienste der *Werbekreation und -beratung*, also die Entwicklung von Werbeinhalten und die Beratung zum möglichst geschickten Transport dieser Inhalte, sowie
- *Werbeplatz*, also Fläche bzw. Zeit in diversen Medien, die dazu dient, diese Inhalte zu präsentieren.

Neben Erzeugerpreisindizes für diese beiden Dienstleistungen soll ein weiterer Index berechnet werden, der sich am Umsatz des in der WZ 2003 definierten Wirtschaftszweigs „74.40 Werbung“ orientiert. Die Normierung auf diese Größe ist nützlich im Zusammenspiel verschiedener Statistiken. Sie hilft etwa im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen bei der Berechnung des realen Outputs an Werbeleistungen.

Beim Verkauf von Werbeplatz kommt es teilweise zu außergewöhnlich vielen Doppelzählungen von Umsätzen. Es ist beispielsweise denkbar, dass Außenwerbeplatzanbieter ihren Werbeplatz an „Spezialmittler“ für Außenwerbung veräußern und diese die Plakatflächen wiederum an Mediaagenturen vermitteln. Der Umsatz aller Unternehmen geht in den Gesamtumsatz des Sektors „WZ 74.40 Werbung“

ein. Dieses (extrem gewählte) Beispiel macht deutlich, dass ein für 1 Euro verkaufter Werbeplatz zu 3 Euro Umsatz im betrachteten Sektor führen kann. Für den auf den Wirtschaftszweig genormten Index ist es sinnvoll, in der Umsatzmessung doppelt gezahlte Umsätze auch bei der Preiserfassung doppelt zu gewichten. Für den Index für Werbeplatz, der die Preisentwicklung dieses Marktsegments repräsentativ widerspiegeln soll, erscheint es hingegen sinnvoll, solche Doppelzählungen auszuschalten und die – einfach gezahlte – Höhe des von den Werbeplatzanbietern erzielten Umsatzes zu betrachten. Das heißt – um beim Beispiel zu bleiben – dass hier lediglich der Umsatz von 1 Euro des Außenwerbeplatzanbieters interessiert und nicht der weitere Umsatz aus der Weitervermittlung des Werbeplatzes in Höhe von 2 Euro. Daher ist der Erzeugerpreisindex für den Wirtschaftszweig WZ 74.40 nicht deckungsgleich mit der gewichteten Summe der beiden anderen Indizes.

Die Wägungsschemata, die den drei Indizes zugrunde liegen, basieren auf den Ergebnissen einer Erhebung im Jahr 2007, bei der rund 300 Unternehmen befragt wurden. Um die Ergebnisse zu bestätigen und tiefer zu gliedern wurden zudem Informationen aus Fachveröffentlichungen und von Verbänden herangezogen.

Der Index für Werbekreation und -beratung beruht auf der Entwicklung von Stundensätzen für Agenturpersonal, die bei rund 100 Agenturen erfragt werden. Er befindet sich derzeit noch im Aufbau. Weil dieser Index ein wichtiger Bestandteil des Index für den Wirtschaftszweig WZ 74.40 ist, kann auch dieser noch nicht veröffentlicht werden. Beide sind voraussichtlich bis Herbst dieses Jahres verfügbar, der Erzeugerpreisindex für Werbeplatz bereits ab Juni 2008.

Im Index für Werbeplatz sind eine Reihe von Werbeträgern berücksichtigt: Fernsehen, Radio, Publikumszeitschriften, Tageszeitungen, Fachzeitschriften und Außenwerbung. Diese Werbeträger sind für den Index relevant, da ihr Umsatz zu einem beträchtlichen Teil mit Akteuren der WZ 74.40 getätigt wird. Auch Umsatz mit Werbeplatz, der mit Unternehmen außerhalb des Wirtschaftszweigs WZ 74.40 getätigt wird, geht in die Betrachtung ein. Auch hier wieder ein Beispiel zur Verdeutlichung: Sollte eine Tageszeitung für 2 Euro Werbeplatz an Werbeagenturen (WZ 74.40) und für 1 Euro Werbeplatz an Möbelhäuser (andere WZ) verkaufen, so interessieren für das Wägungsschema des Index für die WZ 74.40 nur 2 Euro, beim Index für Werbeplatz interessieren allerdings alle 3 Euro. Bei Print-Titeln werden regionale und überregionale Anzeigen sowie Beilagen als Werbung

betrachtet, „rubrizierte Anzeigen“ (Kontaktanzeigen, Traueranzeigen usw.) dagegen nicht.

Für die einzelnen Werbeträger wird intern mit deutlich tiefer gegliederten Wägungsschemata gerechnet, etwa nach Zeitfenstern und Sendern beim Fernsehen oder nach Gattung und Auflagenhöhe bei Tageszeitungen. Da diese tieferen Gliederungen auf teilweise vertraulichen Informationen beruhen, werden sie nicht veröffentlicht. Das Internet war als Werbeträger im Basisjahr 2006 noch relativ unbedeutend; der dort getätigte Werbeumsatz wächst aber rasant. Sollte dieser Trend anhalten und sich das Internet als eines der wichtigsten Werbemedien etablieren, wird es in die Indexbetrachtung aufgenommen.

Der Index für Werbeplatz spiegelt die Preisentwicklung von Werbeflächen und -zeit wider. Zugrunde liegt die Entwicklung von „Netto-Tausender-Preisen“, das heißt von tatsächlich realisierten Preisen, die zum Erreichen von tausend Zuschauern bzw. zum Bespielen von tausend Auflagen mit Werbung gezahlt wurden. (Die Vorsilbe „Netto“ bedeutet „nach Abzug von Rabatten“, der Wortbestandteil „Tausend“ bedeutet „pro Tausend Publikum/Auflage“. Lediglich beim Preis für Außenwerbeplatz wird keine Publikumsgröße zur Qualitätsbereinigung herangezogen.) Diese Betrachtung wurde unter anderem gewählt, weil die Größen „Tausender-Kontakt-Preis“ (für Radio und Fernsehen) bzw. „Tausender-Auflagen-Preis“ (für Printpublikationen) wichtige und gebräuchliche Entscheidungsgrundlagen in der Werbebranche sind. Diese Größen erscheinen auch geeignet, Preisveränderungen gesondert von Qualitätsveränderungen zu betrachten, da sich die Qualität von Werbeplatz wesentlich am erreichten Publikum bemisst. Netto-Tausender-Preise errechnen sich nach folgender Formel:

$$\frac{\text{Listenpreis} - \text{Rabatt}}{\text{Publikumszahl}} \cdot 1000$$

Die Listenpreise und Publikumskenzziffern werden verschiedenen Branchendatenbanken entnommen. Die Entwicklung der Rabatthöhe wird durch eine jährliche Befragung der wichtigsten Mediaagentur-Netzwerke ermittelt. Die Höhe der Rabatte gründet auf verschiedenen Faktoren. Ein wichtiger Faktor ist das jährliche Einkaufsvolumen, das immer erst nach Ablauf eines Jahres feststeht. Deshalb ist die Ermittlung der Entwicklung der Rabatthöhe nur einmal jährlich möglich und der Index für Werbeplatz erscheint zunächst unterjährig als vorläufige Zahl, die auf aktuellen Listenpreisen und Publikumszahlen sowie der Annahme konstanter Rabatthöhen beruht. Immer nach Ablauf eines Jahres wird der Index mit den neu verfügbaren Rabattdaten revidiert. Um dem Vertraulichkeitsbedürfnis der Befragten Rechnung zu tragen, wird der Erzeugerpreisindex für Werbeplatz nur als Gesamtzahl und nicht für jeden Werbeträger einzeln veröffentlicht.

Eine tiefer gehende Methodenbeschreibung der Indizes für Werbung wird veröffentlicht, wenn auch Zahlen zur Werbekreation und -beratung vorliegen.

Wägungsschema des Erzeugerpreisindex für Werbeplatz
2006 = 100

Werbeträger	Anteil in %
Fernsehen	38,2
Tageszeitungen	24,5
Publikumszeitschriften	16,8
Außenwerbung	7,3
Fachzeitschriften	6,8
Radio	6,4
Insgesamt ...	100

Der neue Erzeugerpreisindex für die Reinigung von Gebäuden und Schornsteinen

In diesem Wirtschaftszweig wurde im Jahr 2005 nach den Ergebnissen der Dienstleistungsstatistik ein Umsatz von 12,4 Mrd. Euro erwirtschaftet. Davon entfielen 10,6 Mrd. Euro auf den Bereich Reinigung von Gebäuden (die genaue Bezeichnung der hier kurz „Gebäudereinigung“ genannten Unterklasse WZ 74.70.1 der WZ 2003 lautet „Reinigung von Gebäuden, Räumen und Inventar“), 0,95 Mrd. Euro auf die Schornsteinreinigung, 0,65 Mrd. Euro auf die Reinigung von Verkehrsmitteln und 0,12 Mrd. Euro auf die Desinfektion und Schädlingsbekämpfung. Der neu berechnete Erzeugerpreisindex Reinigung von Gebäuden und Schornsteinen spiegelt die Preisentwicklung der beiden bedeutendsten Teilbereiche (Gebäudereinigung und Schornsteinreinigung) wider. Die beiden umsatzmäßig kleinen Bereiche Verkehrsmittelreinigung und Desinfektion werden aus erhebungstechnischen Gründen nicht in die Preiserfassung einbezogen.

Für den Bereich „Reinigung von Gebäuden“ wurde im April 2007 mit der Vorbefragung zur Ableitung der Gewichte des Preisindex begonnen. Seit Herbst 2007 läuft die Preiserhebung bei 110 Unternehmen des Reinigungsgewerbes. Um die Belastung von Kleinbetrieben so gering wie möglich zu halten, werden Unternehmen mit einem Umsatz von weniger als 1 Mill. Euro im Jahr von der Erhebung ausgenommen.

Das Ergebnis der Vorbefragung ergab, dass das umsatzstärkste Leistungsfeld der Gebäudereinigung mit einem Anteil von 75 % bei der Unterhaltsreinigung liegt. Die Unterhaltsreinigung kann nach verschiedenen Objektarten wie Bürogebäude, Groß- und Einzelhandel, Krankenhäuser, Industrie und Handwerk, Schulen und Kindergärten sowie Alten- und Pflegeheime und Hotels weiter unterschieden werden. Mit dem zweiten wichtigen Leistungsfeld, der Glasreinigung, werden rund 8 % des Umsatzes der Gebäudereinigung erwirtschaftet. Für diese beiden Leistungsfelder werden künftig die Preise statistisch beobachtet. Befragt werden die Unternehmen ausschließlich nach konkreten Reinigungsverträgen für Unterhaltsreinigung und Glasreinigung. Hierbei wurde die Anzahl der zu beobachtenden Verträge primär in Abhängigkeit von der Größe des Unternehmens bestimmt. Die Verträge für Unterhaltsreinigung wurden außerdem nach den umsatzbedeutendsten Objektarten individuell für jedes Unternehmen ausgewählt.

Für den Bereich „Schornsteinreinigung“ zeigt sich folgendes Bild: In Deutschland werden zurzeit die Leistungen der Schornsteinfeger nach 16 verschiedenen Gebührenordnungen der Bundesländer abgerechnet. Zur Feststellung der Preisentwicklung werden die Preise (Gebühren) der sechs größten Bundesländer herangezogen. Die Bundesländer wurden nach der Betriebsdichte ausgewählt.

Zur Beobachtung der Preise für die Schornsteinreinigung wurden bis zu zehn repräsentative konkrete Fälle aus der jeweiligen Bundesland-Praxis für verschiedene Objekte wie kleine, mittelgroße und große Industriegebäude, Handwerksgebäude und Bürogebäude sowie jeweils ein Mehr-

familien- und Einfamilienhaus ausgewählt. Eine Preisänderung kann sich aus einer Änderung der Bewertung des Arbeitswertes oder aus einer Änderungen der Leistungsbeschreibung, die bei Turnusänderung oder Änderung des Umfangs erfolgt, ergeben. Für die Berechnung der Preisentwicklung erfolgt somit keine direkte Befragung von Unternehmen, sondern es werden modellhafte Berechnungen anhand diverser Gebührenordnungen vorgenommen. Durch dieses Verfahren können Unternehmen wirksam von statistischen Befragungen entlastet werden.

Mit Inkrafttreten des novellierten Schornsteinfegergesetzes (der Gesetzentwurf zur Neuregelung des Schornsteinfegerwesens wurde am 12. März 2008 vom Bundeskabinett verabschiedet) werden die Schornsteinfeger mit einer Übergangsfrist von fünf Jahren in den freien Wettbewerb entlassen. Möglicherweise kann diese Gesetzesänderung künftig zu einer anderen Form der Preiserhebung führen.

Der Erzeugerpreisindex für die Reinigung von Gebäuden und Schornsteinen wird vierteljährlich rückwirkend für das Jahr 2006 berechnet und setzt sich aus den drei Teilindizes Unterhaltsreinigung, Glasreinigung und Schornsteinreinigung zusammen.

Ausblick: Weitere Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen

Das Statistische Bundesamt arbeitet derzeit an weiteren neuen Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen. Indizes für Telekommunikationsdienstleistungen, Post- und Kurierdienste und Flugverkehr werden in den kommenden Monaten zur Verfügung stehen. Hierüber und über die Entwicklung weiterer Erzeugerpreisindizes wird noch gesondert berichtet werden.

Detaillierte Informationen zu den Erzeugerpreisindizes für Werbung, Reinigung und andere Dienstleistungen finden Sie im Internet unter dem Pfad: www.destatis.de → Preise → Erzeuger- und Großhandelspreise → Erzeugerpreise für Dienstleistungen.

Weitere Auskünfte erteilen
für Werbung: Manuel Wirsing, Telefon 06 11 / 75 43 47,
für Reinigung: Susanne Lorenz, Telefon 06 11 / 75 31 94
E-Mail: dienstleistungspreise@destatis.de.

Neuerscheinungen

Vom Erzeuger zum Verbraucher – Fleischversorgung in Deutschland

Nicht nur die Versorgung mit Lebensmitteln, sondern auch deren Qualität steht immer wieder im Blickpunkt öffentlichen Interesses. Die neue Veröffentlichung beschäftigt sich mit einem wichtigen Teilaspekt, nämlich der Erzeugung von Fleisch und Fleischprodukten und deren Konsum in Deutschland.

Es werden Ergebnisse der amtlichen Statistik zu den verschiedenen Stufen der Fleischkette vorgestellt. Dargestellt werden u. a. Ergebnisse zum Viehbestand, Schlachten und Fleischerzeugung, zur Struktur des Ernährungsgewerbes, zum Außenhandel mit Vieh und Fleisch, zum Fleischkonsum und zu möglichen gesundheitlichen Folgen.

Die Publikation umfasst 42 Seiten und kann als Printversion über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen) zum Preis von 9,80 Euro bezogen werden. Die Onlineversion (PDF-Datei) steht zum kostenlosen Download ebenfalls im Publikationsservice zur Verfügung.

Bildung in Deutschland 2008

Im Auftrag der Kultusministerkonferenz und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung erarbeitete unter Federführung des Deutschen Instituts für Internationale Pädagogische Forschung die Autorengruppe Bildungsberichterstattung, der auch die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder angehören, den zweiten nationalen Bildungsbericht.

Mit dem Bericht „Bildung in Deutschland 2008 – Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I“ wird erneut eine umfassende empirische Bestandsaufnahme vorgelegt, die das deutsche Bildungswesen als Ganzes abbildet und von der frühkindlichen Bildung, Betreuung und Erziehung bis zu den verschiedenen Formen der Weiterbildung im Erwachsenenalter reicht. Sie schließt auch jene Bildungsprozesse ein, die sich mit den Begriffen nonformale Bildung und informelles Lernen beschreiben lassen. Das Hauptanliegen des Bildungsberichts ist es, einem breiten Informationsbedürfnis über die aktuelle Situation im deutschen Bildungswesen, über seine Leistungsfähigkeit und seine wichtigsten Problemlagen, über Bildungsprozesse im Lebenslauf und über die Entwicklung des deutschen Bildungswesens im internationalen Vergleich in konzentrierter Form gerecht zu werden. Der Bericht wendet sich somit an unterschiedliche Zielgruppen in Bildungspolitik, Bildungsverwaltung und Bildungspraxis, in Wissenschaft und Ausbildung sowie in der Öffentlichkeit. Der Mehrwert eines nationalen Bildungsberichts gegenüber vielen bereichsspezifischen Einzelberichten, auf die auch in Zukunft nicht verzichtet werden kann, besteht darin, dass die verschiedenen Bildungsbereiche in ihrem Zusammenhang gesehen, analysiert und dargestellt werden. Auf diesem Weg lassen sich übergreifende Probleme im deutschen Bildungswesen für Bildungspolitik und Öffentlichkeit sichtbar machen sowie handlungs- und steuerungsrelevante Informationen für Politik und Verwaltung gewinnen.

Veröffentlichungen anderer

Statistik – Die Welt in Zahlen

Die Informationen aus der amtlichen Statistik sind ein elementarer Bestandteil moderner Gesellschaften. Sie sind

zum einen Grundlage für eine Vielzahl von Entscheidungen in Politik und Verwaltung, zum anderen dienen sie der Wirtschaft, der Wissenschaft und nicht zuletzt den Bürgerinnen und Bürgern.

Das Faltblatt, das vom Bundesministerium des Innern herausgegeben wurde, informiert über die Aufgaben des Bundesinnenministeriums im Zusammenhang mit Statistik, stellt das Statistische Bundesamt vor und informiert über die amtliche Statistik in Europa. Unter www.bmi.bund.de steht die Broschüre zum kostenlosen Download zur Verfügung; gedruckte Exemplare können direkt über die Internetseite des Ministeriums, Thema Publikationen, angefordert werden.

Kompakt

Bevölkerungsentwicklung 2007

Nach vorläufigen Ergebnissen verlor Deutschland im Jahr 2007 rund 97 000 Einwohner. In diesem Zeitraum nahmen die Zahl der Geburten um 1,8% und die der Sterbefälle leicht um 0,7% zu, die Zahl der Eheschließungen ging dagegen um 1,3% zurück.

Im Jahr 2007 wurden 685 000 Kinder lebend geboren, 12 000 oder 1,8% mehr als 2006. Somit stieg die Zahl der Geburten erstmalig seit 1997 wieder an. In den Jahren 1996 und 1997 waren – abweichend von der seit 1991 rückläufigen Tendenz – die Geburtenzahlen vorübergehend angestiegen.

Nachdem die Zahl der Sterbefälle 2006 zurückgegangen war, war im Jahr 2007 eine geringfügige Zunahme von 822 000 auf 827 000 Sterbefälle zu verzeichnen (+0,7%). Die Zahl der Sterbefälle war von 1994 bis 2001 ständig gesunken und dann 2002, 2003 sowie 2005 wieder angestiegen.

Somit starben im Jahr 2007 etwa 142 000 Menschen mehr als geboren wurden. Im Vorjahr war das Geburtendefizit um etwa 7 000 Personen höher ausgefallen.

Im Jahr 2007 heirateten 369 000 Paare, im Jahr 2006 hatte es 374 000 Eheschließungen gegeben (–1,3%). Seit Anfang der 1990er-Jahre nimmt die Zahl der standesamtlichen Trauungen ab. Diese rückläufige Tendenz war nur 1999, 2002 und 2004 unterbrochen worden.

Am 31. Dezember 2007 hatte Deutschland nach vorläufigen Ergebnissen rund 82 218 000 Einwohner. Das waren 97 000 bzw. 0,1% weniger als Ende 2006 (82 315 000). Diese Entwicklung der Bevölkerung ergibt sich zum einen aus den Geburten und Sterbefällen und zum anderen aus den Wanderungsbewegungen (Zu- und Fortzüge). Der Bevölkerungsrückgang im Jahr 2007 ist darauf zurückzuführen, dass dem Geburtendefizit von 142 000 Personen lediglich ein Zuwanderungsüberschuss von 44 000 Personen gegenüberstand. Seit der deutschen Vereinigung hat es in Deutschland in jedem Jahr mehr Sterbefälle als Geburten gegeben. Die Bevölkerung nahm jedoch bis 2002 mit Ausnahme des Jahres 1998 aufgrund eines höheren Wanderungsüberschusses

zu. Seit 2003 sind nun die Bevölkerungszahlen aufgrund des geringen Zuwanderungsüberschusses rückläufig.

Der Bevölkerungsrückgang 2007 betraf vor allem die neuen Länder (– 107 000 Personen bzw. – 0,8% gegenüber 2006) und setzte damit die Entwicklung von 2006 gegenüber 2005 (– 101 000 Personen) fort. Die Einwohnerzahlen gingen außerdem in Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Bremen zurück. Eine Bevölkerungszunahme verzeichneten Bayern, die Stadtstaaten Berlin und Hamburg sowie Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein. In Hessen sowie im früheren Bundesgebiet insgesamt blieb die Bevölkerung nahezu konstant.

Weitere Auskünfte erteilt
Walter Becker, Telefon 06 11 / 75 48 65,
E-Mail: fortschreibung@destatis.de.

Baufertigstellungen im Jahr 2007

Im Jahr 2007 wurden in Deutschland 210 700 Wohnungen fertig gestellt. Das waren 15,5% oder 38 700 Wohnungen weniger als im Jahr 2006.

Im Jahr 2007 wurden in Wohngebäuden insgesamt 185 300 Neubauwohnungen fertig gestellt (– 16,0% gegenüber dem Jahr 2006). Der Rückgang der Fertigstellungen von Einfamilienhäusern lag bei 18,7% und der von Zweifamilienhäusern bei 10,8%. Auch die Mehrfamilienhäuser verzeichneten einen Rückgang (– 14,0%).

Der umbaute Raum der fertig gestellten neuen Nichtwohngebäude stieg gegenüber dem Jahr 2006 auf 179,3 Mill. Kubikmeter (+ 6,6%). Dieses Plus spiegelt sich vor allem bei den nichtöffentlichen Bauherren (+ 8,8%) wider. Bei den öffentlichen Bauherren wurde das Ergebnis von 2006 unterschritten (– 12,1%).

Weitere Auskünfte erteilt
Kerstin Kortmann, Telefon 06 11 / 75 47 40,
E-Mail: bautaetigkeit@destatis.de.

Rauchverbote und Umsätze im Gaststättengewerbe

Das Statistische Bundesamt hat die Umsatzentwicklung in Ländern mit und ohne Rauchverbot in Gaststätten miteinander verglichen, um mögliche Auswirkungen der Nichtraucherschutzgesetze auf den Umsatz des Gaststättengewerbes festzustellen. In der *getränkegeprägten* Gastronomie gingen danach die Umsätze im dritten Quartal 2007 im Vergleich zum Vorjahresquartal in den Bundesländern mit Rauchverbot (Baden-Württemberg und Niedersachsen) real um 9,8% zurück, in den übrigen Bundesländern dagegen um 6,8%. Im vierten Quartal 2007 wurde auch in Hessen ein Nichtraucherschutzgesetz eingeführt. In diesem Quartal gingen in den Bundesländern mit Rauchverbot die realen Umsätze gegenüber dem Vorjahresquartal mit 14,1% erneut stärker zurück als in den übrigen Bundesländern (– 8,8%). Zur *getränkegeprägten* Gastronomie zählen unter anderem

Schankwirtschaften, Diskotheken und Tanzlokale, Bars und Vergnügungslokale.

In der *speisengeprägten* Gastronomie, das heißt in Restaurants, Cafés, Eissalons und Imbissstuben, war der Unterschied bei der Umsatzentwicklung zwischen Bundesländern mit und ohne Nichtraucherschutzgesetzen nicht so ausgeprägt. Im dritten Quartal 2007 hatte die speisengeprägte Gastronomie in Bundesländern mit Rauchverbot Umsatzrückgänge von 5,6% zu verzeichnen und in den übrigen Bundesländern in Höhe von 5,7%. Im vierten Quartal 2007 gingen dagegen die Umsätze in Bundesländern mit Rauchverbot um 6,3% zurück und in den übrigen Bundesländern um 5,4%.

Die Ergebnisse des ersten Quartals 2008 weisen noch große Schätzanteile auf und ermöglichen daher keine belastbaren Aussagen über die Entwicklung der Umsätze im Gaststättengewerbe getrennt nach Bundesländern mit und ohne Nichtraucherschutzgesetze. Die Unternehmen des Gaststättengewerbes melden monatlich ihre Umsätze. Fehlende Meldungen werden zunächst geschätzt und später durch die Nachmeldungen der Unternehmen ersetzt. Der Anteil der geschätzten Umsätze betrug beispielsweise im März 2008 in der speisegeprägten Gastronomie 29,5% und in der getränkegeprägten Gastronomie 37,0% aller Umsätze in diesem Wirtschaftszweig. In der Regel liegen die Meldungen aller Unternehmen erst sechs Monate nach dem jeweiligen Berichtsmonat vor. Sechs Monate nach Abschluss des Berichtsmonats beträgt der Revisionsbedarf der Veränderungsraten für das Gastgewerbe insgesamt im Median 0,5 Prozentpunkte.

Im gesamten Bundesgebiet setzten im ersten Quartal 2008 – in dem zum Quartalsende Nichtraucherschutzgesetze in 14 Bundesländern galten – die Unternehmen der getränkegeprägten Gastronomie real 4,6% weniger um als im Vorjahresquartal. Hierbei ist zu beachten, dass das erste Quartal 2007 aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung ein eher schlechtes Quartal für die getränkegeprägte Gastronomie war. In der speisengeprägten Gastronomie gingen die Umsätze im ersten Quartal 2008 um 0,8% im Vergleich zum Vorjahresquartal zurück.

Vergleicht man die Entwicklung der speisengeprägten mit der der getränkegeprägten Gastronomie seit 2002, dann kann man feststellen, dass sich die getränkegeprägte Gastronomie insgesamt schlechter entwickelt hat.

Weitere Auskünfte erteilt
Peter Roßmann, Telefon 06 11 / 75 33 38,
E-Mail: gastgewerbe@destatis.de.

Personalarückgang im öffentlichen Dienst

Die Zahl der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes ist in Deutschland im Jahr 2007 wie schon in den Vorjahren erneut gesunken. Insgesamt ergibt sich für den öffentlichen Dienst im Jahr 2007 ein Personalarückgang um rund 36 000 Personen (– 0,8%) auf 4,5 Mill. Beschäftigte. Der stärkste

Rückgang ist im kommunalen Bereich zu verzeichnen. Dort arbeiteten rund 17 000 Beschäftigte weniger als ein Jahr zuvor, das entspricht einem prozentualen Rückgang um 1,3%. Im Bundesbereich (einschließlich Bundeseisenbahnvermögen) waren 4 400 Personen (-0,8%) und im Landesbereich 14 000 Personen (-0,6%) weniger beschäftigt als im Jahr 2006. Bei den Sozialversicherungsträgern und bei der Bundesagentur für Arbeit blieb die Zahl der Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr nahezu unverändert.

Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ging im Jahr 2007 um 27 600 Personen zurück (-1,0%). Die Zahl der Beamten und Beamtinnen sowie Richter und Richterinnen sank um 8 600 Personen, das waren 0,5% weniger als ein Jahr zuvor. Die Anzahl der Berufs- und Zeitsoldaten bzw. -soldatinnen bei der Bundeswehr stieg gegenüber dem Vorjahr um rund 700 Personen (+0,4%).

Wie schon in den letzten Jahren ist die Zahl der Vollzeitbeschäftigten des öffentlichen Dienstes 2007 weiter zurückgegangen und lag mit 3,1 Mill. Personen um 1,6% unter dem Vorjahreswert. Dagegen hat die Teilzeitbeschäftigung um 1,1% auf 1,4 Mill. Personen zugenommen, eine Entwicklung, die zu mehr als der Hälfte auf die Nutzung der Altersteilzeitregelung zurückgeht. In allen Beschäftigungsbereichen ist die Zahl der Altersteilzeitbeschäftigten weiter angestiegen, lediglich beim Bund ging deren Zahl erstmals seit Einführung der Altersteilzeit zurück.

Weitere Auskünfte erteilt
Florian Schwahn, Telefon 06 11 / 75 41 05,
E-Mail: personalstatistiken.oeffentlicher-dienst@destatis.de

Bildungsausgaben 2006

Im Jahr 2006 wurden in Deutschland 142,9 Mrd. Euro für Bildung ausgegeben (2005: 141,6 Mrd. Euro). Das entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt von 6,2% (2005: 6,3%).

Angaben über die Finanzierungsstruktur liegen für das Jahr 2005 vor: Danach wurden die Bildungsausgaben 2005 in Höhe von 141,6 Mrd. Euro zu gut 76% aus den öffentlichen Haushalten (Bund: 8%, Länder: 51%, Kommunen: 17%) und zu rund 24% vom privaten Bereich und vom Ausland finanziert.

Mit 114,5 Mrd. Euro entfiel der größte Teil der Ausgaben im Jahr 2005 auf die Erstausbildung in Kindergärten, Schulen und Hochschulen sowie auf die duale Ausbildung. Die Ausgaben für Bildungsförderung und die Käufe der privaten Haushalte von Bildungsgütern lagen bei 13,1 Mrd. Euro.

Auf die Bereiche Weiterbildung, Jugendarbeit, Horte und dergleichen, die von den internationalen Organisationen OECD, UNESCO und Eurostat nicht in den internationalen Vergleich der Bildungsausgaben einbezogen werden, entfielen 14,0 Mrd. Euro.

Grundlage dieser Ergebnisse sind die Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zum Budget für Bildung, For-

schung und Wissenschaft, dem zahlreiche amtliche und nichtamtliche Datenquellen zugrunde liegen. Das Budget besteht aus einem international abgegrenzten Kernbereich und einem zusätzlichen Teil bildungsrelevanter Ausgaben in nationaler Abgrenzung.

Weitergehende Informationen enthält das Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter dem Thema „Bildung, Forschung, Kultur“.

Weitere Auskünfte erteilt
Thomas Baumann, Telefon 06 11 / 75 41 46,
E-Mail: bildungsausgaben@destatis.de

Habilitationen von Frauen 2007

Im Jahr 2007 entfielen 24% der Habilitationen aller Fachrichtungen auf Frauen; der Frauenanteil lag bei den Habilitationen in der Fächergruppe Mathematik/Naturwissenschaften einschließlich Informatik mit 16% und in den Ingenieurwissenschaften mit 21% unter dem Durchschnitt. Überdurchschnittlich hoch waren dagegen die Frauenanteile bei den Habilitationen in der Fächergruppe Veterinärmedizin (46%) sowie in den Sprach- und Kulturwissenschaften und Kunst/Kunstwissenschaft mit jeweils 38%.

Im Jahr 2007 haben sich an deutschen Hochschulen insgesamt 1 881 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen habilitiert. Während die Habilitationen insgesamt um 6% unter dem Stand des Vorjahres (1 993) lagen, übertrafen die von Frauen erreichten Habilitationen den Vorjahreswert um 3%. Im Zehn-Jahres-Vergleich haben die Habilitationen insgesamt um 2% abgenommen, die Habilitationen von Frauen stiegen dagegen um 56%. Damit lag der Frauenanteil bei den Habilitationen um 9 Prozentpunkte über dem Stand von 1998.

Betrachtet man den Frauenanteil nach Fächergruppen in den verschiedenen Phasen der akademischen Karriere, so zeigt sich ein relativ stabiles Muster. Bereits bei den Studienanfängerinnen und Studienanfängern war der Frauenanteil im Studienjahr 2006 in der Fächergruppe Veterinärmedizin (84%), Sprach- und Kulturwissenschaften (73%) und Kunst/Kunstwissenschaft (65%) vergleichsweise hoch und bei Mathematik/Naturwissenschaften (41%) und Ingenieurwissenschaften (21%) vergleichsweise niedrig. Mehr Mädchen und Frauen für Studiengänge und Berufe in den Fächern Mathematik, Informatik, Natur- und Technikwissenschaften (MINT) zu begeistern, ist das Ziel des Memorandums zum nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen, das am 17. Juni 2008 unterzeichnet wurde.

Fachkräfte mit Abschlüssen aus den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik haben vielfältige Arbeitsmöglichkeiten und hervorragende Berufsaussichten. Ein breites Bündnis aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft hat sich zum Ziel gesetzt, deutlich mehr junge Frauen für MINT-Berufe zu gewinnen.

Wissenschaftliche Studien gehen davon aus, dass bis zum Jahr 2013 330 000 Akademikerinnen und Akademiker fehlen werden, davon allein rund 70 000 aus dem Bereich der

Naturwissenschaften und rund 85 000 aus den Ingenieurwissenschaften. Angesichts dieses Fachkräftemangels kann auf das Potenzial von Frauen nicht verzichtet werden. Vielmehr muss das Potenzial von Frauen für naturwissenschaftlich-technische Berufe mobilisiert werden: Immer mehr junge Frauen erwerben schon in der Schule hervorragende Qualifikationen für technische und naturwissenschaftliche Berufe. Sie sind so gut ausgebildet wie nie zuvor und bringen großes Interesse für Technik und Naturwissenschaften mit. Dennoch sind die MINT-Studiengänge und -Berufe für junge Frauen offensichtlich nicht attraktiv genug – oder sie unterschätzen ihre Talente und trauen sich die MINT-Studiengänge nicht zu.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung hat daher gemeinsam mit Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft eine Initiative gestartet, um deutlich mehr junge Frauen für die Zukunftsberufe in den MINT-Bereichen zu gewinnen. In einem gemeinsam unterschriebenen Memorandum haben sich die über 40 Paktpartner auf folgende Ziele geeinigt:

- Gezielte Ansprache der technisch begabten und interessierten Schülerinnen.
- Erhöhung des Anteils der Studienanfängerinnen in naturwissenschaftlich-technischen Fächern auf mindestens europäisches Niveau.
- Erhöhung des Frauenanteils bei Neueinstellungen im MINT-Bereich mindestens auf den Frauenanteil bei den Hochschulabsolventen.
- Erhöhung des Frauenanteils in Führungspositionen sowohl bei den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen als auch in den beteiligten Unternehmen.

Nähere Informationen zum Nationalen Pakt für Frauen in MINT-Berufen stehen im Internet unter www.komm-mach-mint.de zur Verfügung.

Mehr als die Hälfte der Mütter mit Elterngeld war zuvor erwerbstätig

Mehr als die Hälfte der Mütter (52,5%), denen für ihr 2007 geborenes Kind Elterngeld bewilligt wurde, war vor der Geburt erwerbstätig; bei den Vätern waren es 77%. Dies geht aus neuen Ergebnissen der Elterngeldstatistik hervor, die jetzt auch die im ersten Quartal 2008 bewilligten Anträge auf Elterngeld für Eltern, deren Kind 2007 geboren wurde, enthalten. Bei diesen Anträgen handelt es sich um „Überhänge“ aus dem Vorjahr und um Anträge von Vätern und Müttern, die erst zu einem späteren Zeitpunkt während der ersten 14 Lebensmonate ihres Kindes Elterngeld beantragt haben.

Während von den vor der Geburt des Kindes erwerbstätigen Müttern 85% für ein Jahr Elterngeld beziehen, bevorzugen von den vor der Geburt des Kindes erwerbstätigen Vätern zwei Drittel eine „Babyzeit“ von zwei Monaten. Jeder zehnte erwerbstätige Vater nimmt sich ein Jahr Zeit für seinen Nachwuchs. 89% der nicht erwerbstätigen Mütter beziehen zwölf

Monate Elterngeld. Von den nicht erwerbstätigen Vätern erhält jeder zweite für zwei Monate Elterngeld und 30% beziehen diese Leistung über zwölf Monate.

Insgesamt wurden von Januar 2007 bis März 2008 knapp 720 000 Anträge auf Elterngeld für 2007 geborene Kinder bewilligt. Die Zahl der Väter, die für ihr 2007 geborenes Kind Elterngeld bewilligt bekamen, hat sich inzwischen auf 87 400 erhöht. Damit ist der Anteil der für Väter bewilligten Anträge auf 12,1% angestiegen. In den neuen Ländern ohne Berlin übertrifft der Wert mit 12,6% den im früheren Bundesgebiet ohne Berlin (11,9%). Im ersten Quartal 2008 ist der Anteil der bewilligten Anträge für Männer, die 2007 Vater geworden sind, in einigen Ländern auf über 20% angestiegen. Dies hängt zunächst mit der Zunahme der absoluten Zahl der Anträge von Vätern zusammen. Weiter trägt aber dazu bei, dass die absolute Zahl der Anträge von Müttern für 2007 geborene Kinder rückläufig ist, da die Mütter häufig bereits zu einem früheren Zeitpunkt ihren Antrag auf Elterngeld gestellt hatten.

Nach den ersten Ergebnissen nach der Erweiterung der Elterngeldstatistik um Angaben zu beendeten Leistungsbezügen ab Januar 2008 haben rund 169 000 Eltern zwischen Januar und März 2008 den Bezug von Elterngeld beendet. Dies betraf 144 000 Mütter und 25 000 Väter.

Differenzierte Ergebnisse der Elterngeldstatistik von Januar 2007 bis März 2008 stehen im Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen, Suchbegriff: „Elterngeld“) zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt

Sascha Krieger, Telefon 06 11 / 75 81 59,
E-Mail: jugendhilfe@destatis.de.

Entwicklung der Arbeitskosten im ersten Vierteljahr 2008

Im ersten Quartal 2008 zahlten Arbeitgeber im produzierenden Gewerbe und im gesamten Dienstleistungsbereich kalenderbereinigt 1,7% mehr für eine geleistete Arbeitsstunde als im entsprechenden Vorjahresquartal. Die beiden Hauptkomponenten der Arbeitskosten entwickelten sich unterschiedlich: Der Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter beschleunigte sich leicht auf 2,3%. Dämpfend wirkte dagegen das Absinken der Lohnnebenkosten um 0,1%. Hier spiegelt sich vor allem der zum 1. Januar 2008 von 2,10% auf 1,65% gesenkte Beitragssatz der Arbeitgeber zur Arbeitslosenversicherung wider.

Das Produzierende Gewerbe und der gesamte Dienstleistungsbereich umfassen neben der Privatwirtschaft die nicht vom Markt bestimmten Dienstleistungsbereiche. Letztere sind vom öffentlichen Dienst geprägt und schließen unter anderem die öffentliche Verwaltung sowie die Bereiche Erziehung, Unterricht und Gesundheitswesen ein.

Der jüngste Tarifabschluss für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bei Bund und Kommunen gilt rückwirkend zum 1. Januar 2008 und ist in den Ergebnissen enthalten.

Die Arbeitskosten in den vom öffentlichen Dienst geprägten Dienstleistungen stiegen kalenderbereinigt im Vorjahresvergleich mit +2,0% somit etwas stärker als in der Privatwirtschaft (+1,6%). Zur Privatwirtschaft gehören das Produzierende Gewerbe und die marktbestimmten Dienstleistungen.

Europaweit liegen Veränderungsraten der Arbeitskosten in der Privatwirtschaft für das vierte Vierteljahr 2007 vor. Nach diesen Ergebnissen verteuerte sich in Deutschland eine Stunde Arbeit im Vergleich zum vierten Quartal 2006 kalenderbereinigt um 1,9%. Damit wies Deutschland nach Luxemburg (+1,0%) die zweitniedrigste Wachstumsrate innerhalb der Europäischen Union auf. Die drittniedrigste Wachstumsrate verzeichnete Malta mit 2,2%, gefolgt von Belgien mit 2,9% und Frankreich mit 3,0%. Die höchste Veränderungsraten der Arbeitskosten wurde für Lettland mit einem Plus von 30,1% festgestellt. In der Europäischen Union war der durchschnittliche Anstieg mit 3,5% deutlich höher als in Deutschland. Für das vierte Quartal 2007 liegen Daten von 23 der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor. Die Veränderungsraten der Arbeitskosten von Staaten außerhalb der Eurozone sind in der jeweiligen Landeswährung gemessen und daher nicht währungsbereinigt.

Daten für den europäischen Vergleich stellt der EDS Europäischer Datenservice unter www.eds-destatis.de zur Verfügung.

Weitere Auskünfte erteilt
Kerstin Jünemann, Telefon 06 11 / 75 35 45,
E-Mail: arbeitskosten@destatis.de.

Preise für Diesel in den letzten zehn Jahren stärker gestiegen als Benzinpreise

In den vergangenen zehn Jahren sind in Deutschland die Preise für Diesel deutlich stärker gestiegen als die Preise für Normal- und Superbenzin; parallel nahm im gleichen Zeitraum der Absatz von Diesel zu, während der Benzinabsatz zurückging. Wie in der Preisstatistik ermittelt wurde, verdoppelten sich die Preise für Diesel von 1998 bis 2007, während die Preise für Normalbenzin in diesem Zeitraum um 68,7% und für Superbenzin um 66,0% zunahmen. Die Steuerstatistik zeigt, dass im gleichen Zeitraum der Benzinabsatz (Normal- und Superbenzin sowie weitere Benzinsorten) um 29,5% zurückging, während der Absatz von Diesel um 6,5% stieg.

Durch diese Entwicklung hat sich das Verhältnis von versteuertem Benzin und Diesel nahezu umgekehrt. Während 1998 noch 56% des in Deutschland versteuerten Kraftstoffs Benzin und 44% Diesel waren, wurden 2007 45% Benzin und 55% Diesel versteuert. Datenbasis der Steuerstatistik ist dabei die Menge der versteuerten Mineralöle (Benzin und Diesel) im Kalenderjahr 2007. Nicht berücksichtigt wird dabei der sogenannte Tanktourismus, also der Kraftstoffkauf jenseits der Grenzen.

Der Kraftstoffabsatz insgesamt ging im betrachteten Zeitraum zurück: Wurden 1998 noch durchschnittlich 201 Mill. Liter (l) je Tag abgesetzt, sank der Kraftstoffabsatz bis 2007 um 27 Mill. l auf 174 Mill. l täglich. Die Preise für Kraftstoffe insgesamt kletterten von 1998 bis 2007 um 70,2%.

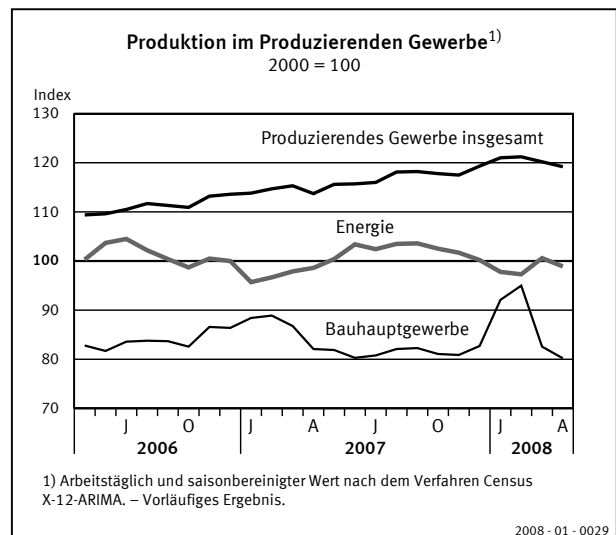
Die aktuellen Preisbewegungen bei Kraftstoffen und anderen Energieträgern enthält die Publikation „Daten zur Energiepreisentwicklung“, die im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes in der Rubrik Preise zu finden ist.

Diese monatlich herausgegebene Veröffentlichung fasst Daten zur Energiepreisentwicklung aus unterschiedlichen Preisstatistiken in Deutschland sowie in der Europäischen Union zusammen. Für einzelne Energiearten (Steinkohle, Braunkohle, Erdöl, Erdgas, Benzin, Diesel, leichtes Heizöl, schweres Heizöl, Flüssiggas, Strom, Fernwärme) werden in einem Textteil zunächst kurze Erläuterungen, insbesondere zu Aufkommen und Verwendung sowie zu Preisbildungsmechanismen gegeben. Der Tabellenteil enthält dann in erster Linie Preisindizes für unterschiedliche Wirtschaftsstufen (Einfuhr, Inlandserzeugung, Verbrauch, Ausfuhr). Für ausgewählte Energiearten (Erdgas, leichtes Heizöl, schweres Heizöl, Strom) werden zusätzlich Durchschnittspreise aufgeführt. Ein Anhang verweist auf weiterführende externe Informationsquellen.

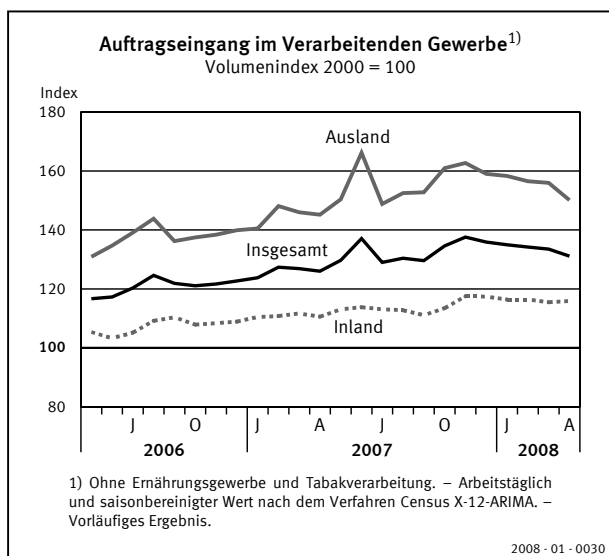
Weitere wichtige Monatszahlen

Produzierendes Gewerbe

Die *Erzeugung* im Produzierenden Gewerbe ist vorläufigen Angaben zufolge im April 2008 preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) um 0,8% zurückgegangen. Im Vormonat war sie abwärts revidiert ebenfalls um 0,8% gesunken. Erneut spürbar rückläufig war zuletzt die Erzeugung im Bauhauptgewerbe (-2,9%). Die Industrieproduktion verringerte sich um 0,7%.



Die *Auftragseingänge in der Industrie* sind vorläufigen Angaben zufolge im April 2008 preis- und saisonbereinigt (Verfahren Census X-12-ARIMA) erneut um 1,8% zurückgegangen. Im Vormonat hatten sie um 0,5% abgenommen. Der Umfang an Großaufträgen war im April 2008 leicht überdurchschnittlich. Während sich das Ordervolumen bei den Vorleistungs- und Investitionsgüterherstellern um 3,3 bzw. 1,3% verringerte, erhöhte sich die Bestelltätigkeit bei den Konsumgüterherstellern um 1,2%. Der Rückgang der Auftragseingänge resultierte allein aus einer schwächeren Auslandsnachfrage, die um 3,8% abnahm. Die Inlandsnachfrage legte geringfügig um 0,3% zu.



Einzelhandel

Der Einzelhandel setzte in Deutschland *im April 2008* nominal 2,2% mehr und real 0,2% weniger um als im April 2007. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass der April 2008 mit 26 Verkaufstagen drei Verkaufstage mehr hatte als der April 2007.

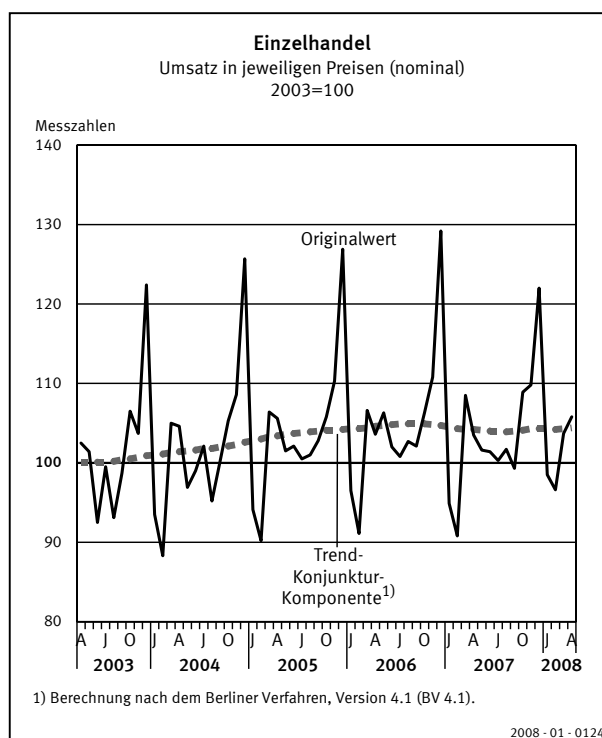
Im Vergleich zum März 2008 war der Umsatz des Einzelhandels im April 2008 unter Berücksichtigung von Saison- und Kalendereffekten nominal 0,5% und real 0,6% niedriger.

Der Einzelhandel mit Lebensmitteln, Getränken und Tabakwaren setzte im April 2008 nominal 0,2% und real 4,8% weniger um als im April 2007. Bei den Supermärkten, Selbstbedienungs-Warenhäusern und Verbrauchermärkten wurde nominal 0,2% mehr, aber real 4,7% weniger als im Vorjahresmonat umgesetzt. Beim Facheinzelhandel mit Lebensmitteln lagen die Umsätze nominal um 3,7% und real um 6,8% niedriger.

Im Einzelhandel mit Nicht-Lebensmitteln lagen die Umsätze im April 2008 über den Werten des Vorjahresmonats (nominal +4,0%, real +2,9%). Hierbei entwickelten sich die einzelnen Branchen recht unterschiedlich. Eine positive Entwicklung nahmen die Umsätze im sonstigen Facheinzelhandel (z. B. Bücher, Schmuck usw.), wo real 9,5% mehr als

im April 2007 umgesetzt wurde (nominal +7,1%), im Einzelhandel mit Einrichtungsgegenständen, Haushaltsgeräten, Baubedarf (nominal +5,4%, real +5,1%), im Einzelhandel mit kosmetischen, pharmazeutischen und medizinischen Produkten (nominal +5,9%, real +5,6%) und im Versandhandel (nominal +10,3%, real +9,7%). In allen anderen Branchen dieses Bereichs lagen die Umsätze nominal und real unter den Werten des Vorjahresmonats.

In den ersten vier Monaten des Jahres 2008 setzte der Einzelhandel nominal 1,8% mehr und real 0,8% weniger um als im Zeitraum Januar bis April 2007.

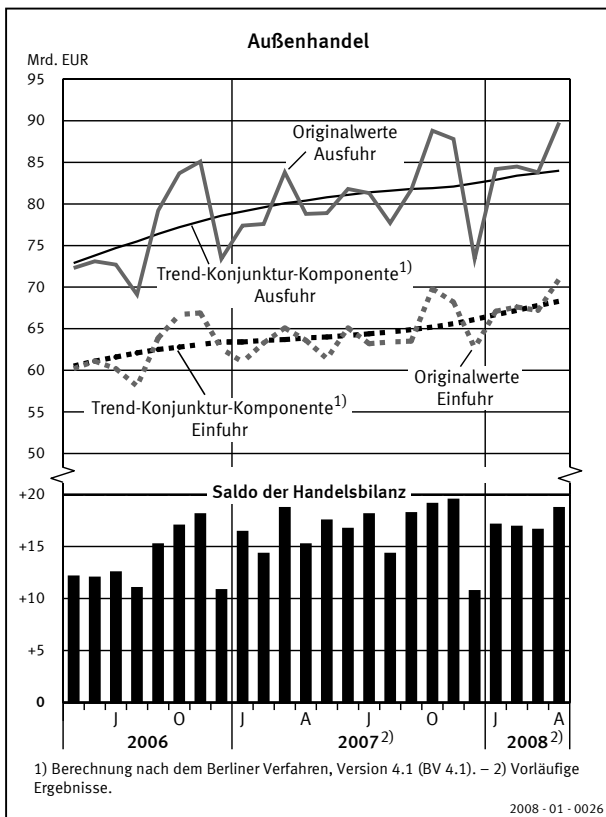


Außenhandel

Im *April 2008* erhöhten sich die deutschen Ausfuhren gegenüber dem Vorjahresmonat um 13,9% auf 89,8 Mrd. Euro. Mit einem Anstieg um 11,7% auf 71,0 Mrd. Euro nahmen die deutschen Einfuhren ebenfalls zu. Im gleichen Zeitraum haben sich die Außenhandelsgüter in beiden Lieferrichtungen weiter verteuert. Wie bereits im März lagen die Importgüterpreise im April 2008 erneut über den Werten des Vorjahresmonats, und zwar um 5,7%. Ohne Berücksichtigung von Erdöl und Mineralölzerzeugnissen stieg der Einfuhrpreisindex gegenüber April 2007 um 1,5%. Die Ausfuhren verteuerten sich wie schon im Februar und März auch im April 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat, und zwar um 2,2%.

Bei den Einfuhren von Energieträgern kam es im April 2008 zu deutlichen Preisanstiegen (+36,1%). Rohöl wurde im Vorjahresvergleich um 41,4% teurer, die Preise für Mineralölzerzeugnisse stiegen um 35,6%. Bei Erdgas war ein Preisan-

stieg von 33,2% gegenüber April 2007 zu verzeichnen. Im gleichen Zeitraum waren im Nahrungsmittelsektor insbesondere bei der Einfuhr von Getreide (+44,1%) und Zitrusfrüchten (+31,0%), im Chemiebereich für Düngemittel und Stickstoffverbindungen (+53,0%) hohe Preissteigerungen zu beobachten. Deutliche Preisrückgänge gegenüber dem Vorjahresmonat waren für importiertes Nickel in Rohform (-47,6%) festzustellen.



Der Außenhandelsbilanzüberschuss stieg im April 2008 gegenüber dem Vorjahresmonat um 3,5 Mrd. Euro auf 18,7 Mrd. Euro an. Zusammen mit den Ergebnissen der Dienstleistungsbilanz (-0,2 Mrd. Euro), der Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen (-1,2 Mrd. Euro), der Bilanz der laufenden Übertragungen (-1,9 Mrd. Euro) und der Bilanz der Ergänzungen zum Außenhandel (-0,9 Mrd. Euro) ergab der Leistungsbilanzsaldo im April 2008 nach vorläufigen Berechnungen der Deutschen Bundesbank 14,5 Mrd. Euro. Der Überschuss der Leistungsbilanz im Vorjahresmonat betrug 13,4 Mrd. Euro.

Nominal erhöhten sich im April 2008 gegenüber März 2008 die Ausfuhr aus Deutschland um 7,2% und die Einfuhren um 5,7%. Die kalender- und saisonbereinigten Werte zeigen im Vormonatsvergleich jedoch eine gegenläufige Entwicklung: Während die Ausfuhr um 1,2% stiegen, sanken die Einfuhren um 2,1%. [lu](#)

Dipl.-Volkswirt Christoph-Martin Mai

Arbeitnehmerüberlassungen – Bestand und Entwicklungen

Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen steigt saisonbereinigt seit dem Sommer 2005 an. Erfreulich hierbei ist, dass von diesem Beschäftigungsaufbau auch die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erreicht wird. Nach knapp fünf Jahren des Rückgangs verzeichnet auch diese wichtige Beschäftigungsform seit dem April 2006 wieder steigende Beschäftigtenzahlen. Skeptiker weisen allerdings darauf hin, dass der Anstieg der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durch die Zunahme von Beschäftigten in Arbeitnehmerüberlassungen erheblich beeinflusst wird. Die Entwicklung der Zeitarbeitsbranche war zuletzt durch hohe Wachstumsraten gekennzeichnet.

Mit der Arbeitnehmerüberlassung als einem Flexibilisierungsinstrument des Arbeitsmarktes sind zugleich Chancen und Risiken verbunden. Zum einen entstehen durch die Zeitarbeitsbranche neue (Vollzeit-)Arbeitsplätze. Auch trägt Zeitarbeit dazu bei, die Höhe der Arbeitslosigkeit merklich zu verringern. Diese Beschäftigungsform dürfte zudem den Problemgruppen des Arbeitsmarktes, zum Beispiel gering Qualifizierten oder Langzeitarbeitslosen, Zuversicht auf einen (Wieder-)Einstieg in den regulären Arbeitsmarkt vermitteln. Dabei streben viele Leiharbeiter bei ihrer Tätigkeit einen sogenannten „Klebeffekt“ an, das heißt eine dauerhafte Anstellung beim Entleihunternehmen. Jedoch wird der Zeitarbeitsbranche nachgesagt, dass von ihr eine Verdrängungsgefahr für reguläre Arbeitsplätze ausgeht. Kritisch werden ebenfalls die Einflüsse auf die Arbeitnehmerrechte und mögliche Formen von Lohndumping hinterfragt.

Aufgrund deren zunehmender Bedeutung für die aktuellen Entwicklungen des Arbeitsmarktes muss sich die amtliche Statistik verstärkt Beschäftigungsformen wie der Arbeitnehmerüberlassung annehmen. Im Folgenden soll diese Abhandlung eine Beschreibung des rechtlichen Hintergrundes zur Leiharbeit geben, einschließlich einer Klärung von Begriffen und einer Beschreibung von Grundsätzen der Zeitarbeit. Anschließend werden empirische Daten bezüglich des Bestandes und der Entwicklung der Arbeitnehmerüberlassungen zusammengestellt. Die Analysen beleuchten weitergehend die Strukturen der Zeitarbeit (Branchenverbreitung, Personengruppen) und vergleichen die Situation in Deutschland mit der in anderen Ländern. Ein zusammenfassendes Fazit beendet den vorliegenden Beitrag.

Rechtliche Rahmenbedingungen, Begriffe und Grundsätze der Arbeitnehmerüberlassung

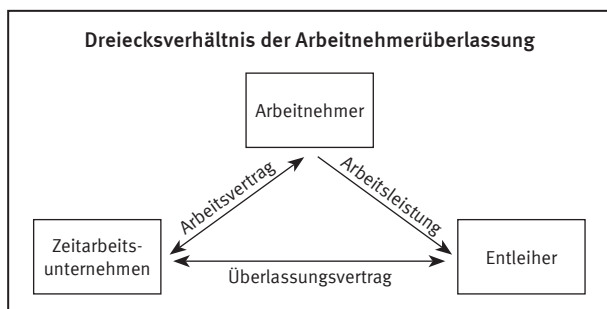
Von Arbeitnehmerüberlassung wird gesprochen, wenn ein Arbeitgeber einen Arbeitnehmer an einen Dritten ausleiht. Dabei setzt dieser Dritte die ausgeliehene Arbeitskraft nach seinen betrieblichen Bedürfnissen ein. Gesetzlich geregelt ist die gewerbliche Arbeitnehmerüberlassung im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz.¹⁾ Umgangssprachlich wird statt von Arbeitnehmerüberlassung alternativ auch von Leih- bzw. Zeitarbeit gesprochen. Beide Bezeichnungen können zu Missverständnissen führen. Nach § 598 BGB findet eine

1) Gesetz zur Regelung der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung (Arbeitnehmerüberlassungsgesetz – AÜG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. Februar 1995 (BGBl. I S. 158), zuletzt geändert durch Artikel 233 der Verordnung vom 31. Oktober 2006 (BGBl. I S. 2407).

Entleihe grundsätzlich unentgeltlich statt, was bei einer gewerblichen Arbeitnehmerüberlassung nicht der Fall ist. Die Bezeichnung Zeitarbeit hingegen könnte fälschlicherweise so verstanden werden, dass es sich bei der Arbeitnehmerüberlassung um ausschließlich befristete Arbeitsverträge handelt, sozusagen Arbeit auf Zeit.²⁾ Da in der Öffentlichkeit allerdings beide Begriffe als Synonym für die Arbeitnehmerüberlassung etabliert sind, werden diese auch im Folgenden verwendet.

Kennzeichnend für die Leiharbeit ist ein Dreiecksverhältnis zwischen einem Arbeitnehmer, einem Verleiher und einem Entleiher.³⁾ Ein zentraler Aspekt hierbei ist die Trennung zwischen Arbeitsvertrag und Beschäftigungsverhältnis.⁴⁾ Ein Arbeitsvertrag besteht zwischen dem Arbeitnehmer und der Zeitarbeitsfirma, während die Arbeitsleistung beim Entleiher erfolgt. Arbeitgeber des Leiharbeitnehmers ist ausschließlich der Verleiher. Allerdings trifft auch den Entleiher für gegebenenfalls nicht abgeführte Sozialversicherungsbeiträge durch den Verleiher eine sogenannte Subsidiärhaftung.⁵⁾ Zwischen dem Zeitarbeitsunternehmen und dem Kunden, dem Entleiher, besteht ein Vertrag zur entgeltlichen Überlassung einer Arbeitskraft. Das vereinbarte Entgelt zwischen Ver- und Entleiher ist unabhängig vom Gehalt des Leiharbeitnehmers. Es besteht für den Entleiher jedoch kein Haftungsanspruch aufgrund schlechter oder schadhafter Leistung gegenüber dem Verleiher. Das Zeitarbeitsunternehmen garantiert lediglich die Qualifikation des Arbeitnehmers und versichert sich der Einhaltung von Arbeitssicherheitsvorschriften.

Schaubild 1



Die Durchführung einer Arbeitnehmerüberlassung bedarf der Zustimmung des Arbeitnehmers. Die gewerbliche Überlassung von Arbeitskräften verlangt neben einer Gewerbeanmeldung auch eine Erlaubnis nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz. Aufsichtsführende Behörden sind in der Regel die Regionaldirektionen der Bundesagentur für Arbeit.⁶⁾ Ohne Verleiherlaubnis sind sowohl der Arbeits-

vertrag als auch der Überlassungsvertrag rechtlich unwirksam. Nach gesetzlicher Fiktion tritt zum Arbeitnehmerschutz ein Arbeitsvertrag mit dem Entleiher ein. Erlaubnisfrei sind hingegen die nichtgewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassungen, die gelegentlich oder ohne Gewinnerzielungsabsicht erfolgen.

Zu den Zeitarbeitsunternehmen zählen auch die Personal-Service-Agenturen (PSA). Die PSA stellen Arbeitslose auf Vorschlag der Bundesagentur für Arbeit in sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ein. Die ehemals Arbeitslosen werden an Unternehmen verliehen. Primäres Ziel ist die Übernahme dieser Beschäftigten vom entleihenden Unternehmen (Klebeffekt). Damit verbinden sich bei den PSA die Elemente der Arbeitsvermittlung und der Arbeitnehmerüberlassung. Ist eine Verleihung eines Arbeitnehmers nicht möglich, sind die PSA verpflichtet, für dessen Qualifizierung zu sorgen.⁷⁾

Die Leiharbeit ist in Deutschland seit 1972 gesetzlich verankert. Allerdings musste das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz in der Vergangenheit im Konflikt zwischen der Wahrung der Leiharbeitnehmerrechte und den Flexibilitätsansprüchen der Unternehmen mehrfach modifiziert werden. Änderungen des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes fanden daher statt

- in der Verleihhöchstdauer und -befristung,
- in der Frage der Synchronisierung von Arbeitsvertrag (Arbeitnehmer und Verleiher) und Überlassungsvertrag (Ver- und Entleiher),
- im Umgang mit sogenannten Kettenarbeitsverträgen,
- für spezifische Wirtschaftsbereiche,
- in der (Un-)Gleichbehandlung von Zeitarbeitnehmern und Stammebelegschaft im Entleihbetrieb.

So war es anfänglich zum Schutze des Arbeitnehmers dem Verleiher verboten, einen Arbeitsvertrag mit einem Zeitarbeitnehmer befristet auszustellen, diesen Leiharbeitnehmer nach Kündigung binnen von drei Monaten wieder einzustellen, ihn länger als drei Monate zu verleihen oder den Arbeitsvertrag mit dem Vertrag zur Überlassung zu synchronisieren.

Die am häufigsten geänderte Regelung ist die der Überlassungshöchstdauer, das heißt der Einsatzdauer des verliehenen Arbeitnehmers beim Entleiher. Anfangs auf drei Monate beschränkt wurde die Höchstdauer einer einzelnen Entleihe auf sechs, später neun, zwölf bzw. vierundzwanzig Monate ausgeweitet. Seit dem Inkrafttreten des „Ersten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“

2) Siehe Antoni, M./Jahn, E.: „Arbeitnehmerüberlassung – Boomende Branche mit hoher Fluktuation“ in Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.), IAB Kurzbericht Nr. 14/2006, hier: S. 1.
 3) Siehe Nienhüser, W./Matiaske, W.: „Der ‚Gleichheitsgrundsatz‘ bei Leiharbeit – Entlohnung und Arbeitsbedingungen von Leiharbeitern im europäischen Vergleich“ in Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung (Hrsg.): WSI-Mitteilungen 08/2003, S. 466 ff., hier: S. 467.
 4) Siehe Vitols, K.: „Die Regulierung der Zeitarbeit in Deutschland: Vom Sonderfall zur Normalbranche“ in Institut für Soziologie der Universität Duisburg-Essen (Hrsg.): Duisburger Beiträge zur Soziologischen Forschung, Nr. 5/2003, hier: S. 7.
 5) Rechtliche Grundsätze der Zeitarbeit in Deutschland siehe Informationen des Bundesverbandes Zeitarbeit für Arbeitsuchende im Internet unter <http://www.bza.de>.
 6) Siehe Burda, M. C./Kvasnicka, M.: „Zeitarbeit in Deutschland: Trends und Perspektiven“ in Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.): SFB 649 Discussion Paper 2005-048, Berlin 2005, hier: S. 6.
 7) Siehe Bernhard, S./Hohmeyer, K./Jozwiak, E./Koch, S./Kruppe, T./Stephan, G./Wolff, J.: „Aktive Arbeitsmarktpolitik in Deutschland und ihre Wirkungen“ in Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Hrsg.): IAB Forschungsbericht 2/2008, hier: S. 24 ff.

Wichtigste Änderungen beim Arbeitnehmerüberlassungsgesetz¹⁾

Überlassungshöchstdauer von 3 Monaten (ab 1972)
Erhöhung von 3 auf 6 Monate (1985)
Erhöhung von 6 auf 9 Monate (1994)
Erhöhung von 9 auf 12 Monate (1997)
Erhöhung von 12 auf 24 Monate (2002)
Überlassungshöchstdauer unbegrenzt (seit 2004)
Befristungsverbot (ab 1972)
Erlaubnis einer einmaligen Befristung ohne Angabe eines sachlichen Grundes (1997)
Wegfall des Befristungsverbot ohne sachlichen Grund (seit 2004)
Synchronisationsverbot (ab 1972)
Zulassung der Synchronisation für schwer vermittelbare Arbeitslose (1994)
Aufhebung der Synchronisation bei erstmaligem Verleih eines Arbeitnehmers (1997)
Aufhebung des Synchronisationsverbots (seit 2004)
Wiedereinstellungsverbot (ab 1972)
Erlaubnis einer einmaligen Wiedereinstellung (1997)
Aufhebung des Wiedereinstellungsverbot (seit 2004)
Entleihverbot im Bauhauptgewerbe (ab 1982)
Arbeitnehmerüberlassungen nur zwischen Betrieben des Bauhauptgewerbes (1994)
Verleih von Arbeitnehmern möglich, sofern ein allgemein verbindlicher Tarifvertrag dies vorsieht (seit 2003)
Diskriminierungsverbot nach 12 Monaten (ab 2002)
Gleichbehandlungsgrundsatz generell (ab 2004)

1) Siehe auch Burda, M./Kvasnicka, M., a.a.O. (Fußnote 6 im Text), S. 7, und Antoni, M./Jahn, E., a.a.O. (Fußnote 2 im Text), S. 2.

(sogenanntes Hartz-I-Gesetz) gibt es keine zeitlichen Begrenzungen mehr für eine Überlassung. Intention der ursprünglichen Begrenzung der Überlassungsdauer war, dass das Entleihunternehmen seine Stammebelegschaft nicht gänzlich durch Leiharbeiter ersetzen, sondern mit der Entleihe lediglich Kapazitätsengpässe beseitigen sollte.

Das Befristungsverbot schrieb zunächst vor, dass ohne einen sachlichen Grund, der sich aus der Person des Arbeitnehmers ergibt, grundsätzlich ein unbefristetes Arbeitsverhältnis geschlossen werden musste. Im Jahr 1997 wurde zunächst die einmalige Befristung erlaubt. Seit dem Hartz-I-Gesetz gilt das Befristungsverbot nicht mehr.

Das Synchronisationsverbot besagte, dass die Laufzeit des Leiharbeitsvertrages und die Überlassung sich nicht entsprechen sollten bzw. ein unbefristeter Arbeitsvertrag nicht nach Beendigung einer Überlassung an ein Unternehmen gekündigt werden durfte. Das wirtschaftliche Risiko sollte damit nicht vom Arbeitnehmer selbst, sondern vom Verleiher getragen werden. Vom Synchronisationsverbot ging der Anreiz zum Abschluss relativ kurzläufiger Arbeitsverträge aus, was der Intention der dauerhaften Anstellung zuwiderlief.⁸⁾ Im Zeitablauf wurde das Synchronisationsverbot gelockert: 1994 für (von der damaligen Bundesanstalt für Arbeit zugewiesene) schwer vermittelbare Arbeitslose, 1997 im Falle der erstmaligen Entleihe eines Arbeitnehmers. Seit dem Inkrafttreten des Hartz-I-Gesetzes ist die Synchronisation zugelassen.

8) Siehe Burda, M. C./Kvasnicka, M., Fußnote 6, S. 6.

9) Diese Vorschrift galt jedoch nicht, falls der Leiharbeiter das Arbeitsverhältnis selbst kündigte.

10) Ausnahmetatbestand kann ein sachlicher Befristungsgrund in der Person des Arbeitnehmers sein (nach dem Teilzeit- und Befristungsgesetz).

11) Siehe Bosch, G./Zühlke-Robinet, K.: „Der Bauarbeitsmarkt. Soziologie und Ökonomie einer Branche“, Frankfurt/M. 2000, hier: S. 122 f.

12) Siehe Ochel, W.: „Hartz and more: Zum Abbau der Arbeitslosigkeit durch Leiharbeit“ in ifo Institut für Wirtschaftsforschung, München (Hrsg.): ifo Schnelldienst, 56. Jahrgang, Nr. 1/2003, S. 21 ff., hier: S. 25 ff.

13) Siehe Ehrenthal, B.: „Zeitarbeit in Deutschland“, Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn 2005, S. 2 (www.kibb.de/cps/uploads/Zeitarbeit.1132573274456.pdf; Stand: 4. Juni 2008).

Ähnlich modifiziert wurde auch das ursprünglich geltende Wiedereinstellungsverbot. Ab dem Jahr 1972 galt, dass ein Zeitarbeitsunternehmen einen Arbeitnehmer nach Kündigung oder Auslaufen eines befristeten Arbeitsvertrages nicht binnen dreier Monate wieder einstellen konnte.⁹⁾ Damit wollte der Gesetzgeber eine annähernde Synchronisation zwischen Arbeitsvertrag und Überlassung verhindern und dauerhafte Beschäftigung fördern. Ab dem Jahr 1997 war eine einmalige Ausnahme möglich. Seit dem 1. Januar 2004 ist das Wiedereinstellungsverbot ganz aufgehoben. Jedoch muss bei einer Wiedereinstellung ein unbefristeter Arbeitsvertrag abgeschlossen werden.¹⁰⁾

Spezifisch für das Bauhauptgewerbe galt ab dem Jahr 1982 ein Verbot der gewerblichen Arbeitnehmerüberlassung von Arbeitern. Anlass dieser Regelung war die Befürchtung, dass Unternehmen ohne Leiharbeiter gravierende Kostennachteile gegenüber Betrieben mit Leiharbeitern hätten. Dieses Verbot wurde im Jahr 1994 gelockert, sodass fortan eine Überlassung zwischen Betrieben des Baugewerbes möglich war, sofern diese demselben Tarifvertrag folgen und das ausleihende Unternehmen eine Erlaubnis zur Arbeitnehmerüberlassung besitzt.¹¹⁾ Seit Januar 2003 gilt, dass auch eine Entleihe von Arbeitern von Unternehmen außerhalb des Bauhauptgewerbes möglich ist, sofern allgemein verbindliche Tarifverträge dies vorsehen.

Seit dem Hartz-I-Gesetz gilt ein Diskriminierungsverbot gegenüber Leiharbeitnehmern. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz verlangt die gleichen Arbeitsbedingungen (Equal Treatment) für Beschäftigte in Zeitarbeit wie für vergleichbare Arbeitnehmer der Stammebelegschaft des Entleihers. Dieser Grundsatz beinhaltet auch eine Gleichbehandlung bezüglich der Entlohnung (Equal Pay). Grundsätzlich soll mit dieser Regelung der Substitution von Stamm-Arbeitskräften des Entleihers durch Leiharbeitskräfte Einhalt geboten werden, indem die damit verbundenen Kostenvorteile verringert werden.¹²⁾ Eingeführt wurde das Diskriminierungsverbot bereits im Jahr 2002, jedoch nur für Zeitarbeitnehmer, die bereits seit einem Jahr im Entleihunternehmen tätig waren. Seit der Gültigkeit des Hartz-I-Gesetzes ist das Diskriminierungsverbot für alle Leiharbeiter verbindlich. Vom Diskriminierungsverbot gibt es allerdings zwei Ausnahmen:

- bei der Einstellung eines zuvor arbeitslos Gemeldeten: In den ersten sechs Wochen darf ein Nettolohn in Höhe des bisherigen Arbeitslosengeldanspruchs gezahlt werden.
- bei tarifvertraglichen Abweichungen: Nach den gesetzlichen Neuregelungen im Jahr 2003 sind erste Tarifverträge zur Leiharbeit geschlossen worden. Dies hat zur Folge, dass nun die Mehrheit der Leiharbeiter nach Tarif entlohnt wird und nicht nach dem Grundsatz des Equal Pay.¹³⁾

Empirische Ergebnisse

Zur Berechnung der Erwerbstätigenzahlen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sind vor allem die Angaben über die Personen in Leiharbeit selbst interessant. Als zusätzliche Analysequellen bieten sich verschiedene Statistiken über die Zeitarbeitsfirmen und über die Entleihfirmen an.

Eine wichtige Quelle zur Bestimmung der Personenzahl in Leiharbeitsverhältnissen ist die Arbeitnehmerüberlassungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Nach dem Arbeitnehmerüberlassungsgesetz sind alle Verleihbetriebe gesetzlich verpflichtet, statistische Angaben über die Personen, die zum Zwecke der Arbeitnehmerüberlassung eingestellt worden sind, weiterzuleiten. In der Statistik werden die Angaben aller Zeitarbeitsunternehmen berücksichtigt, das heißt es werden auch Daten von Betrieben erfasst, die nicht hauptsächlich Personalüberlassung betreiben. Das interne Personal der Zeitarbeitsunternehmen, zum Beispiel zur Erledigung von Verwaltungsaufgaben, ist in diesen Zahlen nicht enthalten. Eine Veröffentlichung der Ergebnisse der Statistik der Arbeitnehmerüberlassungen erfolgt allerdings nur mit zeitlichem Verzug (derzeit liegen Daten zum Stand Juni 2007 vor).

Nach der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik befanden sich im Juni 2007 insgesamt 731 000 Personen in einem Zeitarbeitsverhältnis.¹⁴⁾ Obwohl der Anteil der Leiharbeiter gemessen an der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung lediglich 2,7% ausmacht, beeinflussen die dynamischen Zunahmen im Bereich der Leiharbeit die Gesamtentwicklung der Erwerbstätigkeit erheblich. So hatte die Zahl der Leiharbeiter im Juni 2007 (letzte verfügbare Zahl) um rund 133 000 Personen gegenüber dem Vorjahr zugenommen (+ 22,2%). Wird der jetzige Wert mit dem Stand vor zehn Jahren verglichen, ist die Zahl der Leiharbeiter sogar um 518 000 Personen angestiegen (+ 244 %).

Auffallend an der Zeitreihe der Leiharbeiter ist, dass die Anzahl der Personen in Arbeitnehmerüberlassungen besonders kurz nach den signifikanten Gesetzesänderungen (1994, 1997, 2003) relativ stark angestiegen ist. Insbesondere das Hartz-I-Gesetz scheint eine nachhaltige Wirkung auf die Inanspruchnahme der Leiharbeit ausgeübt zu haben. Im Juni 2007 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um rund 500 000 Personen über der des Vorjahres. Ein Viertel hiervon war allein auf die Zunahme des Bestandes an Leiharbeitnehmern zurückzuführen.

Auch wenn ein zeitlicher Vergleich aufgrund der gesetzlichen Änderungen nur sehr eingeschränkt möglich ist, gilt es zu beachten, dass die Zuwachsraten der betrieblichen Inanspruchnahme von Leiharbeit in schwächeren Konjunkturphasen (Mitte der 1990er-Jahre und Anfang des neuen Jahrtausends) geringer oder sogar negativ waren. Wie in

Tabelle 1: Vergleich der Entwicklung der Zahl der Leiharbeiter, der Gesamtzahl der Erwerbstätigen und des Wirtschaftswachstums

Jahr	Leiharbeiter		Erwerbstätige	Bruttoinlandsprodukt
	Bestand	Veränderung gegenüber Vorjahr		
	1 000	%		
1994	138	X	-0,1	+2,7
1995	176	+27,5	+0,2	+1,9
1996	178	+1,1	-0,3	+1,0
1997	213	+19,7	-0,1	+1,8
1998	253	+18,8	+1,2	+2,0
1999	286	+13,0	+1,4	+2,0
2000	339	+18,6	+1,9	+3,2
2001	357	+5,3	+0,4	+1,2
2002	326	-8,7	-0,6	+0,0
2003	327	+0,3	-0,9	-0,2
2004	400	+22,3	+0,4	+1,1
2005	453	+13,3	-0,1	+0,8
2006	598	+32,0	+0,6	+2,9
2007	731	+22,2	+1,7	+2,5

Datenquelle für Erwerbstätige und Bruttoinlandsprodukt: Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.4 „Inlandsproduktberechnung – Detaillierte Jahresergebnisse“; Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts aus den Ursprungswerten (preisbereinigt); Datenquelle für Leiharbeiter: Arbeitnehmerüberlassungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit, jeweilige Bestandszahlen zum 30. Juni eines Jahres.

Tabelle 1 allerdings auch zu sehen ist, nimmt die Zahl der Arbeitnehmerüberlassungen in Zeiten sich erholender Konjunktur früher und dynamischer wieder zu, als es bei anderen Gruppen der Arbeitnehmer der Fall ist.¹⁵⁾ Die unterschiedlichen Entwicklungen gegenüber dem Vorjahr der beiden Reihen „Arbeitnehmer insgesamt“ und „Arbeitnehmer in Zeitarbeit“ bestätigen die Vermutung, dass Leiharbeit vor allem zum Ausgleich von Auftragsspitzen genutzt wird. In Zeiten einer beginnenden konjunkturellen Wachstumsphase greifen die Unternehmen tendenziell eher auf Leiharbeit zurück (neben der Ausweitung von Überstunden in der Stammelegschaft und einer zunehmenden Nachfrage nach geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen). Mit steigendem Vertrauen in den Aufschwung nimmt die Neigung zur Erweiterung der eigenen Stammelegschaft zu. Hierzu passt, dass der Anteil der Leiharbeit an der Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung insgesamt insbesondere in der frühen Phase des Beschäftigungsaufbaus sehr hoch ist [so belief sich dieser Anteil auf 75% im Juni 2006, 45% im September 2006, 34% im Dezember 2006, 23% im März 2007 und 25% im Juni 2007¹⁶⁾].

Andere statistische Quellen bestätigen in etwa das Niveau der Zahl der Leiharbeiter der Statistik der Arbeitnehmerüberlassungen. Aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit können ebenfalls die (geringfügig entlohnten und sozialversicherungspflichtigen) Beschäftigten in Zeitarbeitsunternehmen ausgewertet werden. Allerdings sind die Angaben dadurch verzerrt, dass auch Beschäftigte des Stammpersonals der Zeitarbeitsfirma selbst enthalten

14) Quellen für die Daten der Arbeitnehmerüberlassung aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarktberichterstattung: „Branchen und Berufe in Deutschland 1997 – 2007, Zeitarbeit“, Nürnberg 2008 (<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/000100/html/sonder/sonderberichte.shtml>; Stand: 4. Juni 2008), und Tabellenheft: „Arbeitsmarkt in Zahlen – Arbeitnehmerüberlassung –, Leiharbeiter und Verleihbetriebe im 1. Halbjahr 2007“ (<http://www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/b.html>; Stand: 4. Juni 2008).

15) Siehe Bundesagentur für Arbeit, Branchen und Berufe in Deutschland, Fußnote 14, S. 6.

16) Daten entnommen aus Bundesagentur für Arbeit, Tabellenheft Arbeitnehmerüberlassung, Fußnote 14.

Tabelle 2: Veränderung der Zahl der Arbeitnehmer insgesamt und der Zeitarbeitnehmer gegenüber dem jeweiligen Vorjahr
1 000

Jahr	Arbeitnehmer insgesamt	Dar.: Zeitarbeitnehmer
1995	+55	+38
1996	-48	+2
1997	-171	+35
1998	+372	+40
1999	+508	+33
2000	+713	+53
2001	+69	+18
2002	-241	-31
2003	-417	+1
2004	+27	+73
2005	-268	+53
2006	+321	+145
2007	+535	+133

Datenquelle für die Arbeitnehmer: Statistisches Bundesamt, Erwerbstätigenrechnung; Datenquelle für die Zeitarbeitnehmer: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitnehmerüberlassung (siehe Fußnote 14 im Text); jeweilige Bestandszahlen zum 30. Juni eines Jahres.

sind. Zudem werden Leiharbeitnehmer durch die Beschäftigtenstatistik nicht erfasst, wenn die Arbeitnehmerüberlassung nicht den wirtschaftlichen Schwerpunkt des Verleihunternehmens darstellt. Zusätzlich können kurzfristig geringfügig Beschäftigte¹⁷⁾ derzeit nicht ausreichend erfasst werden. Das führt insgesamt dazu, dass die Bestandszahlen der Beschäftigten in der Wirtschaftsunterklasse „Überlassung von Arbeitskräften“ der Beschäftigtenstatistik um etwa 5 % unterhalb der Daten aus der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik liegen.¹⁸⁾

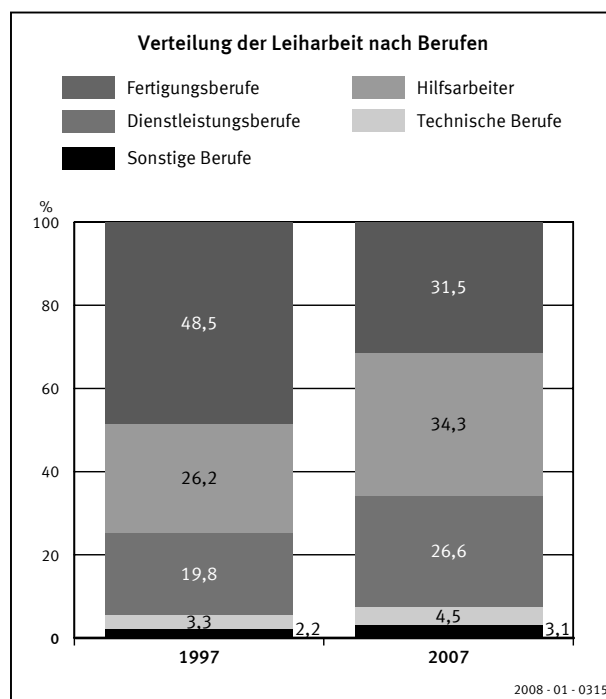
Die Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebung im Rahmen des unterjährigen Mikrozensus, der größten amtlichen repräsentativen Haushaltsbefragung in Deutschland, zeichnen ein ähnliches Bild. Die Zahl der Leiharbeitnehmer betrug danach im Jahr 2006 durchschnittlich 588 000 Personen. Die Vergleichszahl der Statistik der Arbeitnehmerüberlassungen war im Berichtsjahr mit 580 000 Personen auf einem ähnlichen Niveau. Die Dynamik innerhalb der Gruppe der Leiharbeitnehmer wird durch Daten des Sozio-oekonomischen Panels des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) bestätigt. Hohe Stromgrößen von Zugängen und Abgängen übertreffen die Bestandszahlen im Jahresdurchschnitt deutlich. Auch die Verwaltungs-Berufsgenossenschaft (VBG) weist Mitarbeiterzahlen in der Zeitarbeitsbranche von knapp 1,3 Mill. Personen über das Jahr 2006 verteilt aus.¹⁹⁾ Eine nur untergeordnete Rolle für die Höhe der Leiharbeit spielen die Personal-Service-Agenturen. Die Anzahl der dort beschäftigten Arbeitnehmer war im Juni 2007 mit 4 000 Personen sehr gering.²⁰⁾

Anhaltspunkte über die Entwicklung der Leiharbeit am aktuellen Rand kann der IW-Zeitarbeitsindex (BZA) liefern. Der Indexwert wird im Auftrag des Bundesverbandes Zeitarbeit (BZA) vom Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) durch

Unternehmensbefragungen bei den Mitgliedern des BZA ermittelt. Die Ergebnisse zeigen, dass die Entwicklung des Bestandes an Leiharbeitnehmern auch im Jahr 2007 weiterhin stark positiv verläuft, und die Erwartungen der Verleihunternehmen versprechen einen weiteren Anstieg im Jahr 2008.

Wie bei den Erwerbstätigen allgemein ist auch bei der Arbeitnehmerüberlassung ein Strukturwandel hin zu den Dienstleistungsberufen feststellbar²¹⁾, jedoch nicht im gleichen Umfang. Der Anteil der Dienstleistungsberufe an allen Arbeitnehmerüberlassungen hat innerhalb der letzten zehn Jahre um 6,8 Prozentpunkte zugenommen. Auch wenn der Anteil der Fertigungsberufe an allen Arbeitnehmerüberlassungen im selben Zeitraum um 17 Prozentpunkte zurückgegangen ist, ist er mit 31,5 % immer noch höher als der der Dienstleistungsberufe. Hinzu kommt der hohe Anteil der Hilfsarbeiter, welche ebenfalls dem gewerblichen Bereich zuzurechnen sind, von 34,3 % (siehe Schaubild 2). Der Anteil der Hilfsarbeiter an den Arbeitnehmerüberlassungen zeigt zugleich das Potenzial der Zeitarbeitsbranche auf, insbesondere Beschäftigungsmöglichkeiten für gering qualifizierte Arbeitnehmer zu bieten.

Schaubild 2



Die Ergebnisse der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik über die wirtschaftsfachliche Verteilung von Leiharbeit können mit Daten des IAB-Betriebspanels ergänzend analysiert werden. Das IAB-Betriebspanel ist eine Befragung von rund

17) Im Sinne des Sozialgesetzbuches.

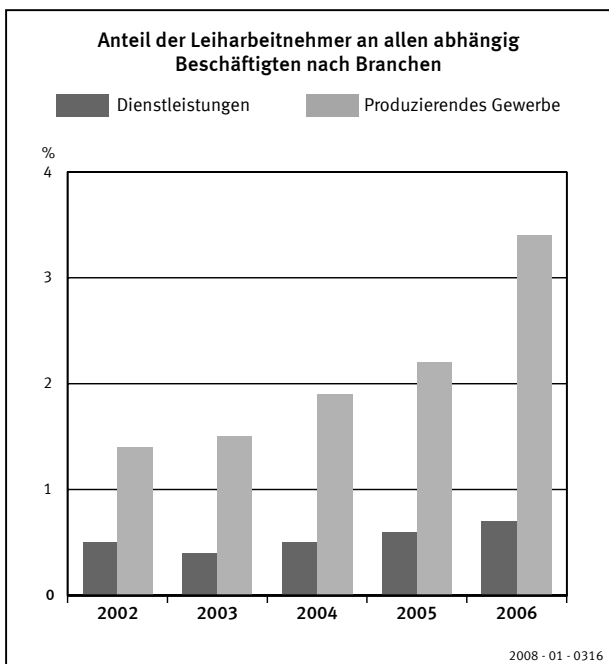
18) Siehe Bundesagentur für Arbeit, Branchen und Berufe in Deutschland, Fußnote 14, S. 4.

19) Daten der VBG zur Zeitarbeit sind im Internet auf der Homepage des Bundesverbandes Zeitarbeit Personal-Dienstleistungen e.V. (BZA) abzurufen (<http://www.bza.de/54.html>; Stand: 4. Juni 2008). Hierbei handelt es sich um bei der Verwaltungs-Berufsgenossenschaft versicherte Personen, die bei Unternehmen der gewerbsmäßigen Arbeitnehmerüberlassung beschäftigt sind.

20) Siehe Bernhard, S., u. a., Fußnote 7, hier: S. 25.

21) Siehe Bundesagentur für Arbeit, Arbeitnehmerüberlassung, Fußnote 14, S. 8.

Schaubild 3



16 000 Betrieben, welche vor allem Informationen über die Entleihunternehmen bereitstellen kann. Schaubild 3 zeigt, dass der Anteil von Leiharbeitskräften an allen Beschäftigten zwar noch relativ gering ist, aber sowohl im Produzierenden Gewerbe als auch in den Dienstleistungsbereichen zunimmt. Allerdings ist der Anteil der Leiharbeitskräfte an allen Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe fast fünfmal so hoch wie der in den Dienstleistungsbereichen, was unter anderem an der stärkeren Nachfrage nach geringfügiger Beschäftigung in diesem Wirtschaftsbereich liegen kann. Überdurchschnittlich hohe Anteile an Leiharbeitskräften sind in den Bereichen Nahrungs- und Genussmittelherstellung (4,8% im Jahr 2006) und Verarbeitendes Gewerbe (3,8%) feststellbar. Stark unterdurchschnittlich sind dagegen die Anteile innerhalb der öffentlichen Verwaltung sowie im Bereich Erziehung und Unterricht (jeweils 0,1%) wie auch im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe (0,2%). Insgesamt ist festzuhalten, dass nach den Ergebnissen des IAB-Betriebspanels nur jeder fünfte Leiharbeiter in Dienstleistungsgewerbe arbeitet.²²⁾

Dabei fragen insbesondere größere Unternehmen Leiharbeit nach: Fast 45% aller Personen in Zeitarbeit arbeiten in Betrieben mit 250 Beschäftigten und mehr. Mit abnehmender Betriebsgröße sinkt auch die Bedeutung der Nutzung von Leiharbeit.

Bei einer Untersuchung nach demografischen Merkmalen der Arbeitnehmerüberlassungen fällt die Ungleichverteilung nach dem Geschlecht auf. Nach den Ergebnissen der

Arbeitskräfteerhebung im Mikrozensus sind über zwei Drittel aller Leiharbeiter Männer.²³⁾ Diese Divergenz in der Geschlechterverteilung ist nahezu spiegelbildlich zu der bei den Beschäftigten mit geringfügiger Entlohnung (Frauenanteil im Juni 2006: 68%, Quelle: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit). Zurückzuführen ist dies auf die Konzentration der Leiharbeit im sekundären Sektor mit seinem traditionell höheren Männeranteil. Wie jedoch die Entwicklung der letzten Jahre zeigt, nimmt mit stärkerer Bedeutung des tertiären Sektors auch der Frauenanteil im Zeitablauf etwas zu.²⁴⁾ Verglichen mit den übrigen Beschäftigten sind Jugendliche und Geringqualifizierte unter den Leiharbeitnehmern überrepräsentiert.²⁵⁾

Nach den Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung ist in den Bestandszahlen der Zeitarbeitsbranche zwar die Gruppe der 30- bis unter 45-Jährigen mit 43% am stärksten vertreten, allerdings ist der Anteil der jüngeren Beschäftigten im Alter von 15 bis 30 Jahren von 31% um knapp ein Drittel höher, als es dem Anteil dieser Altersklasse an allen Erwerbstätigen entspricht. Unterrepräsentiert sind ältere Arbeitnehmer. Der Anteil der 45- bis unter 60-jährigen Leiharbeiter ist mit gut 24% ungefähr 10 Prozentpunkte niedriger als der Anteil dieser Altersgruppe an allen Erwerbstätigen. Personen im Alter von mehr als sechzig Jahren spielen in der Zeitarbeit keine nennenswerte Rolle. Außerdem arbeiten in der Zeitarbeit vermehrt Beschäftigte mit geringer Qualifikation. Der Anteil der Zeitarbeiter mit (Fach-)Hochschulabschluss oder Abitur ist um fast die Hälfte geringer als der Anteil der (Fach-)Hochschulabsolventen und Personen mit Abitur an allen Erwerbstätigen. In den Bestandszahlen sind relativ häufig Personen ohne beruflichen Abschluss vertreten.²⁶⁾

Ein Leiharbeitsverhältnis in einem Zeitarbeitsunternehmen ist eher von kurzer Dauer: Nach der Statistik der Arbeitnehmerüberlassung der Bundesagentur für Arbeit wiesen im ersten Halbjahr 2007 42,6% der beendeten Arbeitsverhältnisse eine Beschäftigungsdauer von einer Woche bis unter drei Monaten auf (siehe Tabelle 3). Hierbei gilt es allerdings

Tabelle 3: Entwicklung der Beschäftigungsdauer in einem Zeitarbeitsunternehmen
Prozent

1. Halbjahr	Unter 1 Woche	1 Woche bis 3 Monate	Mehr als 3 Monate
1997	12,5	48,4	39,1
1998	12,6	48,1	39,4
1999	13,3	48,7	38,0
2000	12,4	50,2	37,4
2001	11,6	46,1	42,3
2002	11,4	44,8	43,8
2003	12,6	43,9	43,4
2004	14,3	45,3	40,4
2005	14,3	44,2	41,5
2006	15,5	46,2	38,3
2007	12,2	42,6	45,1

Datenquelle: Statistik der Arbeitnehmerüberlassung der Bundesagentur für Arbeit.

22) Siehe Bellmann, L./Kühl, A.: „Weitere Expansion der Leiharbeit? Eine Bestandsaufnahme auf Basis des IAB-Betriebspanels“, Abschlussbericht einer Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Berlin 2007, hier: S. 10 ff. (www.boeckler.de; Stand: 4. Juni 2008).

23) In der Statistik der Arbeitnehmerüberlassung liegt der Männeranteil sogar bei 74% (Berichtsmonat Juni 2007).

24) In den letzten zehn Jahren um fast 7 Prozentpunkte (Statistik der Arbeitnehmerüberlassung).

25) Siehe Antoni, M./Jahn, E., Fußnote 2, hier: S. 6.

26) Datenquelle: Mikrozensus, Kommentierung siehe Puch, K.: „Zeitarbeit“, STATmagazin des Statistischen Bundesamtes vom 18. März 2008 (www.destatis.de, Pfad: STATmagazin, Bereich Arbeitsmarkt) sowie Puch, K.: „Zeitarbeit 2006“ in WiSta 4/2008, S. 298 ff.

zu berücksichtigen, dass mehrere aufeinanderfolgende Beschäftigungsverhältnisse beim selben Verleiher statistisch nicht als zusammenhängende Beschäftigungsdauer im Verleihunternehmen erfasst werden konnten. Ein relativ hoher Anteil von Beschäftigungsverhältnissen mit mittlerer Verweildauer kann unterschiedlich interpretiert werden: Die Gefahr einer Verdrängung der Stammbeslegschaft beim Entleiher ist aufgrund nicht dauerhafter Leihe des Personals nicht unmittelbar zu befürchten. Weiter kann vermutet werden, dass von der Aufhebung der maximalen Verleihzeit nur geringe Beschäftigungswirkungen ausgingen. Allerdings erhöhte sich der Anteil der Leiharbeitsverhältnisse mit einer Beschäftigungsdauer von drei Monaten und mehr von durchschnittlich 38,3 % im ersten Halbjahr 2006 auf 45,1 % im ersten Halbjahr 2007. Dennoch ist die Mehrzahl der Personen in Arbeitnehmerüberlassungen für eine relativ kurze Dauer eingestellt, was wiederum darauf hindeutet, dass die Entleihunternehmen insbesondere Auftragsspitzen von Leihpersonal abarbeiten lassen. Ob allerdings die Leiharbeit nur eine Übergangslösung ist, um danach in ein dauerhaftes Beschäftigungsverhältnis beim Entleihunternehmen zu münden, dürfte am Erwerbsstatus vor und nach der Leiharbeit besser zu erkennen sein.

Nach einer Untersuchung von Antoni und Jahn²⁷⁾ hat der Anteil der Arbeitnehmer, die bei Aufnahme einer neuen Zeitarbeitsstelle bereits zuvor bei einem Verleiher beschäftigt waren, seit Aufhebung des Wiedereinstellungs- und des Synchronisationsverbots deutlich zugenommen, was ein Indiz für ein Haftenerleben im System der Arbeitnehmerüberlassung sein könnte. Erfolgreich war das Bemühen, den Anteil der Leiharbeiter, die zuvor arbeitslos waren, zu steigern.

Zeitgleich nahm aber auch der Anteil derjenigen zu, die nach Beendigung des Leiharbeitsverhältnisses erneut arbeitslos werden. Bemerkenswert ist allerdings, dass im gesamten von Antoni und Jahn untersuchten Zeitraum der Anteil der Leiharbeiter, die aus der Arbeitslosigkeit kommen, über dem Anteil derjenigen liegt, die wieder in Arbeitslosigkeit übergehen. Rückläufig ist der Anteil der Personen, die in andersartige Beschäftigungsverhältnisse wechseln. Allerdings beziehen sich diese Aussagen auf Ergebnisse aus den Jahren 2002 und 2003. Hier dürfte zum einen die schwache Konjunktur in diesem Zeitraum eine Rolle gespielt haben, zum anderen auch die höhere Zahl von Änderungen der Arbeitsverträge, nachdem erste Tarifverträge für die Branche abgeschlossen worden waren.²⁸⁾ Ob Leiharbeit tatsächlich ein Sprungbrett in die reguläre Beschäftigung ist, kann somit aus diesen Daten nicht endgültig abgeleitet werden und bedarf weiterer Untersuchungen. Nach Kvasnicka²⁹⁾ unterscheidet sich die Wahrscheinlichkeit für einen Leiharbeiter, innerhalb der nächsten vier Jahre in eine reguläre Beschäftigung zu wechseln, nicht von derjenigen einer Person, die lediglich registriert arbeitslos ist, was nach dem

derzeit vorliegenden statistischen Ausgangsmaterial gegen die Vermutung eines stärkeren Klebeeffektes der Leiharbeit spricht.³⁰⁾ Dagegen zeigen neue Ergebnisse des IW-Zeitarbeitindex ein anderes Bild: Fast jeder vierte Leiharbeiter wird vom Entleiher übernommen.³¹⁾

Die Beschäftigungsdauer in Leiharbeitsverhältnissen von Frauen und Männern unterscheidet sich nach Studien von Antoni und Jahn nicht wesentlich. Jedoch ist diese bei Ausländern niedriger als bei deutschen Arbeitnehmern und steigt mit zunehmendem Alter und Qualifikationsniveau.

Arbeitnehmerüberlassungen sind auch in anderen Ländern üblich. Daten für einen internationalen Vergleich bietet der Dachverband International Confederation of Private Employment Agencies (Ciett) an. Die Ciett vereinigt Zeitarbeitsverbände aus 37 Staaten und die sieben größten international tätigen Zeitarbeitsunternehmen.³²⁾

Die aktuellsten Daten beziehen sich auf das Jahr 2006. Leider sind die Daten der Ciett nicht unmittelbar mit den obigen Angaben über die Zeitarbeitsbranche vergleichbar, da die Anzahl der Leiharbeiter in Form von Vollzeitäquivalenten angegeben wird. Das Vollzeitäquivalent der Erwerbstätigen entspricht der Zahl der auf Normalarbeitszeit umgerechneten Beschäftigungsverhältnisse. Um den europäischen Vergleich zu vervollständigen, wurden von der Ciett für Italien Schätzungen vorgenommen, für Grie-

Tabelle 4: Anteil der Leiharbeiter an allen Erwerbstätigen im Jahr 2006 im europäischen Vergleich

Land	Anteil in %
Vereinigtes Königreich	4,5
Niederlande	2,5
Luxemburg	2,4
Frankreich	2,4
Belgien	2,1
Europa	1,8
Schweiz	1,5
Österreich	1,5
Irland	1,5
Ungarn	1,4
Deutschland	1,3
Norwegen	1,0
Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien ..	0,9
Portugal	0,9
Schweden	0,8
Dänemark	0,8
Tschechische Republik	0,7
Spanien	0,7
Italien	0,7
Finnland	0,7
Slowakei	0,5
Polen	0,3
Griechenland	0,1

Datenquelle: International Confederation of Private Employment Agencies (Ciett) (www.ciett.org/fileadmin/templates/ciett/docs/CIETT_2006_Statistics.pdf, Stand: 4. Juni 2008).

27) Siehe Antoni, M./Jahn, E., Fußnote 2, hier: S. 4 ff.

28) Eine Erklärung für den erhöhten Anteil der wieder in Leiharbeit Beschäftigten.

29) Siehe Kvasnicka, M.: "Does temporary agency work provide a stepping stone to regular employment?" in Humboldt-Universität zu Berlin (Hrsg.): Sonderforschungsbereich 649: Ökonomisches Risiko, Discussion Paper No. 05-031, Berlin 2005.

30) Siehe hierzu auch Strotmann, H./Vogel, A.: „Leiharbeit als Flexibilisierungsmittel“ aus IAW-Kurzbericht, Nr. 5/2004, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung, Tübingen, S. 15 ff.

31) Siehe Institut der Deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.): „Zeitarbeit – Eine Brücke in den Beruf“ in *iwd*, Jg. 34, Nr. 17/2008 vom 24. April 2008.

32) Informationen über die Ciett sind deren Homepage www.ciett.org zu entnehmen.

chenland und Portugal Werte des Jahres 2004 eingesetzt. In der Regel stammen die Daten von Arbeitgeberorganisationen, für Deutschland jedoch von der Bundesagentur für Arbeit. Hiernach arbeiten in Europa gemessen in Vollzeit-äquivalenten im Vereinigten Königreich die meisten Personen in einem Leiharbeitsverhältnis (1,27 Mill.), gefolgt von Frankreich (0,60 Mill.) und Deutschland (0,50 Mill.). Nicht eingerechnet ist das interne Personal der Zeitarbeitsunternehmen.

Aufgrund der unterschiedlichen Bevölkerungszahlen der betrachteten Länder ist dieser Vergleich nur eingeschränkt aussagekräftig. Besser geeignet ist der Anteilswert der Leiharbeiter an allen Erwerbstätigen. Angaben hierzu liefert für europäische Vergleiche die Arbeitskräfteerhebung in der Europäischen Union. Den höchsten Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt haben auch hiernach die Leiharbeiter im Vereinigten Königreich mit 4,5 % (siehe Tabelle 4). Mit einigem Abstand folgen die Niederlande mit 2,5 % und Luxemburg und Frankreich mit jeweils 2,4 %. Deutschland belegt mit 1,3 % im europäischen Vergleich einen Mittelfeldplatz. Jedoch waren gerade in den letzten zwei Jahren in Deutschland die Wachstumsraten der Zahl der Leiharbeiter sehr hoch, sodass bei späteren Vergleichen der Ciett Deutschland mit höheren Anteilen aufgeführt werden dürfte. Im europäischen Durchschnitt beträgt der Anteil der Leiharbeiter an allen Erwerbstätigen laut Ciett 1,8 %.³³⁾

Der regionale Rahmen scheint bei der Nutzung und Akzeptanz der Arbeitnehmerüberlassungen eine Rolle zu spielen. Nur gering verbreitet ist Zeitarbeit in den südlichen Ländern Europas und – soweit in der Tabelle aufgelistet – auch in Staaten Osteuropas. In Skandinavien sind die Anteilswerte geringer als in Mitteleuropa. Deutschland, die Schweiz und Österreich liegen im Vergleich im oberen Mittelfeld der europäischen Länder. Weiter verbreitet ist das Arbeitsmarktinstrument Leiharbeit in den Beneluxstaaten und im Vereinigten Königreich.

Auch im außereuropäischen Vergleich lässt sich eine ähnliche Bedeutung der Leiharbeit feststellen. So liegen nach der Ciett die Anteile der Leiharbeiter an allen Erwerbstätigen in den Vereinigten Staaten von Amerika bei 2,0 % und in Japan bei 1,9 %. Relativ hoch ist der Anteil in Südafrika mit 3,8 %.

Obwohl in vielen Ländern Europas die Arbeitnehmerüberlassungen gesetzlich ähnlich geregelt sind,³⁴⁾ unterscheiden sich die konkreten Ausprägungen der Zeitarbeitsverhältnisse doch zum Teil deutlich. Während in einigen Nationen der Schwerpunkt der Zeitarbeit im Verarbeitenden Gewerbe liegt (unter anderem Frankreich, Österreich), wird Leiharbeit im Vereinigten Königreich, in Schweden und anderen Ländern hauptsächlich in den Dienstleistungsgewerben ausgeübt. Auch in der Verteilung der Leiharbeiter nach dem Geschlecht gibt es Unterschiede: Neben Ländern (Öster-

reich, Frankreich, Luxemburg) mit einer Verteilung zugunsten der männlichen Leiharbeiter wie in Deutschland gibt es Länder mit einer nahezu Gleichverteilung des Anteils der Geschlechter (Irland, Italien, Norwegen, Vereinigtes Königreich) und sogar Länder mit einem höheren Frauenanteil (Schweden).³⁵⁾

Fazit

Die Bestandszahlen der Arbeitnehmerüberlassungen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen, zuletzt mit zweistelligen Veränderungsraten gegenüber dem Vorjahr. Diese Entwicklung lässt sich vermutlich zum Teil durch die gesetzlichen Modifikationen erklären. Andererseits ist gemessen an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen die Bedeutung der Leiharbeit immer noch relativ gering. Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der Nutzung von Arbeitnehmerüberlassungen im Mittelfeld.³⁶⁾

Leiharbeit wird in Deutschland zumeist von Männern ausgeübt. Dies liegt unter anderem daran, dass ein Schwerpunkt der Leiharbeit weiterhin im Verarbeitenden Gewerbe liegt. Jedoch sind Entwicklungen hinsichtlich eines Strukturwandels auch in der Leiharbeit angekommen. Aufgrund kurzer Einsatzzeiten der Zeitarbeiter kann angenommen werden, dass Firmen Leiharbeit hauptsächlich dazu nutzen, um Auftragsspitzen abzubauen. Dazu passt auch, dass Leiharbeit vor allem in beginnenden Aufschwungsphasen überdurchschnittlich genutzt wird. Ob das Arbeitsmarktinstrument der Arbeitnehmerüberlassung geeignet ist, dauerhafte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu fördern, ist nach derzeitigem Datenstand nicht eindeutig bestimmbar, da Studien zu unterschiedlichen Schlüssen kommen. Jedoch gibt es wissenschaftlich begründete Vermutungen, die einen Effekt – falls überhaupt vorhanden – eher als gering einstufen. [u](#)

33) Siehe Bericht der International Confederation of Private Employment Agencies (Ciett): "The agency work industry around the world", Ausgabe 2007, S. 24 f.

34) Siehe Arrowsmith, J.: "Temporary agency work in an enlarged European Union", European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Luxemburg 2006.

35) Für einen ausführlichen europäischen Vergleich der Leiharbeit siehe Storrie, D.: "Temporary agency work in the European Union", European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, Dublin 2002.

36) Siehe Burda, M. C./Kvasnicka, M., Fußnote 6, hier: S. 11.

Dipl.-Volkswirt Jacek Zwania

Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten

Theoretischer Hintergrund zur Erhebung

Im Zuge der Globalisierung verlagern Unternehmen zunehmend wirtschaftliche Tätigkeiten aus Deutschland ins Ausland. Gesicherte statistische Informationen zu dieser Entwicklung sowie über deren Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und auf den deutschen Arbeitsmarkt fehlen bisher allerdings weitgehend. In Kooperation mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften, Eurostat, wurde deshalb eine Piloterhebung zum Thema „International Sourcing“ nach § 7 Abs. 2 des Bundesstatistikgesetzes¹⁾ mit freiwilliger Beteiligung einer begrenzten Zahl von Befragten durchgeführt. An der Erhebung beteiligten sich auch die Statistischen Ämter der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen.

Besonderes Interesse galt den vordringlichen Motiven von Unternehmen, bestimmte Funktionen ins Ausland zu verlagern. Aber auch empfundene Hindernisse, die eine Verlagerung erschweren, wurden erfragt. Des Weiteren wurden die wirtschaftlichen Auswirkungen von bereits erfolgten Verlagerungen auf die Unternehmen beleuchtet. Schließlich sollte die Erhebung auch Aussagen über verlagerungsbedingte Einflüsse auf den Arbeitsmarkt ermöglichen. Hierzu zählen sowohl quantitative Angaben darüber, wo Arbeitsplätze entstehen bzw. reduziert werden, als auch Informationen über die geforderte Qualifikation der Arbeitsplatzinhaber im Zusammenhang mit einer Verlagerung. Mit der Auswertung der gewonnenen Daten sollen verlagerungsbedingte Strukturunterschiede innerhalb und zwischen den

Wirtschaftszweigen aufgezeigt sowie Auswirkungen von Unternehmensverflechtungen dargestellt werden.

Der vorliegende Artikel stellt den theoretischen Hintergrund der Erhebung vor und gibt einen Überblick über die angewandte Methodik. Erste Ergebnisse wurden bereits veröffentlicht.²⁾ Ausführliche Ergebnisse werden bis Juli 2008 in einem gesonderten Tabellenband im Internet publiziert.

Gegenstand und Ziel

Im öffentlichen Interesse nimmt die Diskussion verschiedener Aspekte der Globalisierung breiten Raum ein. Obgleich schon aufgrund der Vielzahl von Facetten keine einheitliche Definition des Begriffes Globalisierung vorliegt, weist die wissenschaftliche Literatur eine bedeutende Anzahl an Untersuchungen auf. Das wirtschaftswissenschaftliche Interesse an den Auswirkungen der Globalisierung auf die Wohlfahrt eines Landes im weiteren Sinne bzw. die durch die Globalisierung induzierten Umverteilungseffekte im Zusammenhang mit der Tatsache, dass immer mehr Unternehmen auch mittlerer Größe grenzüberschreitend aktiv werden, lassen den Bedarf an ausführlichen Daten weiter steigen.³⁾ Bisher kann die amtliche Statistik jedoch nur für einen Teil der betreffenden Auswertungen gesicherte Daten zur Verfügung stellen. Mit der Piloterhebung „Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten“ werden auch Anregungen

1) Gesetz über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).

2) Siehe Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Pressemitteilung Nr. 046 vom 7. Februar 2008: „60 % der Unternehmensverlagerungen gehen in die neuen EU-Länder“ und Pressemitteilung Nr. 159 vom 21. April 2008: „Qualifikation entscheidet über Verlagerung von Arbeitsplätzen“ (www.destatis.de → Presse), sowie Höh, H.: „Engagement deutscher Unternehmen im Ausland“, STATmagazin vom 21. April 2008 (www.destatis.de → STATmagazin).

3) Siehe Heilemann, U./Schnorr-Bäcker, S.: „Globalisierung – Möglichkeiten und Grenzen ihrer Erfassung in der amtlichen Statistik“ in WiSta 10/2003, S. 900 ff., hier: S. 902.

der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) zur Untersuchung des Globalisierungsprozesses in technologischer, kommerzieller und finanzieller Hinsicht⁴⁾ aufgegriffen.

Theoretischer Hintergrund

Aufgrund der politischen und technologischen Entwicklungen stehen den wirtschaftlichen Akteuren heute Möglichkeiten zur Betätigung offen wie nie zuvor.⁵⁾ Immer mehr – und nicht mehr in erster Linie nur die größten – Unternehmen betätigen sich im internationalen Wettbewerb gleichermaßen als Anbieter auf den Absatzmärkten wie auch auf der Nachfrageseite der Rohstoff- und Faktormärkte. Es überrascht nicht, dass die internationale Tätigkeit und der gewachsene Wettbewerbsdruck komplexere und grenzüberschreitende Organisationsformen nach sich ziehen. Insbesondere sind Unternehmen mit der Frage konfrontiert, in welchem Teil der Wertschöpfungskette⁶⁾ sie selbst tätig sein bzw. inwieweit sie Vorleistungen von anderen Unternehmen beziehen wollen und wie sie ihre Tätigkeit räumlich verteilen. Im Vordergrund der vorliegenden Untersuchung stehen Entscheidungen über bereits bestehende Wertschöpfungsprozesse, das heißt Verlagerungen wirtschaftlicher Aktivitäten.

Funktionale Integration und Spezialisierung

Jede Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten bedeutet, unabhängig von der räumlichen Dimension, eine Veränderung der Unternehmensorganisation. Unterschiedliche Ansätze führen dabei zu verschiedenen Lösungen:⁷⁾

Im einen Fall steht die Rationalisierung der Unternehmensprozesse im Vordergrund. Mitunter können interne Skaleneffekte einzelner Funktionen besser genutzt werden, wenn sie von spezialisierten Kompetenzzentren übernommen werden. Oft sind diese Funktionen mit hohen Aufwendungen für Infrastruktur verbunden oder benötigen Arbeitskräfte mit sehr gefragten Fertigkeiten. Ein derartiges Kompetenzzentrum kann mit dem Unternehmen formal verbunden sein oder als außenstehender Anbieter auftreten.

Der andere Fall richtet sich auf unternehmensspezifische Verbundeffekte, die durch Integration der Unternehmensfunktionen genutzt werden können. Stark auf die Bedürfnisse des Unternehmens zugeschnittene Prozesse wird das Unternehmen unter direkter Kontrolle behalten wollen, um nicht unerwünschte Abhängigkeiten in Kauf nehmen zu müssen. Gleiches gilt für Kernprozesse seiner Tätigkeit, an die seine Existenz unmittelbar geknüpft ist.

Internationale Unternehmensorganisation

Ausgehend von räumlich unterschiedlichen Voraussetzungen für differenzierte Wertschöpfungsprozesse erklärt Helpman⁸⁾ die Entstehung grenzüberschreitender Unternehmensorganisationen (z.B. mehrstaatliche Unternehmen), die dem Zweck einer vertikalen Arbeitsteilung dienen. Werden Transportkosten und andere Handelshindernisse vernachlässigt, fördern positive Grenzerträge die Konzentration von Unternehmensfunktionen an einem Standort. Leistungen werden intersektoral und intrasektoral gehandelt. Unternehmensspezifische Funktionen wie Management, Vertrieb sowie produktspezifische Forschung und Entwicklung sind im Zusammenhang mit den benötigten Infrastruktureinrichtungen und ähnlichen Voraussetzungen an ihren Standort gebunden. Sind diese Voraussetzungen in einem Staat A in hinreichendem Maß besser erfüllt als in einem Staat B, konzentrieren sich in Staat A die Firmenzentralen von Herstellern differenzierter Produkte und nutzen einen damit verbundenen relativen Kostenvorteil. Die Umsetzung in die differenzierten Endprodukte vollziehen die betreffenden Unternehmen teilweise in Staat B, in dem die weniger spezifischen Produktionsfaktoren (z.B. gering spezialisierte Arbeitskräfte) relativ häufiger und daher relativ preiswerter sind. Somit findet grenzüberschreitend neben intrasektoralen Handel zwischen unabhängigen Unternehmen auch firmeninterner Handel statt, da die traditionell von der Unternehmensleitung ausgeführten Kopffunktionen als firmenspezifische Vorleistung betrachtet werden. Der Handel wird umso intensiver, je größer der Unterschied bei den Voraussetzungen ist.⁹⁾

Diese Form vertikaler Arbeitsteilung bestätigen Markusen und Maskus auch für Unternehmen mit horizontaler Arbeitsteilung. Während vertikale Arbeitsteilung Unterschiede der Faktorentgeltverhältnisse in verschiedenen Ländern auszunutzen sucht, sind Transportkosten oder andere Handelshemmnisse Ursache dafür, dass ein Unternehmen vergleichbare Prozesse an mehreren Standorten ausführt. Einige Funktionen wird es aufgrund von Skaleneffekten dennoch an einem Standort konzentrieren.¹⁰⁾

In einer dynamischen Betrachtung können beide Herangehensweisen die Entscheidung für eine Verlagerung herbeiführen. Die Möglichkeiten der räumlichen Arbeitsteilung werden derweil durch die immer leistungsfähigeren Technologien des Leistungsaustauschs erweitert: Einerseits sinken die Kosten des Gütertransports, andererseits steigern neue Kommunikationstechnologien die Reichweite vieler Dienstleistungen, auch der Kopffunktionen eines Unternehmens. Entsprechend verändern sich die Anforderungen an die Beschäftigten, wenn Tätigkeiten ohne besondere Qualifikationsanforderungen entweder automatisiert oder in

4) Siehe Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.): "OECD Handbook on Economic Globalisation Indicators", Paris 2005, S. 11.
5) Eine Untersuchung der Entwicklungen und ihrer Auswirkungen bietet z. B. Montalvo, C., u. a.: "Driving Factors and Challenges for EU Industry and the Role of R&D and Innovation", European Techno-Economic Policy Support Network (ETEPS AISBL), Brüssel 2006.
6) Eine Unterscheidung zwischen Waren und Dienstleistungen ist hier unerheblich. Zusammenfassend wird der Begriff „Leistung“ verwendet.
7) Siehe Kinkel, S./Lay, G.: „Fertigungstiefe – Ballast oder Kapital? Stand und Effekte von Out- und Insourcing im Verarbeitenden Gewerbe Deutschlands“, Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung ISI, Mitteilungen aus der Produktionsinnovationserhebung Nr. 30, Karlsruhe 2003; hier: S. 2.
8) Siehe Helpman, E.: "A Simple Theory of International Trade with Multinational Corporations" in Journal of Political Economy, Vol. 92 (3), 1984, S. 451 ff.
9) Bei allzu großen Unterschieden geht der intrasektorale Handel jedoch zurück, da in Staat B die Leistungen nicht in ausreichendem Maß verwendet werden können.
10) Siehe Markusen, J. R./Maskus, K. E.: "General-Equilibrium Approaches to the Multinational Firm: A Review of Theory and Evidence", National Bureau of Economic Research (NBER), Working Paper No. 8334, S. 6.

Länder mit geringeren Lohnkosten verlagert werden. Verlagerungen aus Kostengründen in bisher weniger fortgeschrittene Staaten betreffen jedoch inzwischen auch qualifizierte Tätigkeiten.¹¹⁾

Entscheidungsfaktoren der horizontalen und vertikalen Arbeitsteilung

Der Druck auf die Unternehmen, effiziente Organisationsformen anzunehmen, steigt mit der zunehmenden Offenheit der Volkswirtschaften. Den heimischen Akteuren bietet sich dadurch allerdings die Möglichkeit, selbst die Vorteile des grenzüberschreitenden Wettbewerbs zu nutzen und auf den Märkten anderer Staaten sowohl anzubieten als auch nachzufragen. Kostenunterschiede für die Nachfrageseite zwischen benachbarten Staaten, gegebenenfalls um Produktivitätsunterschiede bereinigt, begünstigen die vertikale Arbeitsteilung.¹²⁾ Leistungen ohne besondere Anforderungen an die Qualifikation der Arbeitskräfte werden daher eher in weniger entwickelten Volkswirtschaften angesiedelt oder dorthin verlagert. Entwicklungs- und Vorleistungen, die besondere Kenntnisse und Fähigkeiten voraussetzen, werden eher in weiter entwickelten Staaten erbracht.¹³⁾ Hingegen überwiegen bei horizontalen Verlagerungen und Erweiterungen die Argumente der Angebotsperspektive, nämlich Kunden zu versorgen, bei denen von den bisherigen Standorten aus hohe Transferkosten anfielen. Kosten der Raumüberwindung, die die vertikale Arbeitsteilung erschweren oder gar unterbinden, stehen in positivem Zusammenhang mit horizontaler Dezentralisierung.¹⁴⁾

Neben den Aspekt der Kosten, die sich direkt über Preise und Mengen messen lassen (z. B. Lohn- und Kapitalkosten, Transportkosten usw.), treten Überlegungen über die Flexibilität und die Qualität der angebotenen Leistung. Hierbei spielen auch Interaktionskosten eine nicht zu unterschätzende Rolle. Arbeitsteilige Prozesse bedürfen besonderer Anstrengungen bei ihrer Entwicklung, bei der Abstimmung zwischen den Beteiligten, bei der Umsetzung und Überwachung, der Rückmeldung und Qualitätssicherung usw. Moderne Kommunikationsmittel können, indem sie andere Aspekte der Kooperation ergänzen, diese Kosten nur teilweise senken. Von Bedeutung für die Prozessorganisation sind die Form der Kooperation (z. B. innerhalb eines Netzwerks), Austauschformen (z. B. bei persönlicher Bekanntheit) und die räumliche Entfernung. Je spezifischer die geforderten Leistungen sind, desto höhere Interaktionskosten sind mit ihnen verbunden. Eine Unternehmensleitung wird bestrebt sein, Funktionen von entscheidender Bedeutung möglichst direkt zu beeinflussen, und diese nicht zu

einem womöglich unzuverlässigen Vertragspartner verlagern.¹⁵⁾

Untersuchungsbedarf

Die bisherigen Ausführungen legen nahe, dass eine statistische Darstellung der internationalen Tätigkeit von Unternehmen auf Staatenebene ein unzureichendes Bild zeichnet. Vielmehr besteht Bedarf an verlässlichen detaillierten Daten, um Aspekte der Unternehmensstrategie und -organisation, Marktstrukturen usw. darstellen zu können.¹⁶⁾ Hierbei stoßen die existierenden Statistiken an ihre Grenzen, da sie die Rolle und Aktivitäten mehrstaatlicher Unternehmensverbände nur unzureichend erfassen können: Einheiten mit Sitz im Ausland kann die amtliche Statistik nicht direkt erheben, sondern allenfalls im Inland ansässige Muttergesellschaften zu deren nachgeordneten Unternehmen befragen.

Eine statistische Lücke tut sich bei Verlagerungen von Unternehmensfunktionen ins Ausland auf. Bisherige Ansätze, durch die Verknüpfung der Ergebnisse der Außenhandels- und der Direktinvestitionsstatistiken auf Verlagerungen zu schließen, führten zu unvollständigen Darstellungen. Zudem weist Hatzichronoglou darauf hin, dass diesbezügliche Indikatoren im Produzierenden Gewerbe auf anderen Datenquellen beruhen als im Dienstleistungsbereich. Daher können die Methoden, wie die Daten zu bewerten sind, nicht ohne Weiteres übertragen werden.¹⁷⁾ Außerdem bleiben viele Zusammenhänge unbeobachtet, wie beispielsweise die mit einer Verlagerung verbundenen Desinvestitionen im Inland oder der Handel zwischen nachgeordneten Unternehmen im Ausland, sodass zum einen ein zu schmaler Ausschnitt betrachtet wird.¹⁸⁾ Zum anderen mangelt es dem Bild an Tiefenschärfe, wenn zum Beispiel bei den Direktinvestitionen nicht zwischen Erweiterungen der Unternehmenstätigkeit und Investitionen zum Zweck von Verlagerungen unterschieden wird.¹⁹⁾ Maßgeblich ist derzeit allein der Erwerb eines bedeutsamen Einflusses auf die Tätigkeit des erworbenen oder gegründeten Zielunternehmens (mindestens 10% der Unternehmensanteile bzw. Stimmrechte).²⁰⁾ Hinzu kommt, dass – während materielle Vorleistungen und Zwischenprodukte in der Güterhandelsstatistik nahezu lückenlos erfasst werden – viele intellektuelle Leistungen innerhalb eines Unternehmens vielfach genutzt werden können und in diesem Rahmen den Charakter eines öffentlichen Gutes annehmen. Sie haben also keinen Preis im herkömmlichen Sinn, und ihr Transfer wird nicht registriert. Bisher ergeben sich lediglich Anhaltspunkte durch existierende Statistiken²¹⁾, durch Untersuchungen, die sich

11) Siehe Hübler, M.: "A Simple Model of Outsourcing with Cournot Competition", Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel Working Paper No. 1320, Kiel 2007, S. 4.

12) Siehe Egger, H./Egger, P.: "Outsourcing and Trade in a Spatial World", University of Nottingham, Research Paper No. 2004/36, S. 21.

13) Siehe Arro, A. K.: "Globalization, Increasing Returns in Component Production, and the Pattern of Trade", Center for Economic Research and Graduate Education – Academy of Sciences of the Czech Republic – Economics Institute (CERGE-EI), Working Paper Series 265, Prag 2005; S. 32 ff.

14) Siehe Markusen, J. R./Maskus, K. E., Fußnote 10, hier: S. 14 ff.

15) Millar, J. E.: "Outsourcing Practices in Europe", STAR (Socio-economic Trends Assessment for the Digital Revolution), Issue Report No. 27, Mailand 2002, S. 13.

16) Siehe Kleinert, J.: "The Role of Multinational Enterprises in Globalization: An Empirical Overview", Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, Kiel Working Paper No. 1069, Kiel 2001, S. 26 f.

17) Siehe Hatzichronoglou, T.: "The Impact of Offshoring on Employment: Measurement Issues and Implications", Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), Paris 2005, S. 32 f.

18) Siehe OECD, Fußnote 4, hier: S. 76 f.

19) Siehe Klodt, H.: „Wege zu einer globalen Wettbewerbsordnung“, Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung (Hrsg.), Argumente der Freiheit Band 10, St. Augustin 2003; S. 7 f.

20) Siehe Internationaler Währungsfonds (Hrsg.): "Balance of Payments Textbook", Washington DC 1996, S. 107.

21) Beispielsweise durch die Außenhandelsstatistik, die Statistik der ausländischen Direktinvestitionen, die Beschäftigtenstatistik, auch durch die Input-Output-Tabellen im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

meist auf das Verarbeitende Gewerbe konzentrieren,²²⁾ und durch Einzelfallbetrachtungen.

Die grenzüberschreitende Umstrukturierung von Unternehmensprozessen (sog. „International Sourcing“) ist ein komplexes und sich rasch entwickelndes Phänomen, für dessen statistische Erfassung auch auf internationaler Ebene bisher kein geeignetes statistisches Instrument zur Verfügung steht.²³⁾ Die Erhebung „Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten“, die im Frühjahr 2007 durchgeführt wurde, setzt an dieser Stelle an. Die Erfahrungen aus der Erhebung sollen das Verständnis für die betreffenden Vorgänge verbessern, außerdem sollen erstmalig gesicherte Daten zu diesem Thema zur Verfügung gestellt werden.

Definitionen

So vielfältig der Ausdruck „Globalisierung“ verwendet wird, so unterschiedlich werden die damit im Zusammenhang stehenden Begriffe benutzt. Daher erscheinen einige Klarstellungen angebracht.

Wirtschaftliche Aktivität

Da eine Unterscheidung zwischen der Herstellung von Waren und dem Erbringen von Dienstleistungen als Formen der Wertschöpfung für die vorliegende Erhebung keine Bedeutung hatte, wurde als umfassender Begriff für die Tätigkeiten eines Unternehmens die „wirtschaftliche Aktivität“ gewählt. Unerheblich ist ferner, ob die resultierenden Leistungen an Kunden abgegeben oder im selben Unternehmen verwendet werden. Die Analyse differenziert nach Funktionen, die unmittelbar zur Haupttätigkeit des Unternehmens gehören (Kerngeschäft), und unterstützenden Tätigkeiten, die die Haupttätigkeit des Unternehmens ermöglichen bzw. vereinfachen.

Rollen in Unternehmensverbänden

Teilen sich mehrere Unternehmen eine gemeinsame Geschäftsführung, gelten sie als verbundene Unternehmen.²⁴⁾ Die Funktionen der Geschäftsführung können auf mehrere Standorte verteilt sein. Hauptsitz ist derjenige Standort, an dem die bedeutsamsten Funktionen des Unternehmensverbundes zusammengefasst sind. Die Geschäftsführung übt Kontrolle über die nachgeordneten Unternehmen, deren Tochterunternehmen usw. aus, indem sie an ihnen direkt oder über die ihr nachgeordneten Unternehmen zu mehr als der Hälfte beteiligt ist.²⁵⁾

Formen der Verlagerung und des „Sourcing“

Eine Verlagerung bezeichnet in der vorliegenden Erhebung die vollständige oder teilweise Fortführung von Aktivitäten

einer ersten Organisationseinheit durch eine zweite. Im gewählten Ansatz werden die räumliche Dimension einerseits und die organisatorische Dimension andererseits betrachtet (siehe die Übersicht). In der räumlichen Dimension wird der Verlagerung innerhalb des betrachteten Staates die Verlagerung über dessen Grenzen hinweg gegenübergestellt. Letztere wird oft als „Offshoring“ bezeichnet.²⁶⁾ Die organisatorische Dimension unterscheidet zwischen Verlagerungen innerhalb eines Unternehmens oder Unternehmensverbundes („Insourcing“) und Verlagerungen zu fremden Organisationen („Outsourcing“).²⁷⁾

Übersicht über Verlagerungsformen

Verlagerung innerhalb des Unternehmensverbundes	... zu einem nicht verbundenen Partner
... im Inland	Insourcing zu einer nationalen Einheit	Outsourcing zu einer nationalen Einheit
... ins Ausland („Offshoring“)	Insourcing zu einer ausländischen Einheit	Outsourcing zu einer ausländischen Einheit

Ziele der Erhebung

Die Erhebung „Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten“ soll Informationen über die Ursachen der Verlagerung von Unternehmensfunktionen, deren Umfang und die Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der verlagernden Unternehmen liefern. Die Ergebnisse sollen strukturelle Differenzen anhand objektiver Merkmale wie Wirtschaftsbereich, Unternehmensgröße usw. darstellen. Die Erhebung ist Teil der Entwicklung eines Befragungsinstruments und einer Methodologie zur längerfristigen Betrachtung der Faktoren, die internationale Verlagerungen vorantreiben. Auf ihrer Grundlage sollen Aussagen über die Konsequenzen solcher Verlagerungen für die Beschäftigung und das Wirtschaftswachstum ermöglicht werden.

Einflussfaktoren bei Verlagerungsentscheidungen

Bisherige Studien heben die Bedeutung angebotsorientierter Motive für Verlagerungen hervor. Hingegen werden nachfrageorientierte Aspekte, vor allem mit dem Ziel Personalkosten zu senken, bisher allenfalls für Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bestätigt.²⁸⁾ Die vorliegende Erhebung erweitert den Motivationskatalog um Aspekte der Unternehmensstrategie. Ergänzend werden mögliche Barrieren untersucht, die einer Verlagerung entgegenstehen oder diese behindern können.²⁹⁾ Neben primär wirtschaftlichen Aspekten werden auch rechtliche, kulturelle und ethische Einflüsse einbezogen. Die Erhebung liefert darüber hinaus Informationen zum Einfluss der Integration eines Unterneh-

22) Von größerer Bedeutung ist hier die seit mehreren Jahren durchgeführte Produktionsinnovationserhebung des Fraunhofer-Instituts für System- und Innovationsforschung ISI.

23) Siehe Hatzichronoglou, T., Fußnote 17, hier: S. 28.

24) Damit entspricht das Konzept in etwa dem Konstrukt der Organschaft; siehe Hagenkort, S./Schmidt, P.: „Schwierigkeiten und Lösungsmöglichkeiten der Behandlung von steuerlichen Organschaften im statistischen Unternehmensregister“ in WiSta 11/2001, S. 922 ff., hier: S. 922 f. Insbesondere kleinere Unternehmen fürchten den Verlust ihrer Unabhängigkeit und bevorzugen daher weniger formale Netzwerke, um Vorteile aus dauerhaften Kooperationen zu ziehen; siehe Hauschild, W./Wallacher, L.: „Ad-hoc-Befragung über Unternehmenskooperationen“ in WiSta 9/2004, S. 1009 ff., hier: S. 1012.

25) Siehe OECD, Fußnote 4, hier: S. 102 ff.

26) Buch u. a. weisen darauf hin, dass auch der Begriff „Offshoring“ nicht einheitlich verwendet wird; siehe Buch, C. M. u. a.: „Analyse der Beweggründe, der Ursachen und der Auswirkungen des so genannten Offshoring auf Arbeitsplätze und Wirtschaftsstruktur in Deutschland“, Tübingen/München 2007, S. 6.

27) Siehe Hatzichronoglou, T., Fußnote 17, hier: S. 6.

28) Siehe Buch, C. M., Fußnote 26, hier: S. 29 ff. und S. 45 ff.

29) Siehe Hatzichronoglou, T., Fußnote 17, hier: S. 26 f.

mens in einen Unternehmensverbund und gegebenenfalls dessen Rolle in dieser Struktur.

Die Befragung führt zu einer Momentaufnahme im jeweiligen Unternehmen zum Zeitpunkt der Erhebung. Die Dynamik der Einflussfaktoren ließe sich mithilfe einer wiederholten Panelbefragung erfassen.

Umfang, Ziel und Art der verlagerten Funktionen

Der Beitrag von Verlagerungen zur horizontalen und vertikalen Arbeitsteilung wird durch die Unterscheidung von Kerngeschäft und unterstützenden Tätigkeiten analysiert. Letztere umfassen hauptsächlich typische Kopffunktionen, darunter auch Entwicklungstätigkeiten. Für produktbegleitende unterstützende Tätigkeiten, die dem Wertschöpfungsprozess meist nachgelagert sind, konnten bislang Verlagerungen in nennenswertem Umfang nicht nachgewiesen werden.³⁰⁾ In begrenztem Maß kann die Erhebung Informationen zur zeitlichen Entwicklung liefern, da nach Verlagerungen vor 2001, von 2001 bis 2003 und von 2004 bis 2006 gefragt wurde. Ergänzend wurde der Planungszeitraum 2007 bis 2009 erhoben.

Die Dominanz von eher nachfrage- bzw. angebotsorientierten Motiven steht bei Verlagerungen ins Ausland in Zusammenhang mit den gewählten räumlichen Zielen. Deren überschneidungsfreie Gliederung nach überwiegend geografischen Kriterien in neun Regionen folgt anerkannten Systematiken.³¹⁾ Verlagerungen in benachbarte Staaten erlauben es, Unterschiede der Faktorpreise bei moderaten entfernungsabhängigen Kosten zu nutzen. Die Kosten des Leistungsaustausches werden im Handel innerhalb der Europäischen Union (EU) noch weiter gesenkt. Während von einer weitgehenden Ähnlichkeit zwischen Deutschland und den bis einschließlich April 2004 vorhandenen 15 Mitgliedstaaten ausgegangen werden kann, bestehen weiterhin große Unterschiede bei den Faktorpreisen und -ausstattungen zu den zwölf im Mai 2004 bzw. Januar 2007 beigetretenen Mitgliedstaaten, die daher von den vorgenannten abgegrenzt werden. Die europäischen Staaten außerhalb der EU bilden die dritte Gruppe in relativer räumlicher Nähe. Aufgrund ihrer Bedeutung als große Faktor- und Absatzmärkte werden China und Indien jeweils eigenständig erfasst. Die übrigen Staaten Asiens mit Australien und Ozeanien kommen ob der großen räumlichen Entfernung eher für horizontale Verlagerungen in Frage. Auch Nordamerika bietet mit seiner vergleichbaren Faktorausstattung vorwiegend Anreize für horizontale Verlagerungen, im Gegensatz zu den lateinamerikanischen Staaten, die ebenfalls räumlich weit entfernt sind. Ferner kann die ökonomische Attraktivität afrikanischer Staaten beurteilt werden.

Die Strategien bei der Verlagerung der verschiedenen Unternehmensfunktionen ins Ausland an externe oder verbundene Kooperationspartner verdeutlichen die Bedeutung von Outsourcing bzw. Insourcing. Letzteres wird weiter danach differenziert, ob bestehende Kompetenzen in vorhandenen

Unternehmen genutzt werden, der Unternehmensverbund durch Erwerb eines neuen Unternehmens erweitert wird und ob durch Gründung eines Unternehmens weiter spezialisiert wird.

Auswirkungen von Verlagerungen

Die Erfahrungen der Unternehmen mit ihren Verlagerungen werden nach Gesichtspunkten der Angebots- und Nachfrage sowie des Wettbewerbs untersucht. Neben den Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der verlagernden Unternehmen stehen auch Wirkungen auf die Beschäftigung im Fokus der Erhebung. Die nach Qualifikationsniveaus differenzierte Analyse gibt Aufschluss darüber, welches Anspruchsniveau die verlagerten Tätigkeiten besitzen und welche Tätigkeiten gegebenenfalls am heimischen Standort gestärkt werden. Erfahrungsgemäß rufen vertikale Verlagerungen stärkere Beschäftigungseffekte als horizontale hervor, allerdings beobachteten bisherige Studien, dass Verlagerungen horizontaler Art vorherrschen. Eine Dominanz angebotsbezogener Aspekte würde auf eine eher horizontale Arbeitsteilung auch im Verhältnis zu Staaten mit geringerer Produktivität hindeuten. Ein mit Verlagerungen verbundener Technologietransfer würde die Produktivität steigern und in der Folge weitere Verlagerungen ermöglichen, die dann spezialisierte Kopffunktionen einschließen.³²⁾

Durchführung der Erhebung

In der Erhebung wurden Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft des Produzierenden Gewerbes [Abschnitte C bis E der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003)] und des Dienstleistungssektors mit Ausnahme des Kredit- und Versicherungsgewerbes (Abschnitte G bis I und K der WZ 2003) auf Grundlage von § 7 Abs. 2 BStatG befragt. Die Grundgesamtheit wurde auf Unternehmen mit 100 und mehr Beschäftigten beschränkt, da hier die Relevanz der Fragestellung am höchsten eingeschätzt wurde. Unternehmen mit weniger als 100 Beschäftigten einzubeziehen, hätte den Umfang der Erhebung ohne Aussicht auf bessere Ergebnisse bedeutend vergrößert und für die betreffenden Unternehmen eine erhebliche Belastung dargestellt.

Erste Erfahrungen wurden mit einem Pretest zur Bewertung des Fragebogens bei 300 Unternehmen gewonnen. Aus den in der Auswahlgrundlage verbliebenen Unternehmen wurde eine nach Wirtschaftszweigen geschichtete Stichprobe von 20719 Unternehmen (mit Ersatz für ausgeschiedene Unternehmen) gezogen. Auf die in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder Hessen, Nordrhein-Westfalen und Thüringen durchgeführte Befragung antworteten 9361 Unternehmen. Von ihnen sandten 8112 den Fragebogen ausgefüllt zurück; die übrigen, eingeschränkt verwertbaren Antworten enthalten die Information, dass die betreffenden Unternehmen Verlagerungen weder in der Vergangenheit durchführten noch in absehbarer Zukunft planen. Im Ver-

30) Siehe Mödinger, P./Redling, B.: „Produktbegleitende Dienstleistungen im Industrie- und Dienstleistungssektor im Jahr 2002“ in WiSta 12/2004, S. 1408 ff., hier: S. 1410 f.

31) Siehe Koufen, S.: „Abgrenzung von Ländergruppen in den Außenhandelsstatistiken der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“ in WiSta 11/2001, S. 930 ff.

32) Siehe Marin, D.: „A Nation of Poets and Thinkers – Less so with Eastern Enlargement? Austria and Germany“, Centre for Economic Policy Research (CEPR), Discussion Paper No. 4358, London 2004; S. 7 ff.

gleich zu freiwilligen Unternehmensbefragungen von privaten Markt- und Meinungsforschungsinstituten ist die resultierende Rücklaufquote von 45 % als ausgesprochen hoch zu bewerten.

Rücklauf der Erhebungsbogen

Rücklauf bei der Erhebung „Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten“	Erhebungsbogen	
	Anzahl	%
Verwertbar	9 361	45
Uneingeschränkt verwertbar	8 112	39
Eingeschränkt verwertbar	1 249	6
Unehnte Antwortausfälle	709	3
Nicht zustellbar	430	2
Firma erloschen und andere unehnte Antwortausfälle	279	1
Echte Antwortausfälle	10 649	51
Insgesamt ...	20 719	100

Eine speziell programmierte Plausibilitätsprüfung fand im Zuge der Antworteingabe statt. Die Ergebnisse wurden gemäß dem Verfahren der freien Hochrechnung nach Wirtschaftszweigen geschichtet berechnet. Hierfür wurde der Horvitz-Thompson-Schätzer verwendet.

Bewertung der Erhebung

Die Erhebung stieß auf eine hohe Akzeptanz bei den Befragten. Dafür sprechen die – im Vergleich zu anderen freiwilligen Erhebungen – hohe Rücklaufquote und die geringe Zahl nicht beantworteter Fragen. Der Umfang an relevanten Fragen verschafft dabei neue Einblicke in ein Untersuchungsgebiet, zu dem bislang verlässliche Daten nur eingeschränkt vorlagen.

Insgesamt deuten die Ergebnisse darauf hin, dass die Unternehmen ihre Auslandsverlagerungen im Vorfeld gut durchdenken. Beispielsweise resultiert der hohe Stellenwert, der Kostenaspekten beigemessen wird, überwiegend in einer verbesserten Rentabilität. Folglich werden kaum Rückverlagerungen verzeichnet. Als wichtigste Hinderungsgründe bei Verlagerungen werden indes „weiche“ Faktoren wie zum Beispiel sprachliche und kulturelle Barrieren genannt.

Das Ergebnis der Erhebung bekräftigt die Dominanz von Lohnkosten und Absatzpotenzialen als Motivationsfaktoren für Verlagerungen wirtschaftlicher Aktivitäten. Allerdings wird das Ziel der Markterschließung nicht immer im erhofften Maß erreicht, wie ein Vergleich zwischen den Motivationsfaktoren und den Auswirkungen zeigt. Ferner werden bisherige Untersuchungen unterstützt³³⁾, denen zufolge Verlagerungen von (weniger qualifizierten) Tätigkeiten oft mit erhöhtem Koordinationsaufwand einhergehen. Folglich fallen am Hauptsitz mehr Aufgaben mit höheren Qualifikationsansprüchen an, wie die Analyse der Arbeitsmarkteffekte

bestätigt. Dies führt zu dem Schluss, dass Verlagerungen ins Ausland durchaus die Standorte der in Deutschland verwurzelten Unternehmen stärken. Wie auch Marin, deren Studie zu sehr ähnlichen Ergebnissen wie die vorliegende Erhebung kommt, feststellt, nehmen sich die betroffenen Arbeitsplätze aber im Vergleich zur Gesamtzahl der in den verlagernden Unternehmen Beschäftigten gering aus.³⁴⁾

Marin erkennt außerdem in einer geringen Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte in Deutschland die Ursache für eine Zunahme der Verlagerungen anspruchsvollerer Tätigkeiten in die neuen EU-Mitgliedstaaten.³⁵⁾ Diese Einschätzung spiegeln auch die vorliegenden Ergebnisse wider, wonach vor allem Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes bei Auslandsverlagerungen sowohl ihr Kerngeschäft als auch Tätigkeiten der meisten unterstützenden Funktionen in erster Linie in die neuen EU-Mitgliedstaaten abgeben, darunter auch Aktivitäten der Bereiche Ingenieursleistungen und verwandte technische Leistungen sowie Forschung und Entwicklung.

Ausblick: Entwicklung von Indikatoren

Die neuen Erkenntnisse aus der Erhebung wurden bereits mit Hinblick auf Merkmale strukturiert, die im statistischen Unternehmensregister enthalten sind. Weitere Analysen sind möglich, soweit die Einzeldaten über das Register verknüpft werden können. Das betrifft zunächst weitere Merkmale der Unternehmensstrukturen, die im Register selbst enthalten sind. Hingegen ist vorerst, auch aus Gründen des Datenschutzes, eine Verknüpfung der Einzeldaten mit Statistiken zu Handel und Direktinvestitionen nicht möglich.

Eine genauere Untersuchung anhand von Angaben zur internationalen Verflechtung erscheint sinnvoll, um den Einfluss grenzüberschreitender Kooperationsformen genauer erfassen zu können. Hierzu bieten sich die Angaben aus den Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten (Foreign Affiliates Statistics, FATS) an, die sich im Aufbau befinden.³⁶⁾ Die verknüpften Daten ließen die Entwicklung aussagekräftiger Indikatoren zur Bestimmung der Bedeutung mehrstaatlicher Unternehmen und ihrer Aktivitäten zu, wie sie die OECD vorschlägt. So würde es ermöglicht, Unterschiede zwischen Unternehmen mit organisatorischen Beziehungen ins Ausland und Unternehmen, die nicht grenzüberschreitend verbunden sind, anhand eines breiteren Blickwinkels und eines umfassenderen Ansatzes herauszuarbeiten. [uu](#)

33) Siehe van Welsum, D./Reif, X.: "Potential Impacts of International Sourcing on Different Occupations", Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Hrsg.), Paris 2006, S. 20.

34) Siehe Marin, D., Fußnote 32, hier: S. 17 ff.

35) Siehe Marin, D., Fußnote 32, hier: S. 32 ff.

36) Siehe Verordnung (EG) Nr. 716/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2007 zu gemeinschaftlichen Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten (Amtsbl. der EU Nr. L 171 vom 29. Juni 2007, S. 17).

Dr. Martin Szibalski

Inlandstourismus 2007: Vorjahresergebnis deutlich übertroffen

Ergebnisse der Monatserhebung im Tourismus

Die Beherbergungsbetriebe in Deutschland haben im Jahr 2007 knapp 129,9 Mill. Gäste empfangen und 361,8 Mill. Übernachtungen verbuchen können. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Gästeankünfte um 3,7% und die Zahl der Übernachtungen um 3,0%. Seit 1992, dem ersten Jahr, für das Daten aus der Tourismusstatistik für das gesamte Bundesgebiet nach der deutschen Vereinigung vorliegen, waren das die höchsten Werte.

Die Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland nahmen 2007 mit 3,5% erneut überdurchschnittlich zu. Dies ist auf den Zuwachs bei der Zahl der Gäste aus dem europäischen Ausland zurückzuführen, der bei 5,3% lag. Damit wurden die Rückgänge bei der Zahl der Gäste aus dem außereuropäischen Ausland mehr als kompensiert. Insgesamt betrug der Anteil der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland an allen Übernachtungen 15,1%.

Gemessen an der Zahl der Übernachtungen verzeichneten unter den Bundesländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern mit 8,6 bzw. 6,3% die höchsten Zuwachsraten. Bayern war mit einem Anteil von 21,1% an den Übernachtungen allerdings auch 2007 wieder absolut führend.

Gegenüber dem Vorjahr nahm der Städtetourismus, der Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern umfasst, erneut deutlich zu. Es wurde ein Zuwachs von 4,5% bei der Zahl der Ankünfte und von 4,4% bei den Übernachtungen erreicht.

Die Hotellerie konnte ihren Marktanteil bei den Übernachtungen behaupten, wobei der Zuwachs im Vergleich zu 2006

deutlich geringer ausfiel (2007 gegenüber 2006: +3,1%; 2006 gegenüber 2005: +3,7%). Im Campingtourismus wurde im Jahr 2007 eine leichte Steigerung des Vorjahresergebnisses erzielt. Die Zahl der Übernachtungen stieg um 1,8% auf insgesamt 21,9 Mill. an. Bei den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken kam es im Vergleich zu allen sonstigen Beherbergungsbetrieben zu einer überdurchschnittlichen Steigerung der Zahl der Ankünfte und Übernachtungen gegenüber dem Vorjahr, mit Zunahmen von 4,6 bzw. 4,4%. Auch von der insgesamt gestiegenen Bettenauslastung profitierten in erster Linie die Kliniken im Kurtourismus. Hier konnte eine Zunahme von 4,8 Prozentpunkten im Vergleich zum Vorjahr erzielt werden.

Die Tourismusintensität in den 136 Reisegebieten der Bundesländer erreichte die höchsten Werte (zwischen 84 870 und 295 891 Übernachtungen je 1 000 Einwohner) in den klassischen Urlaubsregionen an der Nordseeküste, in der Region Rügen/Hiddensee und in Teilen des Voralpenlandes. Deutliche Unterschiede zwischen West und Ost gibt es beim Anteil ausländischer Gäste. Unter den Reisegebieten spielen ausländische Gäste in der Eifel, im Odenwald und im nördlichen Schwarzwald mit Anteilen von 24,2% bis zu 44,5% die größte Rolle.

Vorbemerkung

Die Monatserhebung im Tourismus ist in Deutschland die wichtigste amtliche Erhebung über den Tourismus.¹⁾ Sie basiert auf statistischen Informationen der Beherbergungs-

1) Zum Datenangebot der amtlichen Statistik im Bereich Tourismus siehe Spörel, U.: „Die amtliche deutsche Tourismusstatistik“ in Haedrich, G./Kaspar, C./Klemm, K./Kreilkamp, E. (Hrsg.): „Tourismus-Management“, Berlin, New York 1998, S. 127 ff.

betriebe, die zu den wesentlichen Anbietern touristischer Leistungen zählen. Jeden Monat liefern diese Betriebe an die Statistischen Ämter der Länder Angaben über die Zahl der Ankünfte und Übernachtungen von Gästen aus dem In- und Ausland, die im Statistischen Bundesamt zum Bundesergebnis zusammengefasst werden. Bei Gästen mit ständigem Wohnsitz im Ausland wird zusätzlich eine Aufgliederung nach Herkunftsländern vorgenommen.²⁾ Dazu kommen noch monatliche Daten zu den angebotenen Betten bzw. zu den Stellplätzen bei Campingplätzen. Bei Betrieben der Hotellerie, zu denen klassische Hotels, Hotels garnis, Gasthöfe und Pensionen gehören, wird zusätzlich die Zahl der angebotenen Gästezimmer zum 31. Juli eines Jahres ermittelt.

Bei dieser Erhebung werden ausschließlich Betriebe befragt, die mindestens neun Gäste gleichzeitig vorübergehend aufnehmen können. Dies sind derzeit etwa 53 000 Beherbergungsbetriebe. Kleinere Betriebe, die zwar in großer Zahl existieren, aber nur einen geringen Anteil an allen Übernachtungen haben, werden auf diese Weise entlastet. Die Beschränkung auf die größeren Beherbergungsbetriebe erlaubt es aber durchaus, verlässliche Informationen über aktuelle Entwicklungen und langfristige Tendenzen im deutschen Beherbergungsgewerbe bereitzustellen.

Allerdings kann die Monaterhebung im Tourismus keine Aussagen über die Gesamtzahl aller Übernachtungen von Touristen in Deutschland und seinen Regionen treffen, da sie eine Reihe von Übernachtungsformen nicht erfasst, wie zum Beispiel Übernachtungen in Privatquartieren, Übernachtungen bei Freunden, Bekannten und Verwandten oder Übernachtungen in selbst genutzten Zweitwohnsitzen.

Die rechtliche Grundlage der Erhebung ist das Beherbergungsstatistikgesetz (BeherbStatG) aus dem Jahr 2002, das zuletzt im Jahr 2007 geändert wurde.³⁾ Die Ergebnisse der Monaterhebung im Tourismus werden monatlich über die Homepage des Statistischen Bundesamtes veröffentlicht.⁴⁾

Bedeutsame Faktoren für den Tourismus 2007

Wesentliche Rahmenbedingungen für den Urlaubstourismus sind die wirtschaftliche Lage in Deutschland und das Wetter. Für ausländische Gäste, die Deutschland aus privaten Gründen besuchen wollen, können auch Großereignisse, wie es zum Beispiel die Fußballweltmeisterschaft 2006 war, ein ausschlaggebender Faktor sein. Tourismus, der im Zusammenhang mit der beruflichen Tätigkeit (Geschäfts- und Dienstreisen) entsteht, wird dagegen in erster Linie von der gesamtwirtschaftlichen Situation in Deutschland und

der Welt sowie der Anzahl von Messen, Kongressen usw. bestimmt, die in Deutschland stattfinden.

In Deutschland hat sich die wirtschaftliche Situation im Jahr 2007 gegenüber dem Vorjahr weiterhin gut entwickelt. So wuchs das Bruttoinlandsprodukt real um 2,5 % (gegenüber 2,9 % im Vorjahr). Auch die Zahl der Erwerbstätigen nahm um 1,7 % zu. Das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte stieg im gleichen Zeitraum jedoch lediglich um 1,6 % und erhöhte sich damit im Vergleich zum Vorjahr (+1,9 %) in geringerem Maße.

2007 war das zweitwärmste Jahr seit Beginn der flächendeckenden Wetterbeobachtung in Deutschland.⁵⁾ Das zurückliegende Jahr war nicht nur außergewöhnlich warm und recht sonnig, sondern auch ziemlich nass. Allerdings gab es starke Gegensätze im Monatsvergleich. So brach der April alle Wärme- und Sonnenscheinrekorde. Der Mai hingegen galt als der niederschlagsreichste seit 1901. Die Sommermonate waren durchgängig recht feucht.

Der weltweite Tourismusmarkt hat sich 2007 nach Angaben der Welttourismus-Organisation (UNWTO) äußerst positiv entwickelt.⁶⁾ Die Organisation meldete 898 Mill. internationale Touristenankünfte gegenüber 846 Mill. im Vorjahr. Dies bedeutet eine Steigerung von nahezu 6 % im Vergleich zu 2006.

Auch 2007 deutliche Zunahme bei den Ankünften und Übernachtungen

Im Jahr 2007 konnten die Beherbergungsbetriebe mit neun und mehr Betten (einschl. Campingplätzen) in Deutschland 129,9 Mill. Gäste begrüßen. Das waren 3,7 % mehr als im Vorjahr. Damit weist Deutschland im Vergleich zum internationalen Durchschnitt eine deutlich geringere Steigerungsrate auf. Das bisherige Rekordergebnis aus dem Jahr 2006 (125,2 Mill. Gäste) wurde allerdings erneut übertroffen und der höchste Wert seit 1992 erreicht (siehe Tabelle 1).⁷⁾ Gleichzeitig stieg die Zahl der Übernachtungen im Vergleich zum Vorjahr um 3,0 % auf 361,8 Mill. Die Zuwachsrate von 3,0 % bei den Übernachtungen ist zudem die höchste seit dem Jahr 2000, als die Weltausstellung EXPO 2000 in Hannover stattfand. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer der Gäste lag 2007 bei 2,8 Übernachtungen. Da wie in den Vorjahren der Anstieg bei der Zahl der Ankünfte von Gästen höher ausfiel als bei den Übernachtungen, setzte sich der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend einer sinkenden durchschnittlichen Aufenthaltsdauer in den Beherbergungsbetrieben auch 2007 fort.

2) Durch die Zählung der Ankünfte in den Beherbergungsbetrieben werden Gäste, die in ihrem Urlaub in mehreren Unterkünten übernachten (z. B. im Rahmen einer Rundreise), auch mehrfach gezählt. Die Zahl der Ankünfte ist daher nicht mit der Zahl der Gäste identisch.

3) Gesetz zur Neuordnung der Statistik über die Beherbergung im Reiseverkehr (Beherbergungsstatistikgesetz – BeherbStatG) vom 22. Mai 2002 (BGBl. I S. 1642), zuletzt geändert durch Artikel 18 des Gesetzes vom 7. September 2007 (BGBl. I S. 2246).

4) Siehe Fachserie 6 „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“, Reihe 7.1 „Tourismus – Ergebnisse der Monaterhebung im Tourismus“, kostenfrei herunterzuladen aus dem Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes (www.destatis.de/publikationen).

5) Pressemitteilung auf der Website des Deutschen Wetterdienstes (www.dwd.de) vom 28. Dezember 2007 zum Jahresrückblick 2007 (Stand: 10. Juni 2008).

6) Siehe „UNWTO World Tourism Barometer“, Vol. 6, No. 1, Januar 2008, auf der Website der World Tourism Organization (www.unwto.org) in der „Facts & Figures-Section“ (Stand: 10. Juni 2008).

7) Für das Jahr 1992 liegen erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse aus der Monaterhebung im Tourismus vor.

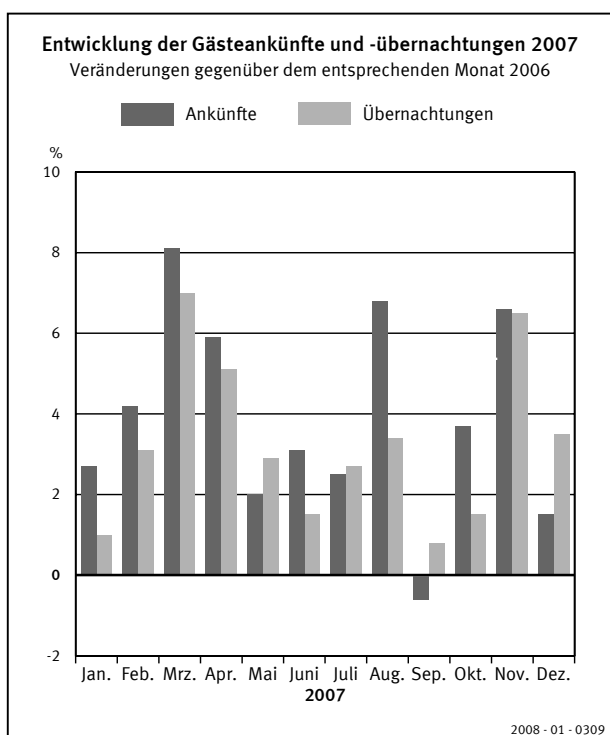
Tabelle 1: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschl. Campingplätzen)

Jahr	Ankünfte		Übernachtungen		Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾ Anzahl
	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	1 000	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %	
1992	90 250	X	318 443	X	3,5
1993	88 033	-2,5	312 079	-2,0	3,5
1994	89 900	+2,1	314 227	+0,7	3,5
1995	93 902	+4,5	323 558	+3,0	3,4
1996	95 169	+1,3	320 209	-1,0	3,4
1997	98 013	+3,0	308 323	-3,7	3,1
1998	101 352	+3,4	314 411	+2,0	3,1
1999	107 202	+5,8	329 365	+4,8	3,1
2000	113 737	+6,1	347 423	+5,5	3,1
2001	112 845	-0,8	347 444	±0,0	3,1
2002	110 996	-1,6	338 522	-2,6	3,0
2003	112 200	+1,1	337 152	-0,4	3,0
2004	116 333	+3,7	338 625	+0,4	2,9
2005	119 823	+3,0	342 650	+1,2	2,9
2006	125 227	+4,5	351 183	+2,5	2,8
2007	129 864	+3,7	361 841	+3,0	2,8

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

Der Blick auf den Jahresverlauf 2007 zeigt, dass mit Ausnahme des Septembers die Ankunfts- und Übernachtungszahlen generell zugenommen haben (siehe Schaubild 1). Der stärkste prozentuale Zuwachs im Vergleich zum Vorjahresmonat war im März 2007 zu verzeichnen. Die jeweiligen Höchststände der Zunahmen folgen grundsätzlich den Schulferien im Frühjahr, Sommer und Herbst. Allerdings sollten aufgrund der unterschiedlichen Ferienzeiträume im Frühjahr 2006 und 2007 die monatlichen Zuwachsraten im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten nicht

Schaubild 1



überinterpretiert werden. Die Abnahme bei den Ankünften im September 2007 relativiert sich dadurch, dass im gleichen Vorjahresmonat mit nahezu 8% die stärkste Zunahme der Ankünfte im Jahresverlauf verzeichnet worden war.

Erneut überdurchschnittliche Zuwächse bei den ausländischen Gästen

54,8 Mill. Übernachtungen von Gästen mit ständigem Wohnsitz im Ausland konnte das Beherbergungsgewerbe in Deutschland 2007 verbuchen. Die Rekordmarke des Vorjahres wurde mit einem Anstieg um 3,5% damit erneut übertroffen. Im Vergleich zu 1992, dem ersten Jahr mit gesamtdeutschen Werten, ist die Zahl der Übernachtungen ausländischer Gäste um 43,5% gestiegen (siehe Schaubild 2 auf S. 486).

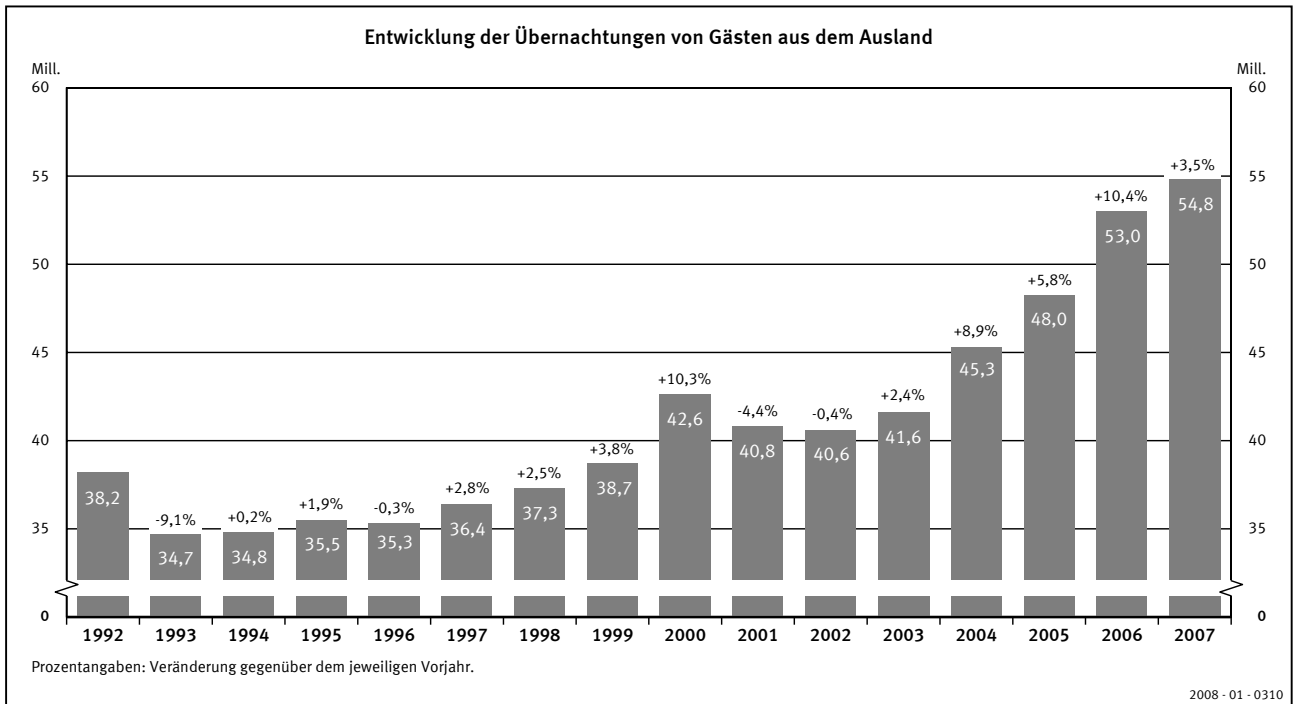
Der Zuwachs bei den Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland ging dabei auf die Gäste aus dem europäischen

Tabelle 2: Ankünfte und Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland in Beherbergungsbetrieben (einschl. Campingplätzen) 2007

Ständiger Wohnsitz ¹⁾	Ankünfte	Übernachtungen			
		insgesamt		Veränderung gegenüber 2006	
		1 000	%	1 000	%
Europa	18 287	41 071	75,0	+2 067	+5,3
darunter:					
Belgien	1 001	2 422	4,4	+167	+7,4
Dänemark	1 039	2 132	3,9	+176	+9,0
Finnland	265	519	0,9	+71	+15,8
Frankreich	1 184	2 351	4,3	+127	+5,7
Griechenland	177	466	0,8	+55	+13,4
Italien	1 440	3 036	5,5	+183	+6,4
Luxemburg	176	435	0,8	+15	+3,6
Niederlande	3 367	8 997	16,4	+219	+2,5
Norwegen	338	627	1,1	+52	+9,0
Österreich	1 155	2 386	4,4	+193	+8,8
Polen	511	1 229	2,2	+72	+6,2
Russische Föderation ...	411	1 096	2,0	+131	+13,6
Schweden	871	1 500	2,7	-21	-1,4
Schweiz	1 732	3 603	6,6	+152	+4,4
Spanien	812	1 833	3,3	+264	+16,8
Tschechische Republik ..	264	585	1,1	+14	+2,4
Türkei	171	411	0,8	+18	+4,6
Ungarn	195	463	0,8	+36	+8,3
Vereinigtes Königreich ..	2 067	4 413	8,1	-118	-2,6
Afrika	164	476	0,9	-10	-2,1
Amerika	2 706	6 047	11,0	-285	-4,5
Kanada	246	531	1,0	+30	+6,0
Vereinigte Staaten	2 123	4 662	8,5	+9	+0,2
Übriges Amerika	337	855	1,5	-324	-27,5
Asien	2 198	4 961	9,1	-55	-1,1
darunter:					
Arabische Golfstaaten ..	223	725	1,3	+59	+8,8
Volksrepublik China und Hongkong	462	951	1,7	+26	+2,8
Israel	137	370	0,7	-4	-1,0
Japan	662	1 194	2,2	-190	-13,7
Republik Korea	160	347	0,6	+21	+6,6
Australien und Ozeanien ..	266	575	1,0	-33	-5,4
Nicht näher bezeichnetes Ausland	800	1 649	3,0	+155	+10,4
Insgesamt ...	24 421	54 779	100	+1 852	+3,5

1) Grundsätzlich ist der ständige Wohnsitz der Gäste, nicht deren Staatsangehörigkeit (Nationalität) maßgebend.

Schaubild 2



Ausland zurück. Diese Gästegruppe spielt traditionell die wichtigste Rolle unter allen Gästen aus dem Ausland. 2007 baute sie mit einem Zuwachs von 5,3 % ihre führende Position weiter aus (siehe Tabelle 2). Obwohl es 2007 kein Großereignis gab, das mit der Fußballweltmeisterschaft 2006 vergleichbar war, führte der starke Zuwachs bei den Gästen aus dem europäischen Ausland dazu, dass die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland erneut stärker zunahm als die von Gästen aus dem Inland (+ 3,0 %). Einige der europäischen Länder erreichten dabei sogar zweistellige Zuwachsraten, darunter mit Spanien (+ 16,8 %) und Griechenland (+ 13,4 %) zwei Länder, die zu den klassischen Auslandszielen der deutschen Touristen zählen.

Die Zahl der Übernachtungen von Gästen aus den anderen Kontinenten war 2007 dagegen niedriger als 2006. Dies dürfte auf die besondere Anziehungskraft der Fußballweltmeisterschaft zurückzuführen sein, die im Jahr 2006 zu einem außergewöhnlichen Anstieg der Zahl der Übernachtungen von Gästen aus dem außereuropäischen Ausland geführt hatte. Wie Tabelle 3 zu entnehmen ist, waren die Zahlen für 2007 aber höher als die des Jahres 2005.

Tabelle 3: Veränderung der Ankünfte und Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland in Beherbergungsbetrieben (einschl. Campingplätzen) 2007 gegenüber 2005 nach Kontinenten
Prozent

Kontinent	Ankünfte	Übernachtungen
Europa	+14,4	+14,4
Afrika	+13,9	+15,0
Amerika	+12,8	+9,8
Asien	+5,5	+6,7
Australien und Ozeanien	+20,9	+23,9
Insgesamt ...	+13,6	+13,5

Städtetourismus weiter im Aufwind

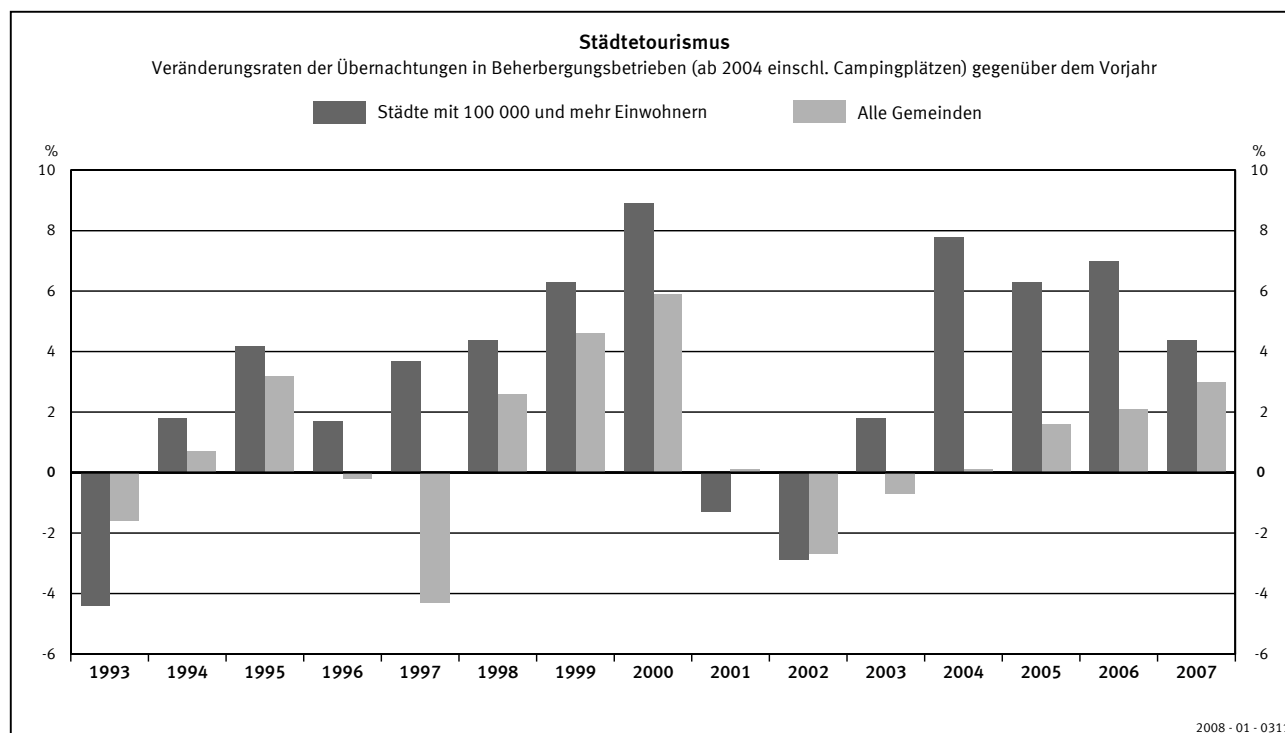
Auch 2007 konnten die Großstädte ihren Marktanteil steigern: In Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern stieg die Zahl der Übernachtungen um 4,4 %, wogegen sie im Durchschnitt aller Gemeinden lediglich um 3,0 % zunahm. Der seit einigen Jahren zu beobachtende Trend zum Städtetourismus setzte sich damit auch 2007 fort (siehe Schaubild 3). Gleichzeitig sind die Aufenthalte in den Beherbergungsbetrieben der Großstädte mit durchschnittlich 1,9 Tagen deutlich kürzer als die in Beherbergungsbetrieben der kleineren Gemeinden (3,3 Tage); im Vergleich zum Vorjahr sind sie damit unverändert geblieben.

Der Städtetourismus erfreute sich 2007 bei den Gästen aus Deutschland besonderer Beliebtheit. Die Zahl ihrer Übernachtungen nahm in den Großstädten um 4,9 % zu, in den anderen Gemeinden dagegen nur um 2,5 %. Gäste aus dem Ausland steigerten ihre Übernachtungen in Großstädten und in den anderen Gemeinden jeweils um 3,5 % (siehe Tabelle 4). Mit 50,9 % entfielen allerdings mehr als die Hälfte aller Ankünfte und Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland auf Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern.

Hoteliers und der Kurtourismus können sich über überdurchschnittlich steigende Gästezahlen freuen

In Anlehnung an die offizielle Klassifikation der Wirtschaftszweige unterscheidet man bei den Beherbergungsbetrieben zwischen den Betriebsarten Hotellerie (Hotels, Hotels garnis,

Schaubild 3



2008 - 01 - 0311

Gasthöfe, Pensionen), sonstiges Beherbergungsgewerbe (Jugendherbergen und Hütten, Campingplätze, Erholungs-, Ferien- und Schulungsheime, Boardinghouses, Ferienzentren, Ferienhäuser und -wohnungen) und Vorsorge- und Rehabilitationskliniken.⁸⁾

Unter diesen Betriebsarten konnte die Hotellerie 2007 gegenüber 2006 leicht überdurchschnittliche Zuwächse bei den Ankünften (+ 3,8%) und bei den Übernachtungen (+ 3,1%) verbuchen. Innerhalb der Hotellerie verzeichneten die klassischen Hotels mit 3,6% die höchste Zuwachsrate bei den Übernachtungen, gefolgt von den Hotels garnis (nur Frühstück) mit 3,0% (siehe Tabelle 5 auf S. 488). Der nach wie

vorherrschende Marktanteil dieser beiden Beherbergungskategorien nahm 2007 im Vorjahresvergleich bei den Ankünften mit 0,1 Prozentpunkten auf 67,9% und bei den Übernachtungen mit 0,2 Prozentpunkten auf 50,7% leicht zu.

Im sonstigen Beherbergungsgewerbe stieg die Zahl der Ankünfte (+ 3,2%) und der Übernachtungen (+ 2,3%) nur unterdurchschnittlich. Damit konnte aber immerhin die Stagnation des Tourismus im Jahr 2006 überwunden werden. Bei den Vorsorge- und Rehabilitationskliniken kam es im Vergleich zu 2006 zu einer überdurchschnittlichen Steigerung bei den Ankünften und Übernachtungen, mit Zunahmen um 4,6 bzw. 4,4%.

Tabelle 4: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschl. Campingplätzen) 2007 nach Gemeindegrößenklassen und ständigem Wohnsitz der Gäste

Gemeindegrößenklasse Ständiger Wohnsitz der Gäste	Ankünfte			Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾ Anzahl
	insgesamt		Veränderung gegenüber 2006	insgesamt		Veränderung gegenüber 2006	
	1 000	%		1 000	%		
Gemeinden insgesamt	129 864	100	+3,7	361 840	100	+3,0	2,8
Deutschland	105 443	100	+3,7	307 060	100	+3,0	2,9
Ausland	24 421	100	+3,6	54 779	100	+3,5	2,2
Gemeinden unter 100 000							
Einwohner	82 834	63,8	+3,3	270 342	74,7	+2,5	3,3
Deutschland	71 674	68,0	+3,1	243 423	79,3	+2,5	3,4
Ausland	11 159	45,7	+3,5	26 918	49,1	+3,5	2,4
Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern	47 030	36,2	+4,5	91 498	25,3	+4,4	1,9
Deutschland	33 769	32,0	+4,9	63 637	20,7	+4,9	1,9
Ausland	13 262	54,3	+3,7	27 861	50,9	+3,5	2,1

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

8) Klassifikation der Wirtschaftszweige mit Erläuterungen, Ausgabe 2003 (WZ 2003). Die Klassifikation steht kostenlos über den Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes unter www.destatis.de/publikationen zur Verfügung.

Tabelle 5: Ankünfte und Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschl. Campingplätzen) 2007 nach Betriebsarten

Betriebsart	Ankünfte			Übernachtungen			Durchschnittliche Aufenthaltsdauer ¹⁾
	insgesamt		Veränderung gegenüber 2006	insgesamt		Veränderung gegenüber 2006	
	1 000	%		1 000	%		Anzahl
Hotels	69 015	53,1	+3,9	140 964	39,0	+3,6	2,0
Hotels garnis	19 245	14,8	+4,0	42 477	11,7	+3,0	2,2
Gasthöfe	8 522	6,6	+3,2	18 618	5,1	+2,3	2,2
Pensionen	3 951	3,0	+2,1	12 617	3,5	+0,3	3,2
Hotellerie zusammen ...	100 732	77,6	+3,8	214 675	59,3	+3,1	2,1
Jugendherbergen und Hütten ...	6 241	4,8	+3,1	15 678	4,3	+2,5	2,5
Campingplätze	5 802	4,5	+1,3	21 921	6,1	+1,8	3,8
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	7 818	6,0	+3,5	24 816	6,9	+2,4	3,2
Boardinghouses	277	0,2	+17,4	1 040	0,3	+20,3	3,8
Ferienzentren	2 126	1,6	+3,3	9 418	2,6	+2,7	4,4
Ferienhäuser, -wohnungen	4 678	3,6	+4,5	29 757	8,2	+1,7	6,4
Sonstiges Beherbergungsgewerbe zusammen ...	26 942	20,7	+3,2	102 630	28,4	+2,3	3,8
Vorsorge- und Reha-bilitationskliniken	2 190	1,7	+4,6	44 534	12,3	+4,4	20,3
Insgesamt ...	129 864	100	+3,7	361 840	100	+3,0	2,8

1) Rechnerischer Wert Übernachtungen/Ankünfte pro Person.

Leichte Besserung im Campingtourismus

2007 hat der Campingtourismus sein bestes Jahresergebnis seit 2004 erreicht. Die Zahl der Übernachtungen stieg gegenüber 2006 um 1,8% auf 21,9 Mill. an (siehe Schaubild 4). In der langjährigen Betrachtung seit 1992 ist jedoch keine klare Trendwende festzustellen. Insgesamt kamen die Campingplätze 2007 wie im Vorjahr auf einen Marktanteil von 6,1% an allen Übernachtungen. Mit 3,8 Über-

nachtungen blieb auch die durchschnittliche Aufenthaltsdauer auf Campingplätzen gegenüber den beiden Vorjahren unverändert.

Vorhandenes Bettenangebot wird besser genutzt

Im Jahr 2007 hatte das Beherbergungsgewerbe (ohne Campingplätze), ähnlich wie im Jahr zuvor, eine Beherber-

Schaubild 4

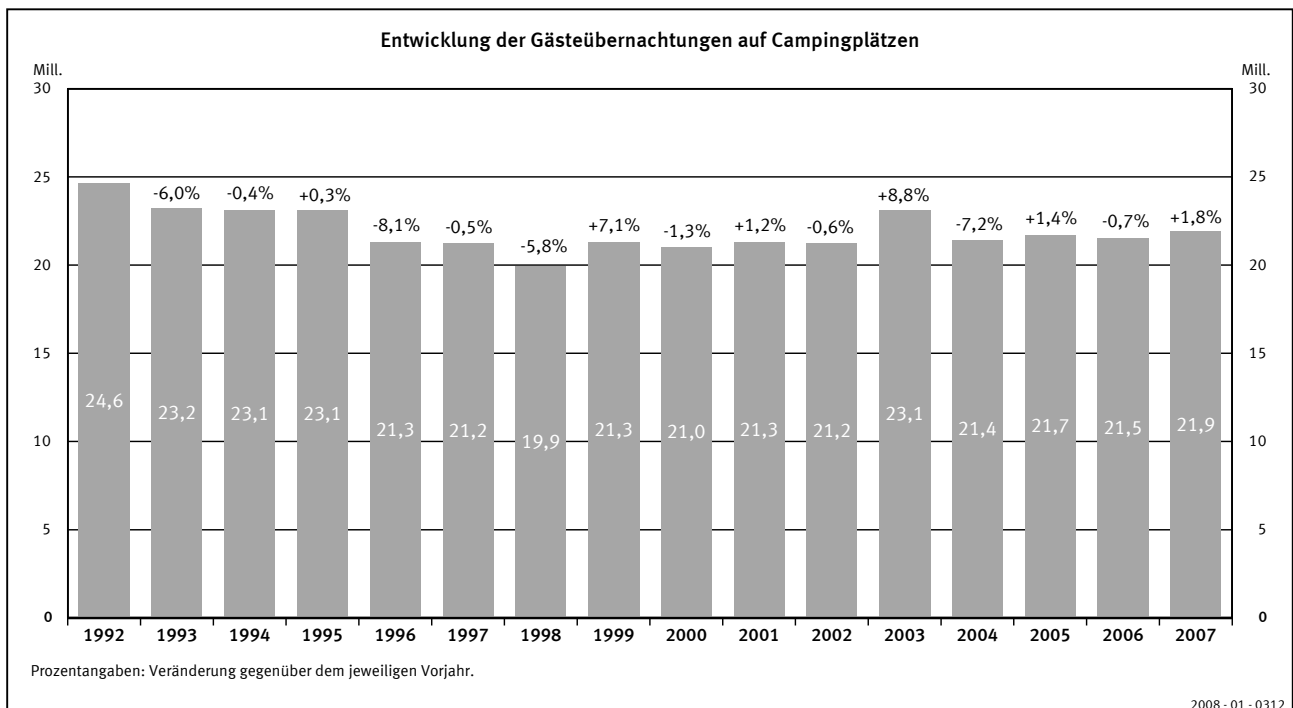
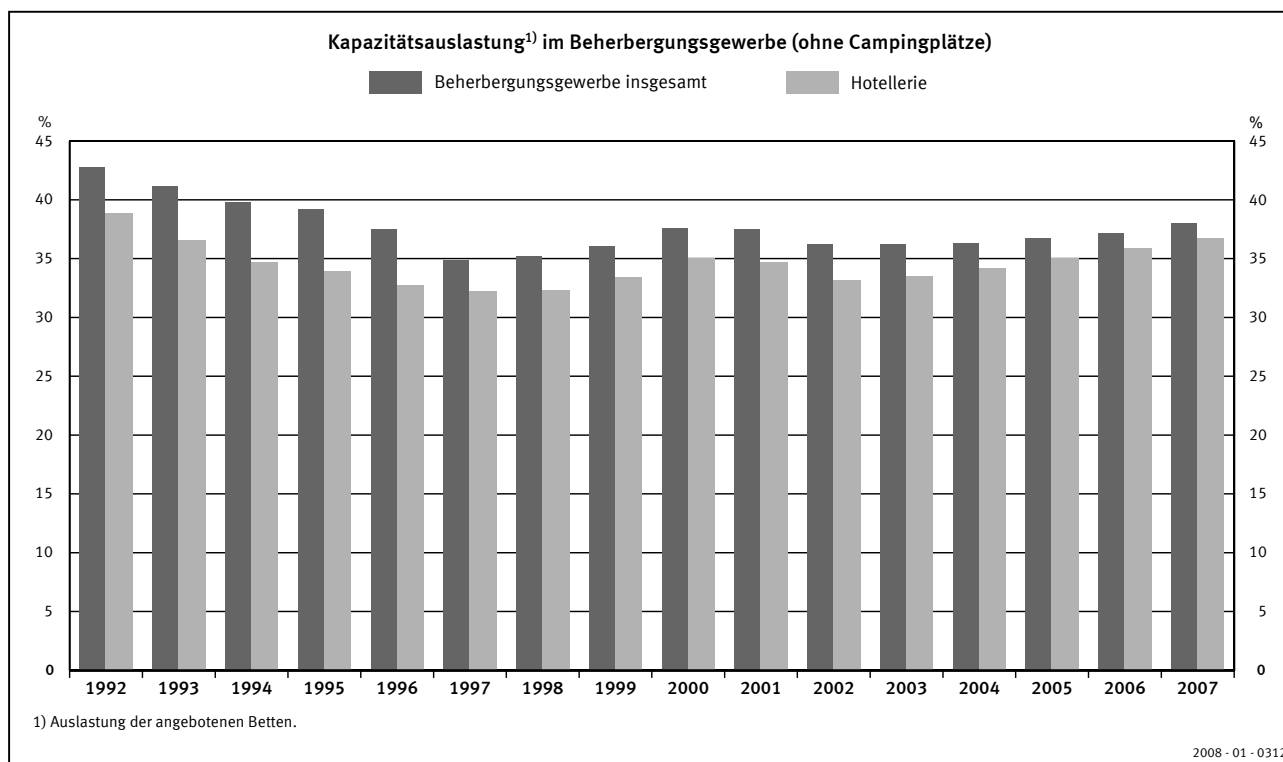


Schaubild 5



gungskapazität von rund 2,5 Mill. Betten.⁹⁾ Die Kapazitätsauslastung – gemessen an der Auslastung der angebotenen Betten – konnte, bedingt durch die steigende Zahl der Übernachtungen im Jahresdurchschnitt 2007, auf 38,0% gesteigert werden (Jahresdurchschnitt 2006: 37,2%, siehe Schaubild 5). Zwischen 1992 und 1997 verzeichnete das Beherbergungsgewerbe eine stetige Abnahme der Kapazitätsauslastung von 42,8% bis auf 34,9%. Nach einer kurzen Erholungsphase mit Gipfel in den Jahren 2000 (37,6%) und 2001 (37,5%) wurde im Jahr 2002 mit 36,2% erneut ein Tiefstand erreicht. Seitdem entwickelt sich die Kapazitätsauslastung wieder positiv. In diesen Zahlen sind allerdings auch die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken enthalten, die sich in einigen Aspekten deutlich vom sonstigen Beherbergungsgewerbe unterscheiden. Werden diese Kliniken nicht berücksichtigt, so ergibt sich für das Jahr 2007 für das Beherbergungsgewerbe eine Auslastung der angebotenen Betten von 35,3%.

In der Hotellerie stieg die Bettenauslastung von 35,9% im Jahr 2006 auf 36,7% im Berichtsjahr. Allerdings gibt es beim Grad der Auslastung deutliche Unterschiede zwischen Hotels (39,7%) und Hotels garnis (38,5%) einerseits und Gasthöfen (24,1%) und Pensionen (29,3%) andererseits.

Im sonstigen Beherbergungsgewerbe lag die Auslastung der Betten bei 32,0% und damit etwas höher als im Jahr 2006 (31,7%). Ursache dafür war eine gegenüber dem Vorjahr höhere Kapazitätsauslastung bei den Ferienzentren von 46,6% (2006: 45,9%). Die Vorsorge- und Rehabilita-

tionskliniken schließlich konnten im Jahresdurchschnitt ihre Kapazitätsauslastung im Vergleich zum Vorjahr bemerkenswert steigern, und zwar von 73,5 auf 78,3%.

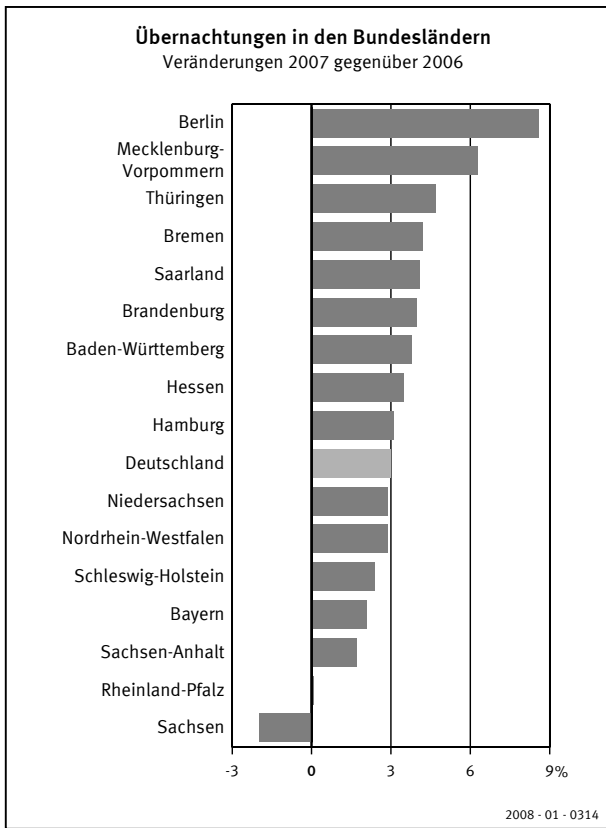
Einige Bundesländer profitieren deutlich von der steigenden Nachfrage im Tourismus

Zu den Ländern, die von der zunehmenden Tourismuskapazität profitieren, gehören vor allem einige Stadtstaaten und östliche Bundesländer. So konnte Berlin im Jahr 2007 mit 8,6% die höchste Zuwachsrate aller Bundesländer verbuchen. Daran schloss sich Mecklenburg-Vorpommern mit 6,3% an, gefolgt von Thüringen mit 4,7% und Bremen mit 4,2% (siehe Schaubild 6 auf S. 490). Ebenfalls sehr hohe Zuwächse verzeichneten das Saarland (+4,1%) und Brandenburg mit +4,0%. Am anderen Ende der Skala finden sich Rheinland-Pfalz, wo die Entwicklung nahezu stagnierte (+0,1%), sowie Sachsen, das als einziges Bundesland einen Rückgang bei der Zahl der Übernachtungen hinnehmen musste (-2,0%).

Trotz einer nur unterdurchschnittlichen Zuwachsrate ist Bayern nach wie vor das bedeutendste Reiseziel unter den Bundesländern. Im Jahr 2007 gab es dort insgesamt 76,3 Mill. Übernachtungen (siehe Tabelle 6 auf S. 490). Dies entspricht einem leicht rückläufigen Anteil von 21,1% (2006: 21,3%) an allen Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben in Deutschland. Dabei war Bayern Marktführer sowohl

9) In die Berechnung der Bettenauslastung werden die Campingplätze nicht mit einbezogen, da die Übernachtungskapazitäten hier nicht nach den zur Verfügung stehenden Betten, sondern nach den Stellplätzen berechnet werden.

Schaubild 6



bei den Übernachtungen von Gästen aus dem Inland als auch aus dem Ausland: 20,7% (63,5 Mill.) aller Übernachtungen von Gästen aus Deutschland und 23,4% (12,8 Mill.) aller Übernachtungen von Gästen aus dem Ausland entfielen auf Beherbergungsbetriebe in Bayern.

Tabelle 6: Übernachtungen in Beherbergungsbetrieben (einschl. Campingplätzen) 2007 nach Bundesländern

Land	Insgesamt		Veränderung gegenüber 2006	Zum Vergleich: Veränderung gegenüber 1992
	1 000	%		
Baden-Württemberg ...	42 405	11,7	+3,8	-1,8
Bayern	76 258	21,1	+2,1	-6,4
Berlin	17 286	4,8	+8,6	+120,2
Brandenburg	9 935	2,7	+4,0	+114,4
Bremen	1 531	0,4	+4,2	+43,0
Hamburg	7 402	2,0	+3,1	+80,1
Hessen	26 882	7,4	+3,5	-7,4
Mecklenburg-Vorpommern ...	26 320	7,3	+6,3	+179,2
Niedersachsen ...	35 884	9,9	+2,9	-1,8
Nordrhein-Westfalen	40 404	11,2	+2,9	+8,5
Rheinland-Pfalz ..	19 940	5,5	+0,1	-1,6
Saarland	2 285	0,6	+4,1	+15,3
Sachsen	16 052	4,4	-2,0	+122,4
Sachsen-Anhalt ..	6 521	1,8	+1,7	+99,8
Schleswig-Holstein	23 595	6,5	+2,4	-7,3
Thüringen	9 140	2,5	+4,7	+60,0
Deutschland ...	361 840	100	+3,0	+13,6

Mit etwa halb so vielen Übernachtungen folgten die großen Flächenländer Baden-Württemberg (insgesamt 42,4 Mill. Übernachtungen bzw. Anteil von 11,7%), Nordrhein-Westfalen (40,4 Mill. bzw. 11,2%) und Niedersachsen (35,9 Mill. bzw. 9,9%).

Über einen längeren Zeitraum betrachtet sind die Veränderungen der Übernachtungszahlen teilweise sehr ausgeprägt. So weisen, bezogen auf das Jahr 1992, die östlichen Flächenländer die stärksten Zuwachsraten (zwischen 60,0 und 179,2%) auf. Auch die Stadtstaaten sind im 15-jährigen Betrachtungszeitraum durch eine sehr deutliche Zunahme der Übernachtungszahlen (zwischen 43,0 und 120,2%) gekennzeichnet. Die westlichen Bundesländer haben sich diesbezüglich nur mäßig entwickelt und liegen, mit Ausnahme des Saarlands (+15,3%), unterhalb des Bundesdurchschnitts von 13,6%.

Ergebnisse der Tourismusstatistik im räumlichen Zusammenhang

Regionale Gliederung nach Reisegebieten

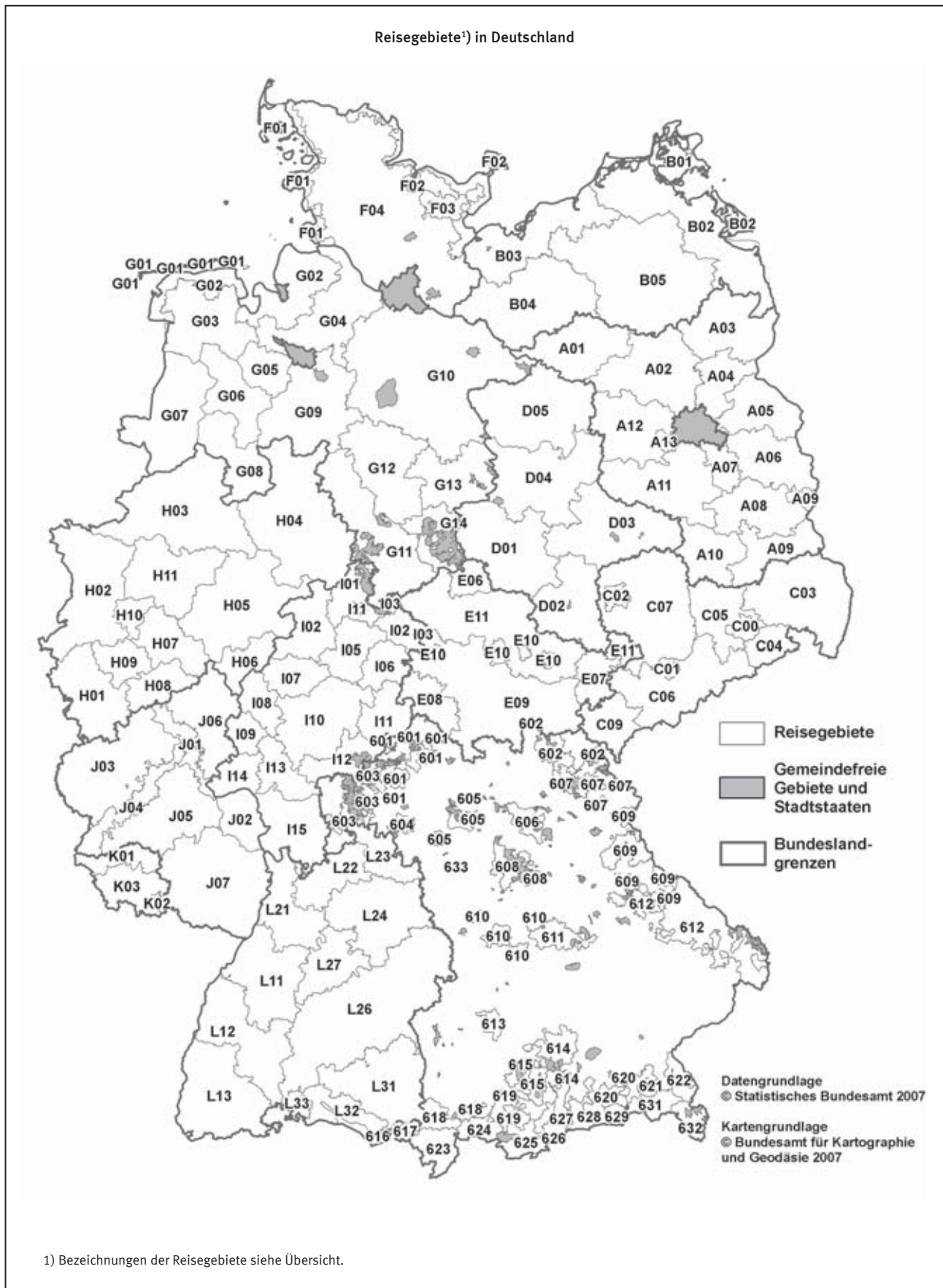
Um räumliche Schwerpunkte oder Disparitäten einzelner Merkmale der Tourismusstatistik identifizieren zu können, ist eine möglichst detaillierte regionale Gliederung dieser Merkmale wünschenswert. Hier bieten sich die sogenannten Reisegebiete der Bundesländer als Bezugs Ebene an (siehe Schaubild 7). Die Abgrenzung dieser Gebiete erfolgt landesspezifisch auf Basis der Gemeindefläche. Meist werden dazu naturräumliche Kriterien herangezogen. Landschaftlich prägende Elemente wie zum Beispiel Gebirge oder Gewässer sind hierbei maßgebend. Aber auch größere Städte oder Industrieregionen werden als Reisegebiete klassifiziert. Touristisch weniger bedeutsame Bereiche werden als übrige Bundeslandfläche zusammengefasst.

Jedes Reisegebiet besitzt einen Schlüssel und eine textliche Bezeichnung (siehe die Übersicht auf S. 492). Nicht das gesamte Bundesgebiet ist in Reisegebiete untergliedert. Sogenannte gemeindefreie Gebiete, zum Beispiel größere Waldgebiete oder militärische Sicherheitsbereiche, sind von dieser Klassifizierung ausgenommen und in den folgenden Schaubildern grau (Schaubild 7) bzw. weiß (Schaubilder 8 und 9) dargestellt. Gleiches gilt für die Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin, für die ebenfalls keine Reisegebiete definiert sind.

Bedeutung des Tourismus ist stark regional ausgeprägt

Um die Bedeutung des Tourismus auf regionaler Ebene unabhängig von der absoluten Einwohnerzahl einer Region zu messen, greift man auf eine als Tourismusintensität bezeichnete Kennzahl zurück. Sie ist definiert als Zahl der Übernachtungen von Gästen je 1 000 Einwohner in einer Region. Für das gesamte Bundesgebiet wurden 2007 durchschnittlich 4 396 Übernachtungen je 1 000 Einwohner ermittelt.

Schaubild 7



Liste der Reisegebiete (Schlüssel und textliche Bezeichnung) nach Bundesländern
Stand: 2007

Schleswig-Holstein	J05	Hunsrück/Nahe/Glan	Saarland
F01 Nordsee	J06	Westerwald/Lahn/Taunus	K01 Nordsaarland
F02 Ostsee	J07	Pfalz	K02 Bliesgau
F03 Holsteinische Schweiz			K03 Übriges Saarland
F04 Übriges Schleswig-Holstein	Baden-Württemberg		Brandenburg
Niedersachsen	L11	Nördlicher Schwarzwald	A01 Prignitz
G01 Ostfriesische Inseln	L12	Mittlerer Schwarzwald	A02 Ruppiner Land
G02 Nordseeküste	L13	Südlicher Schwarzwald	A03 Uckermark
G03 Ostfriesland	L21	Weinland zwischen Rhein und Neckar	A04 Barnimer Land
G04 Untereibe-Unterweser	L22	Neckartal-Odenwald- Madonnenländchen	A05 Märkisch Oderland
G05 Oldenburger Land	L23	Taubertal	A06 Oder-Spree-Seengebiet
G06 Oldenburger Münsterland	L24	Neckar-Hohenlohe-Schwäbischer Wald	A07 Dahme-Seengebiet
G07 Emsland-Grafschaft Bentheim	L26	Schwäbische Alb	A08 Spreewald
G08 Osnabrücker Land	L27	Mittlerer Neckar	A09 Niederlausitz
G09 Mittelweser	L31	Württembergisches Allgäu- Oberschwaben	A10 Elbe-Elster-Land
G10 Lüneburger Heide	L32	Bodensee	A11 Fläming
G11 Weserbergland-Süd-niedersachsen	L33	Hegau	A12 Havelland
G12 Hannover-Hildesheim			A13 Potsdam
G13 Braunschweiger Land	Bayern		Mecklenburg-Vorpommern
G14 Harz	601	Rhön	B01 Rügen/Hiddensee
Nordrhein-Westfalen	602	Frankenland	B02 Vorpommern
H01 Eifel und Region Aachen	603	Spessart	B03 Mecklenburgische Ostseeküste
H02 Niederrhein	604	Würzburg mit Umgebung	B04 Westmecklenburg
H03 Münsterland	605	Steigerwald	B05 Mecklenburgische Schweiz und Seenplatte
H04 Teutoburger Wald	606	Fränkische Schweiz	
H05 Sauerland	607	Fichtelgebirge mit Steinwald	Sachsen
H06 Siegerland-Wittgenstein	608	Nürnberg mit Umgebung	C00 Stadt Dresden
H07 Bergisches Land	609	Oberpfälzer Wald	C01 Stadt Chemnitz
H08 Bonn und Rhein-Sieg-Kreis	610	Oberes Altmühltal	C02 Stadt Leipzig
H09 Köln und Region	611	Unteres Altmühltal	C03 Oberlausitz-Niederschlesien
H10 Düsseldorf und Kreis Mettmann	612	Bayerischer Wald	C04 Sächsische Schweiz
H11 Ruhrgebiet	613	Augsburg mit Umgebung	C05 Sächsisches Elbland (einschl. Umgebung Dresden)
Hessen	614	München mit Umgebung	C06 Erzgebirge
I01 Kassel-Land	615	Ammersee- und Würmseegebiet	C07 Sächsisches Burgen- und Heideland
I02 Waldecker Land	616	Bodenseegebiet	C09 Vogtland
I03 Werra-Meißner-Land	617	Westallgäu	Sachsen-Anhalt
I05 Kurhessisches Bergland	618	Allgäuer Voralpenland	D01 Harz und Harzvorland
I06 Waldhessen (Hersfeld-Rotenburg)	619	Staffelsee mit Ammer-Hügelland	D02 Halle, Saale, Unstrut
I07 Marburg-Biedenkopf	620	Inn-Mangfall-Gebiet	D03 Anhalt-Wittenberg
I08 Lahn-Dill	621	Chiemsee mit Umgebung	D04 Magdeburg, Elbe-Börde-Heide
I09 Westerwald-Lahn-Taunus	622	Salzach-Hügelland	D05 Altmark
I10 Vogelsberg und Wetterau	623	Oberallgäu	Thüringen
I11 Rhön	624	Ostallgäu	E06 Südharz
I12 Spessart-Kinzigtal-Vogelsberg	625	Werdenfelser Land mit Ammergau	E07 Thüringer Vogtland
I13 Main und Taunus	626	Kochel- und Walchensee mit Umgebung	E08 Thüringer Rhön
I14 Rheingau-Taunus	627	Isarwinkel	E09 Thüringer Wald
I15 Odenwald-Bergstraße-Neckartal	628	Tegernseegebiet	E10 Städte Eisenach, Erfurt, Jena, Weimar
Rheinland-Pfalz	629	Schlierseegebiet	E11 Übriges Thüringen
J01 Rheintal	630	Ober-Untertal	
J02 Rheinhessen	631	Chiemgauer Alpen	
J03 Eifel/Ahr	632	Berchtesgadener Alpen mit Reichenhaller Land	
J04 Mosel/Saar	633	Übriges Bayern	

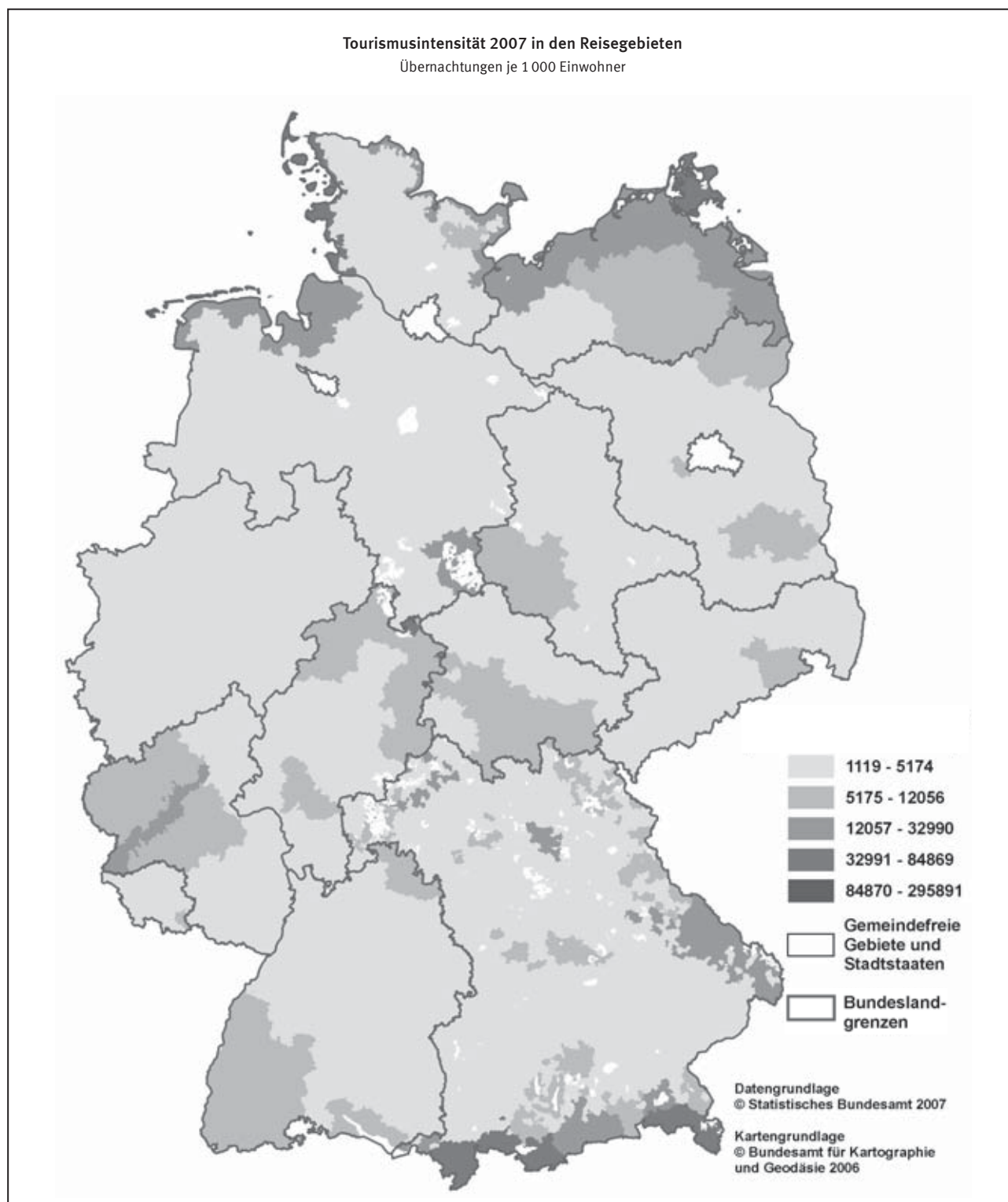
Schaubild 8 zeigt die Tourismusintensität für die Reisegebiete der Bundesländer im Jahr 2007 in klassifizierter Darstellung.¹⁰⁾ Herausragende Gebiete sind demnach die klassischen Urlaubsregionen Nordseeküste, Rügen/Hiddensee sowie Teile des Voralpenlandes mit Werten zwischen 84 870 und 295 891 Übernachtungen je 1000 Einwohner. Aber auch das Werra-Meißner-Land sticht 2007 durch eine hohe Tourismusintensität hervor. Eine mittlere Position (12 057 bis 84 869 Übernachtungen je 1000 Einwohner) nehmen einerseits Regionen ein, die sich an Bereiche anschließen, welche von einer hohen Tourismusintensität geprägt sind. Andererseits sind dazu noch Teile des Oberpfälzer und des Bayerischen Waldes sowie der Harz und das Mosel-/Saargebiet zu zählen.

Große Unterschiede zwischen West und Ost beim Anteil der Gäste aus dem Ausland

Im Jahr 2007 gab es bezüglich der Anteile von Übernachtungen ausländischer Gäste an allen Übernachtungen deutliche regionale Unterschiede (siehe Schaubild 9 auf S. 494). Grundsätzlich war der Anteil dieser Gästegruppe im westlichen Landesteil in den meisten Regionen höher als im östlichen Bundesgebiet. Diese großräumigen Unterschiede könnten damit zusammenhängen, dass der Westen Deutschlands stärker von Besuchern aus dem benachbarten westlichen Ausland profitieren kann als der Osten von Besuchern aus den dortigen Nachbarländern. Einen solchen Zusammenhang lassen auch die deutlichen Unterschiede zwischen

10) Die Klassengrenzen wurden mit einem in der Kartografie weit verbreiteten Verfahren festgelegt, das in einer aufsteigenden Wertefolge sogenannte „natürliche Unterbrechungen“ identifiziert. Es eignet sich besonders für stark uneinheitlich verteilte Daten, wie sie den Schaubildern 7 und 8 zugrunde liegen. Räumliche Unterschiede werden so optimal hervorgehoben und der visuelle Erkenntniswert der kartografischen Darstellung erhöht.

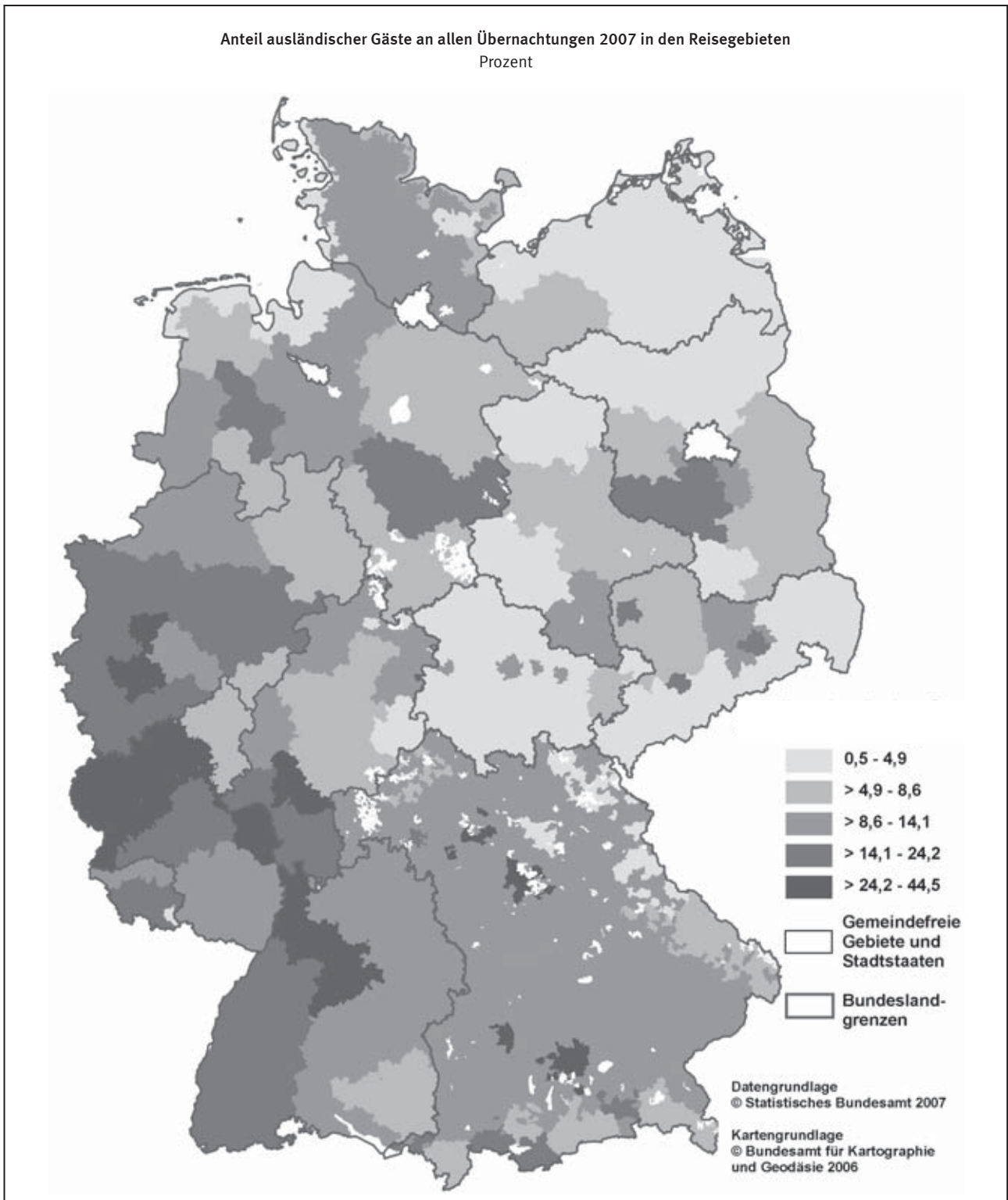
Schaubild 8



den Übernachtungszahlen von Gästen aus den Niederlanden (8,997 Mill.) und Belgien (2,422 Mill.) im Vergleich zu denen von Gästen aus Polen (1,229 Mill.) und der Tschechischen Republik (585 000) vermuten (siehe Tabelle 2). Werden die Anteile der Gäste aus diesen Herkunftsländern nur auf die jeweils angrenzenden Bundesländer bezogen,

wird dieser Zusammenhang noch klarer. So betrug 2007 der Anteil von Gästen aus Belgien und den Niederlanden an allen ausländischen Gästen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz insgesamt 38,7%. Im Vergleich dazu erreichte der Anteil von Gästen aus Polen und der Tschechischen Republik an allen ausländischen Besu-

Schaubild 9



chern in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen lediglich 7,8%.

Kleinräumig betrachtet standen in der Beliebtheit ausländischer Gäste touristisch bedeutsame Mittelgebirgsregionen wie die Eifel, der Odenwald und der nördliche Schwarzwald

(Anteile zwischen 24,2 und 44,5 %) ganz oben. Auch einige größere Städte wurden im Jahr 2007 gerne besucht. Die dicht besiedelten und industriell geprägten Regionen Rhein-Main und Rhein-Neckar sowie das mittlere Rheintal wiesen im vergangenen Jahr ebenfalls sehr hohe Anteile ausländischer Gäste auf. Klassische Reisegebiete des deutschen

Urlaubstourismus wie die Küstenregionen, Teile des Vor-alpenlandes sowie Mecklenburg-Vorpommerns und angrenzende Regionen wiesen dagegen nur geringere Anteile an Gästen aus dem Ausland auf. Die seit Jahren zu beobachtende Tendenz, dass ausgewählte Regionen in Deutschland für ausländische Gäste eine herausragende touristische Attraktivität besitzen, blieb auch 2007 unverändert. [u](#)

Dipl.-Volkswirtin Sigrid Nicodemus

Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes 2007

Im vorliegenden Beitrag wird ein Überblick über die am 31. Dezember 2007 bestehenden Schulden aller öffentlichen Haushalte (Bund, Länder, Gemeinden/Gemeindeverbände einschl. ihrer jeweiligen Extrahaushalte) gegeben. Dieser wird nach den unterschiedlichen Schuldarten gegliedert und um Daten über die Schuldenneuaufnahmen der öffentlichen Haushalte nach Laufzeiten und ihre Schuldentilgungen im Laufe des letzten Jahres ergänzt. Eine Übersicht über die Schulden je Einwohner ermöglicht einen Regionalvergleich nach Ländern. Der Schuldenstand der Gemeinden wird auch nach den wichtigsten kommunalen Gebietskörperschaftsgruppen sowie nach Gemeindegrößenklassen dargestellt.

Vorbemerkung

Die Höhe der Schulden öffentlicher Haushalte ist eine zentrale Zielgröße des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts. Das Maastricht-Kriterium des Stabilitäts- und Wachstumspaktes der Europäischen Union (EU) sieht vor, den Anteil der öffentlichen Schulden am Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen dauerhaft unter 60% zu halten. Seit 2003 hat Deutschland dieses Ziel jeweils deutlich verfehlt, die höchste Schuldenquote wurde für Deutschland am Jahresende 2005 mit 67,8% ermittelt. Ende 2007 sank die Schuldenquote für Deutschland auf 65,0% (Vorjahr 67,6%); der Durchschnitt in der EU beträgt 58,7% und in der Eurozone 66,6%. Erreicht wurde im Jahr 2007 allerdings, dass die sogenannte Defizitquote – das Verhältnis zwischen dem öffentlichen Defizit und dem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen – erstmals seit 2001 mit 0,0% wieder deutlich unter dem von der EU geforderten Referenzwert von 3% lag. Der Durchschnitt der EU-27 beträgt hier 0,9%, der der Eurozone 0,6%.

Die Berechnung des hierfür relevanten Schuldenstandes erfolgt nach dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) 1995. Sie unterscheidet sich von der in diesem Beitrag verwendeten haushaltsmäßigen Abgrenzung der deutschen amtlichen Schuldenstatistik dadurch, dass für den Schuldenstand nach dem Maastricht-Vertrag zusätzlich zu den Kreditmarktschulden vor allem noch die Kassenverstärkungskredite, die Verkäufe von Post- und Telekom-Aktien des Bundes an die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die Verbindlichkeit des Bundes aus dem Münzumsatz sowie die Schulden der Sozialversicherung mit einbezogen werden.

Die im Rahmen der Föderalismuskommission II, der Kommission von Deutschem Bundestag und Bundesrat zur Modernisierung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen, geführten Überlegungen zur Schaffung einer bundesgesetzlichen Verschuldensregelung haben den Blick stärker auf den Schuldenstand des Bundes und der Bundesländer gelenkt.

Methodische Erläuterungen

Zu den öffentlichen Haushalten zählen in diesem Beitrag die Haushalte des Bundes, der Länder sowie der Gemeinden und Gemeindeverbände (Gv.) einschließlich ihrer jeweiligen Extrahaushalte. Die fortschreitenden Ausgliederungen und die zunehmende Übertragung von öffentlichen Aufgaben nebst ihren Schulden auf Fonds, Einrichtungen und wirtschaftliche Unternehmen mit eigenem Rechnungswesen (FEU) beeinträchtigen in zunehmendem Maße die Aussagekraft der Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden. Durch die schrittweise Einbeziehung dieser Einheiten in die finanzstatistische Darstellung wird diesem Sachverhalt Rechnung getragen.

Die Extrahaushalte des Bundes umfassen den Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. sowie die verschuldeten Sondervermögen des Bundes. Zum 31. Dezember 2007 war dies nur noch der Entschädigungsfonds; die Schulden des ERP(European Recovery Program)-Sondervermögens sind am 1. Juli 2007 auf den Bund übergegangen. Die Extrahaushalte der Länder in der Finanzstatistik umfassen die ausgegliederten Hochschulen des Staates mit eigenem Rechnungswesen sowie die aus den öffentlichen Haushalten ausgegliederten Landesbetriebe/-anstalten für Statistik und für Straßenbau/-wesen bzw. für Verkehr. Von den Extrahaushalten der Länder waren Ende 2007 nur der in Rheinland-Pfalz ansässige Landesbetrieb Mobilität (mit Kreditmarktschulden Ende 2007 in Höhe von 1,1 Mrd. Euro) und die Hochschulen von Hessen und Niedersachsen (mit Kreditmarktschulden 2007 von zusammen 1,7 Mill. Euro) verschuldet; daher werden zurzeit in der Schuldenstatistik nur diese Einheiten als Extrahaushalte der Länder nachgewiesen. Zu den Extrahaushalten der Gemeinden/Gv. werden statistisch die kameral buchenden kommunalen Zweckverbände gerechnet. Sofern nicht ausdrücklich anders erwähnt, werden im Folgenden diese Extrahaushalte in die Darstellung mit einbezogen.

In früheren Veröffentlichungen bezog sich die Ergebnisdarstellung der Schuldenstatistik lediglich auf die öffentlichen Kernhaushalte sowie die Sondervermögen des Bundes und die kommunalen Zweckverbände. Die Extrahaushalte der Länder sowie der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. waren nicht einbezogen. Zur besseren Vergleichbarkeit wurden für diesen Beitrag die Ergebnisse des Jahres 2006 nach dem neuen Veröffentlichungskonzept aufbereitet und dargestellt.

Als Schulden werden in diesem Aufsatz in der Regel nur die Kreditmarktschulden im weiteren Sinne betrachtet. Dazu zählen alle Wertpapierschulden und direkte Darlehen bei Banken, Sparkassen, Versicherungsunternehmen sowie sonstigen in- und ausländischen Stellen, die zur Deckung einer in den öffentlichen Haushalten bestehenden Finanzierungslücke aufgenommen wurden, sowie die vornehmlich aus Vorkriegsschulden und Kosten der Währungsumstellung in den neuen Ländern zusammengesetzten Ausgleichsforderungen. Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Verpflichtungen aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften, Bürgschaften, Garantien und sonstige Gewährleistungen werden in die Darstellung nicht einbezogen. Die sogenannten Kassen(verstärkungs)kredite werden gesondert am Ende des Beitrages dargestellt. Der Schuldenstand wird jeweils zum Stichtag 31.12. eines Jahres statistisch erhoben. Berichtsperiode ist das jeweilige Kalenderjahr, nicht das Haushaltsjahr.

Überblick über die wichtigsten Ergebnisse

Trotz eines gestiegenen Steueraufkommens (u. a. durch die Steuersatzanhebung bei der Umsatzsteuer und eine Aufkommenssteigerung bei den Einkommensteuern durch die günstige konjunkturelle Entwicklung) und moderater

Ausgabenentwicklung der Gebietskörperschaften ist der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte insgesamt weiter leicht angestiegen. Er erreichte am 31. Dezember 2007 mit 1 502,2 Mrd. Euro einen um 0,3 % höheren Betrag als im Vorjahr. Von dieser Summe entfielen 937,6 Mrd. Euro auf den Bund und seine Extrahaushalte (Anteil: 62,4 %), 482,8 Mrd. Euro auf die Länder einschließlich ihrer Extrahaushalte (32,1 %) sowie 81,8 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.) einschließlich der kommunalen Zweckverbände (5,4 %). Der Schuldenstand beim Bund stieg um 0,6 %, der bei den Ländern um 0,5 % gegenüber dem Vorjahr. Nur die Kreditmarktschulden von Gemeinden/Gv. waren geringer als im Vorjahr (– 3,2 %).

Neben den Schulden, die zur Schließung einer Einnahmелücke (Finanzierungsdefizit) der öffentlichen Haushalte dienen, nehmen die Gebietskörperschaften im Laufe eines Jahres auch Kassenkredite zur Überbrückung kurzfristiger Schwankungen zwischen den Einnahmen und Ausgaben ihrer Kassen auf. Diese beliefen sich am 31. Dezember 2007 auf 50,9 Mrd. Euro. Davon entfielen 19,6 Mrd. Euro auf den Bund, 2,4 Mrd. Euro auf die Länder und 28,8 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. Insgesamt lag der Betrag der Kassenkredite um 5,3 % über dem entsprechenden Vorjahreswert.

Die Kreditmarktschulden und Kassenkredite zusammen ergaben eine Gesamtverschuldung der öffentlichen Haushalte von insgesamt 1 553,1 Mrd. Euro, diese war um 0,5 % höher als im Vorjahr. Davon entfielen 957,3 Mrd. Euro auf den Bund (+0,7 %), 485,2 Mrd. Euro auf die Länder (+0,5 %) und 110,6 Mrd. Euro auf die Gemeinden/Gv. (– 1,4 %).

Neben den Schulden der Kern- und Extrahaushalte der Gebietskörperschaften werden summarisch auch die Schulden der sonstigen selbstständigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen erfasst, an denen die öffentliche Hand zu mehr als 50 % beteiligt ist. Diese betragen im Jahr 2007 478,3 Mrd. Euro (– 0,2 % gegenüber 2006). Die Schulden des öffentlichen Sektors, dazu zählen die Schulden des öffentlichen Gesamthaushaltes sowie die der vorgenannten übrigen öffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen beliefen sich damit Ende 2007 insgesamt auf 1 980,5 Mrd. Euro, das waren 0,2 % mehr als Ende 2006 mit 1 976,4 Mrd. Euro. Im weiteren Verlauf der Darstellung bleibt dieser Bereich unberücksichtigt.

Längerfristige Entwicklung

Im Jahr 1992 – dem Jahr, für das erstmals gesamtdeutsche Ergebnisse in vergleichbarer Form vorlagen – belief sich der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte insgesamt auf 679,9 Mrd. Euro. Trotz der Bemühungen der öffentlichen Gebietskörperschaften, ihre Haushalte zu konsolidieren, stieg der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte seit 1992 kontinuierlich bis auf insgesamt 1 502,2 Mrd. Euro im Jahr 2007 an. Die Schulden der öffentlichen Hand haben sich damit innerhalb dieses Zeitraums mehr als verdoppelt (+ 121 %). Besonders hoch waren die Zuwachsraten gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu Beginn der 1990er-Jahre infolge der finanzpolitischen Anforderungen durch die deutsche Vereinigung. Ein Vergleich der Ergebnisse für

Schaubild 1



2007 mit denen früherer Berichtsjahre ist durch die vorgenommenen Ausgliederungen aus den Kernhaushalten nur bedingt zulässig. Der Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. emittierte erstmals 2005 Wertpapiere in Höhe von 8,0 Mrd. Euro, dieser Betrag ist in den dargestellten Ergebnissen für 2005 nicht enthalten. Der hinsichtlich seiner Verschuldung bedeutsame Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz wurde 2002 ausgegliedert. Die

Ausgliederung von Hochschulen aus den Landeshaushalten erfolgte in Niedersachsen ab dem Jahr 1995 und in Hessen ab dem Jahr 2000; deren Verschuldung ist allerdings relativ gering.

Die Schulden des Bundes haben sich zwischen 1992 und 2007 ebenfalls mehr als verdoppelt, von 407,6 Mrd. Euro auf 937,6 Mrd. Euro (+ 130,1%). Lediglich im Jahr 2001 konnte mit – 2,3% ein Rückgang der Schulden gegenüber dem Vorjahr verbucht werden. Der geringste Anstieg wurde mit + 1,2% für das Jahr 2000 ermittelt. Grund hierfür war, dass die durch die Versteigerung der UMTS-Lizenzen erzielten Einnahmen zum großen Teil für die Schuldentilgung in den Jahren 2000 und 2001 verwendet werden konnten. Dagegen wurden zu Beginn der 1990er-Jahre vermehrt Schulden aufgrund der mit der deutschen Vereinigung verbundenen Lasten aufgenommen. Den höchsten Zuwachs gab es im Jahr 1995 mit + 28%. Der Schuldenstand nahm in diesem Jahr insbesondere bei den Sondervermögen des Bundes (+ 82,3%) zu, die Schulden beim Bund stiegen nur um 5,9%. Der zum 1. Januar 1995 errichtete Erblastentilgungsfonds übernahm dabei die Verbindlichkeiten der zum Jahresende 1994 aufgelösten Treuhandanstalt in Höhe von rund 105 Mrd. Euro sowie Teile der Altverbindlichkeiten der Wohnungsbaunternehmen der ehemaligen DDR in Höhe von rund 16 Mrd. Euro.

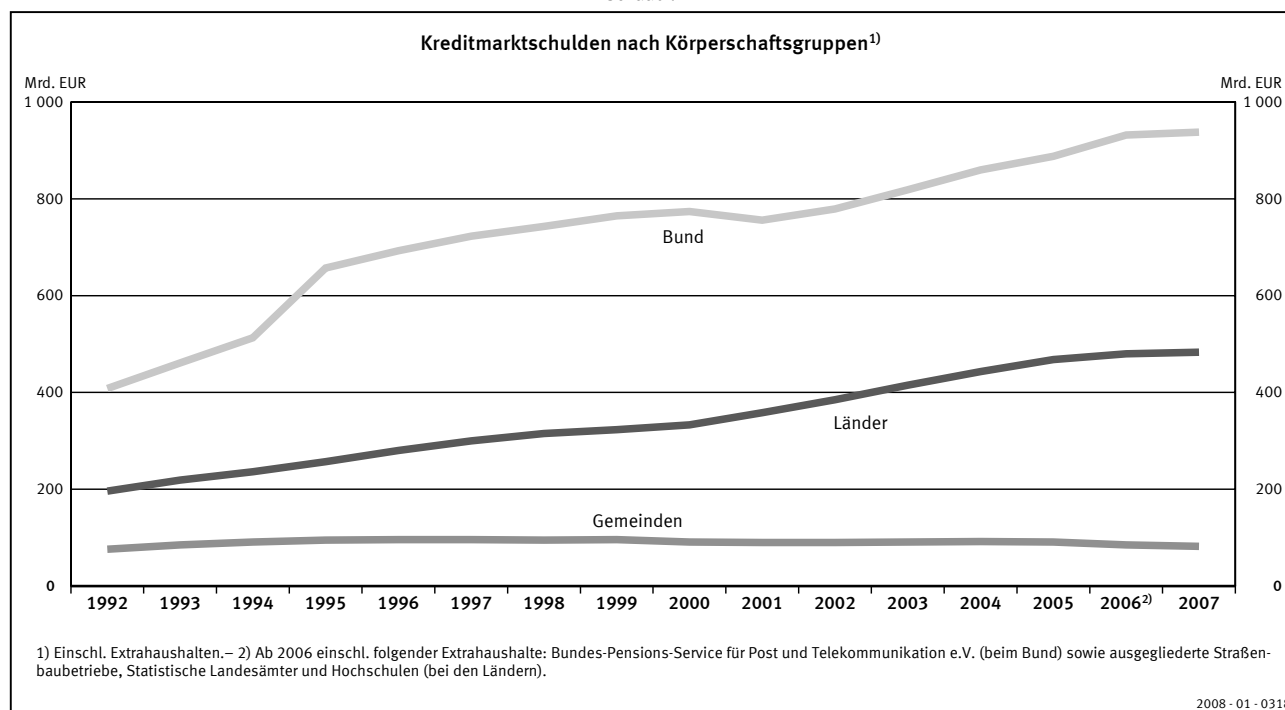
Tabelle 1: Entwicklung der Kreditmarktschulden nach Körperschaftsgruppen¹)

Jahr	Insgesamt	Bund	Länder	Gemeinden/ Gv.
Mill. EUR				
1992	679 867	407 562	196 342	75 963
1993	765 510	461 357	219 135	85 018
1994	840 122	513 151	235 542	91 429
1995	1 009 323	657 060	257 336	94 927
1996	1 069 247	692 929	279 864	96 454
1997	1 119 076	723 405	299 744	95 927
1998	1 153 413	743 212	314 765	95 437
1999	1 183 062	764 576	322 672	95 815
2000	1 198 145	773 897	333 187	91 061
2001	1 203 887	756 374	357 684	89 829
2002	1 253 195	778 607	384 773	89 815
2003	1 325 733	819 283	414 952	91 498
2004	1 394 954	860 244	442 922	91 788
2005	1 447 505	888 020	468 214	91 271
2006	1 480 625	916 610	479 489	84 526
2006²)	1 497 111	932 110	480 475	84 526
2007	1 502 196	937 645	482 752	81 799
Prozent				
Veränderung 2007 gegenüber				
2006	+ 0,3	+ 0,6	+ 0,5	– 3,2
1992	+ 121,0	+ 130,1	+ 145,9	+ 7,7

1) Einschl. Extrahaushalten. – 2) Ab 2006 einschl. folgender Extrahaushalte: Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e.V. (beim Bund) sowie ausgegliederte Straßenbaubetriebe, Statistische Landesämter und Hochschulen (bei den Ländern).

Der Schuldenstand der Länderhaushalte ist – verglichen mit denen der anderen Gebietskörperschaften – innerhalb des betrachteten Zeitraums von 196,3 Mrd. Euro auf 482,8 Mrd. Euro und damit prozentual am stärksten angestiegen (+ 145,9%). Hier wurde jedes Jahr eine Zunahme des Schuldenstandes ermittelt. Besonders hoch waren die Anstiege der Schulden in den neuen Bundesländern; in Mecklenburg-Vorpommern waren 2007 die Landesschulden 13-mal höher als 1992, in Thüringen zehnmal, und in Sach-

Schaubild 2



sen-Anhalt achtmal höher als 1992. Im Saarland stiegen die Kreditmarktschulden dagegen seit 1992 „nur“ um 34 % und in Bayern um 48 %.

Die Schulden der Gemeinden und Gemeindeverbände waren mit 81,8 Mrd. Euro im Jahr 2007 um 7,7 % höher als im Jahr 1992 mit 76,0 Mrd. Euro. Von allen Ebenen war dies der geringste nachgewiesene prozentuale Anstieg. Darin zeigen sich Konsolidierungsbemühungen der Gemeinden zur Verbesserung ihres finanzpolitischen Handlungsspielraums. Ein weiterer Grund für den geringen Anstieg liegt allerdings auch darin, dass die Kommunen seit einigen Jahren immer mehr Aufgabenbereiche aus ihren Kernhaushalten ausgliedern. Die Schulden dieser Einheiten werden dann von den Eigenbetrieben oder rechtlich selbstständigen Unternehmen und Einrichtungen übernommen und bleiben in dieser Darstellung in der Regel unberücksichtigt. Auch dürfte das Ausweichen auf kurzfristige Kassenkredite diese Entwicklung mit beeinflusst haben (s.u.). Zu berücksichtigen ist außerdem, dass für das gesamte Bundesgebiet seit 2006 nur noch die Schulden der kameral buchenden Zweckverbände bei den öffentlichen Haushalten nachgewiesen werden, die der kaufmännisch buchenden Zweckverbände werden dagegen bei den Fonds, Einrichtungen und wirtschaftlichen Unternehmen verbucht. Diese Vorgehensweise wurde ab 1994 in den einzelnen Bundesländern zu unterschiedlichen Zeitpunkten umgesetzt. Sollten zudem Zweckverbände vom kameralen Rechnungswesen auf kaufmännische Buchführung umsteigen, so zählen diese Einheiten nicht mehr zu den öffentlichen Haushalten.

Auch bei den Gemeindehaushalten sind die Schulden hauptsächlich in den neuen Ländern angestiegen, in Mecklenburg-Vorpommern (+ 127,0 %) und Thüringen (+ 108,7 %) haben sie sich von 1992 bis 2007 mehr als verdoppelt, in Sachsen-Anhalt (+ 98,4 %) und Sachsen (+ 91,4 %) nahezu

verdoppelt. Im Saarland (– 40,3 %), Baden-Württemberg (– 16,2 %), Niedersachsen (– 17,0 %), Hessen (– 15,2 %) und in Nordrhein-Westfalen (– 6,3 %) ging die Belastung der Gemeindehaushalte durch Kreditmarktschulden dagegen zurück.

Aktuelle Entwicklung 2007

Bund

Zum Jahresende 2007 waren der Bund und seine Extrahaushalte mit 937,6 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet. Davon waren 922,0 Mrd. Euro (+ 2,2 % gegenüber dem Vorjahr) dem Kernhaushalt des Bundes und 15,6 Mrd. Euro den

Tabelle 2: Kreditmarktschulden 2007 nach Körperschaftsgruppen und Schuldarten
Mill. EUR

Schuldarten	Ins-gesamt	Bund ¹⁾	Länder ¹⁾	Gemeinden/Gv. ²⁾
Kreditmarktschulden	1 480 954	917 527	481 628	81 799
Wertpapiersschulden	1 130 506	901 101	229 149	256
darunter:				
Anleihen	579 356	577 601	1 500	256
Bundesschatzbriefe und -anweisungen	112 165	112 165	–	–
Bundessobligationen	173 949	173 949	–	–
Landesobligationen/ -schatzanweisungen	225 192	–	225 192	–
Direkte Darlehen	350 449	16 426	252 479	81 543
darunter von:				
inländischen Banken und Sparkassen	256 374	4 709	173 502	78 163
inländischen Versicherungs- unternehmen	64 149	10 498	53 503	147
Ausgleichsforderungen	4 518	4 518	–	–
Insgesamt ...	1 485 472	922 045	481 628	81 799

1) Nur Kernhaushalte. – 2) Einschl. Zweckverbänden.

Extrahaushalten zuzurechnen (-48,1%). Hier ist zu beachten, dass die Schulden des ERP-Sondervermögens zum 1. Juli 2007 auf den Bundshaushalt übergegangen sind; das ERP-Sondervermögen war zum 31. Dezember 2006 mit 14,4 Mrd. Euro am Kreditmarkt verschuldet.

Beim Kernhaushalt des Bundes überwogen mit 901,1 Mrd. Euro (Anteil: 97,7%) die in Wertpapieren verbrieften Schulden, darunter waren 577,6 Mrd. Euro Anleihen, 173,9 Mrd. Euro Bundesobligationen und 112,2 Mrd. Euro Bundes-schatzbriefe und -schatzanweisungen. Über direkte Darlehen bei Banken, Sparkassen und sonstigen Institutionen hatte sich der Bund 1,8% aller Mittel beschafft, während die Ausgleichsforderungen nur noch 0,5% seiner Schulden ausmachten.

Im Verlauf des Jahres 2007 nahm der Kernhaushalt des Bundes 219,3 Mrd. Euro neu am Kreditmarkt auf, gleichzeitig tilgte er Schulden in Höhe von 216,2 Mrd. Euro. Von den neuen Schuldverträgen wurden 33,3% mit einer kurzfristigen Laufzeit (bis einschließlich einem Jahr) abgeschlossen, 25,8% mit einer mittelfristigen (zwischen einem und fünf Jahren) und 40,9% mit einer langfristigen Laufzeit (fünf Jahre und mehr).

Tabelle 3: Schuldenaufnahme und Schuldentilgung 2007¹⁾ nach Körperschaftsgruppen
Mill. EUR

Schuldner	Schuldenaufnahme		Schuldentilgung	
	zu-sammen	dar.: Wert-papier-schulden	zu-sammen	dar.: Wert-papier-schulden
Bund ²⁾	219 305	218 694	216 162	203 293
Länder ²⁾	70 469	42 787	68 378	30 526
Gemeinden/Gv.	7 783	-	10 376	-
dar.: Zweckverbände	226	-	290	-
Insgesamt ...	297 557	261 481	294 915	233 818

1) Kreditmarktschulden im weiteren Sinne. – 2) Nur Kernhaushalte.

Länder

Am 31. Dezember 2007 betrug der Schuldenstand der Länder und deren Extrahaushalte 482,8 Mrd. Euro; im Vergleich zum Vorjahr war dies eine Zunahme um 0,5%. Der Zuwachs der Kreditmarktschulden in den Flächenländern betrug 1,0%, wobei die höchsten Anstiege im Saarland (+4,7%), Sachsen-Anhalt (+4,0%) und Rheinland-Pfalz (+2,2%) ermittelt wurden. In Mecklenburg-Vorpommern (-6,2%), Sachsen (-4,6%), Bayern (-1,3%) sowie Thüringen (-0,6%) war dagegen der Schuldenstand gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Die Entwicklung in den Stadtstaaten (-1,5%) war sehr unterschiedlich: In Bremen wuchs der Schuldenstand um 6,9%, in Hamburg war er nahezu unverändert (+0,1%) und in Berlin verringerte er sich um 4,0%.

481,6 Mrd. Euro Kreditmarktschulden entfielen auf die Kernhaushalte der Länder (+0,4%). 229,1 Mrd. Euro bzw. 47,6% des Schuldenbestandes der Länder am Jahresende 2007 waren Wertpapiersschulden, darunter 225,2 Mrd. Euro Landesobligationen bzw. -schatzanweisungen. 252,5 Mrd.

Euro bzw. 52,4% entfielen auf direkte Darlehen, davon waren 173,5 Mrd. Euro Darlehen von inländischen Banken oder Sparkassen.

Im Jahr 2007 wurden insgesamt 70,5 Mrd. Euro Schulden von den Länderkernhaushalten neu aufgenommen, gegenüber dem Vorjahr war dies eine Abnahme um 9,2%. Im gleichen Zeitraum wurden Tilgungen von 68,4 Mrd. Euro (+3,3%) geleistet. Rund 14% der neu aufgenommenen Schulden der Länder waren 2007 in kurzfristigen, 23% in mittelfristigen und 63% in langfristigen Verträgen kontrahiert.

Tabelle 4: Kreditmarktschulden der Länder und Gemeinden/Gv.¹⁾ 2007 nach Bundesländern

Land	Länder		Gemeinden/Gv.	
	Mill. EUR	Verände-rung gegenüber 2006 in %	Mill. EUR	Verände-rung gegenüber 2006 in %
Flächenländer	390 183	+1,0	81 799	-3,2
Baden-Württemberg ...	41 710	+1,6	6 560	-6,8
Bayern	22 766	-1,3	14 652	-3,8
Brandenburg	17 280	+0,8	1 639	-0,5
Hessen	29 969	+2,1	8 278	-2,1
Mecklenburg-Vorpommern	10 074	-6,2	1 755	-3,6
Niedersachsen	49 446	+1,4	7 479	-2,0
Nordrhein-Westfalen ...	114 091	+1,1	23 310	-2,4
Rheinland-Pfalz	26 825	+2,2	4 892	-0,6
Saarland	9 143	+4,7	956	-0,4
Sachsen	11 064	-4,6	4 270	-5,3
Sachsen-Anhalt	20 082	+4,0	3 035	-4,7
Schleswig-Holstein ...	22 029	+1,2	2 361	-5,5
Thüringen	15 704	-0,6	2 611	-4,3
Stadtstaaten	92 569	-1,5	-	-
Berlin	56 645	-4,0	-	-
Bremen	14 305	+6,9	-	-
Hamburg	21 619	+0,1	-	-
Insgesamt ...	482 752	+0,5	81 799	-3,2

1) Einschl. Extrahaushalten.

Gemeinden/Gv.

Die Gemeinden/Gv. einschließlich der kommunalen Zweckverbände waren Ende 2007 mit insgesamt 81,8 Mrd. Euro verschuldet und damit um 3,2% niedriger als im Vorjahr. Davon entfielen 79,2 Mrd. Euro auf die kommunalen Kernhaushalte und 2,6 Mrd. Euro auf die kommunalen Zweckverbände. In allen Ländern war der Schuldenstand der Kommunen rückläufig, am stärksten in Baden-Württemberg (-6,8%) und in Schleswig-Holstein (-5,5%).

78,2 Mrd. Euro bzw. 95,6% der kommunalen Schulden stammten aus direkten Darlehen von inländischen Banken oder Sparkassen, 3,4 Mrd. Euro bzw. 4,1% entfielen auf direkte Darlehen bei sonstigen Kreditgebern und nur 0,3% der Schulden waren als Anleihen verbrieft.

Im Jahr 2007 nahmen die Kommunen mit 7,8 Mrd. Euro 8,6% weniger Schulden als im Vorjahr neu auf, gleichzeitig wurden Schulden in Höhe von 10,4 Mrd. Euro getilgt, fast genauso viele wie im Vorjahr. Von den 2007 neu aufgenommenen Schulden hatten 6,4% eine kurzfristige, 6,2% eine mittlere und 87,4% eine langfristige Laufzeit.

Tabelle 5: Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv.¹⁾ nach Gemeindegrößenklassen

Gebietskörperschaft Gemeindegrößenklasse von ... bis unter ... Einwohner	Körperschaften		Kreditmarktschulden			Kreditmarktschulden je Einwohner	
	2006	2007	2006	2007	Veränderung 2007 gegenüber 2006	2006	2007
	Anzahl		Mill. EUR		%	EUR	
Kreisfreie Städte	112	112	27 294	26 118	-4,3	1 335	1 276
20 000 – 50 000	17	17	920	861	-6,4	1 268	1 195
50 000 – 100 000	30	29	2 341	2 200	-6,0	1 119	1 108
100 000 – 200 000	32	33	4 735	4 898	3,4	1 049	1 061
200 000 – 500 000	23	23	8 119	7 711	-5,0	1 279	1 216
500 000 und mehr	10	10	11 180	10 447	-6,6	1 654	1 535
Kreisangehörige Gemeinden	12 204	12 188	37 776	36 703	-2,8	673	656
unter 1 000	4 854	4 869	1 127	1 066	-5,4	476	450
1 000 – 3 000	3 315	3 297	3 376	3 252	-3,7	571	552
3 000 – 5 000	1 268	1 264	2 950	2 828	-4,1	603	580
5 000 – 10 000	1 311	1 303	5 590	5 499	-1,6	607	598
10 000 – 20 000	872	871	6 977	6 718	-3,7	577	559
20 000 – 50 000	495	495	10 194	10 103	-0,9	697	692
50 000 – 100 000	77	78	5 383	5 172	-3,9	1 044	985
100 000 und mehr	12	11	2 178	2 065	-5,2	1 167	1 170
Ämter, Samtgemeinden, Verbandsgemeinden	745	739	1 382	1 358	-1,7	170	168
Landkreise	323	323	14 061	13 813	-1,8	251	247
Bezirksverbände	16	16	1 363	1 246	-8,6	26	24
Gemeinden/Gv. insgesamt ...	13 400	13 378	81 877	79 239	-3,2	1 069	1 037

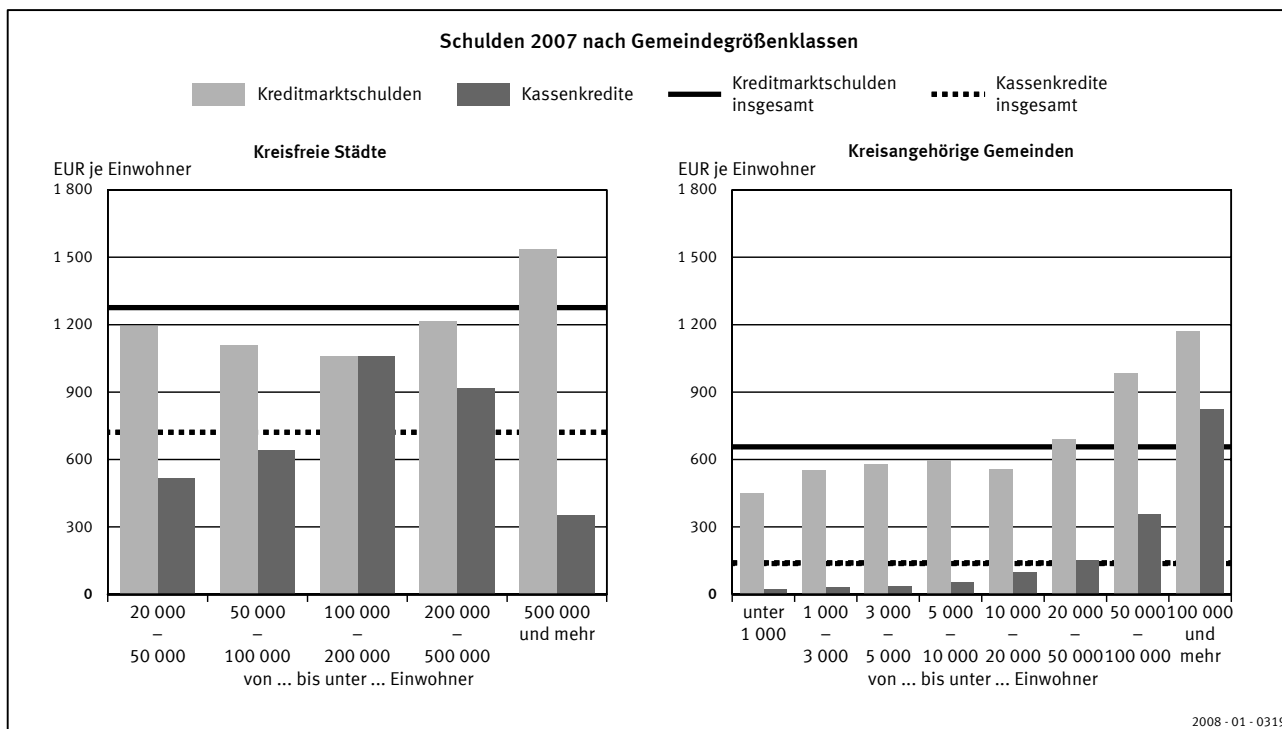
Schulden nach Gemeindegrößenklassen

Die Schulden der Gemeinden/Gv. betragen rechnerisch durchschnittlich 1 037 Euro je Einwohner. Würde man die Kassenkredite hinzunehmen, so käme ein Betrag von durchschnittlich 376 Euro je Einwohner hinzu. Die Haushalte der kreisfreien Städte weisen die höchsten Schuldenstände je Einwohner auf; im Jahr 2007 ergaben sich je Einwohner rechnerisch durchschnittlich 1 276 Euro kommunale Schulden. Bei den kreisangehörigen Gemeinden

waren es im Durchschnitt 656 Euro je Einwohner. Ein Grund für die höhere Verschuldung der kreisfreien Städte ist, dass diese auch kommunale Aufgaben wahrnehmen, die bei den kreisangehörigen Gemeinden von den Landkreisen bzw. in einigen Bundesländern von Ämtern, Samtgemeinden oder Verbandsgemeinden wahrgenommen werden; letztere hatten 2007 Schulden von 247 bzw. 168 Euro je Einwohner.

Nach Gemeindegrößenklassen betrachtet zeigt sich, dass größere kreisangehörige Gemeinden in der Regel eine

Schaubild 3



höhere Pro-Kopf-Verschuldung aufweisen als kleinere (Ausnahme: Größenklasse 10000 bis unter 20000 Einwohner). Bei Einbeziehung der Kassenkredite steigt die Pro-Kopf-Verschuldung ohne Ausnahme kontinuierlich mit der Einwohnerzahl der kreisangehörigen Gemeinden an.

Bei den kreisfreien Städten sinken die Kreditmarktschulden je Einwohner zunächst mit steigender Einwohnerzahl, der niedrigste Wert wird für die Größenklasse der kreisfreien Städte mit 100000 bis unter 200000 Einwohnern nachgewiesen (1061 Euro). Danach steigt der Wert dann wieder an. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung wiesen mit 1535 Euro die kreisfreien Städte mit mehr als 500000 Einwohnern auf. Diese Städte erfüllen aufgrund ihrer zentralen Stellung auch überörtliche Funktionen. Jede Kommune dieser Größenklasse hatte 2007 rechnerisch durchschnittlich 1,0 Mrd. Euro an Kreditmarktschulden und 240 Mill. Euro an Kassenkrediten zu verzeichnen. Bezieht man die Kassenkredite mit ein, so wiesen die kreisfreien Städte mit 200000 bis unter 500000 Einwohnern die höchsten Werte für die Pro-Kopf-Verschuldung auf: 2133 Euro insgesamt, davon 1216 Euro Kreditmarktschulden und 917 Euro Kassenkredite je Einwohner. Nahezu gleich hoch war die durchschnittliche Pro-Kopf-Verschuldung bei Städten mit 100000 bis 200000 Einwohnern: Diese Einheiten haben zwar mit 1061 Euro die geringsten Kreditmarktschulden je Einwohner, aber mit 1061 Euro auch die höchsten Kassenkredite je Einwohner, sodass die Gesamtverschuldung je Einwohner 2123 Euro beträgt.

Kassenkredite

Die Verschuldungssituation wird durch die nachgewiesenen Kreditmarktschulden nur unzureichend dargestellt. Zunehmend wichtiger und problematischer werden die sogenann-

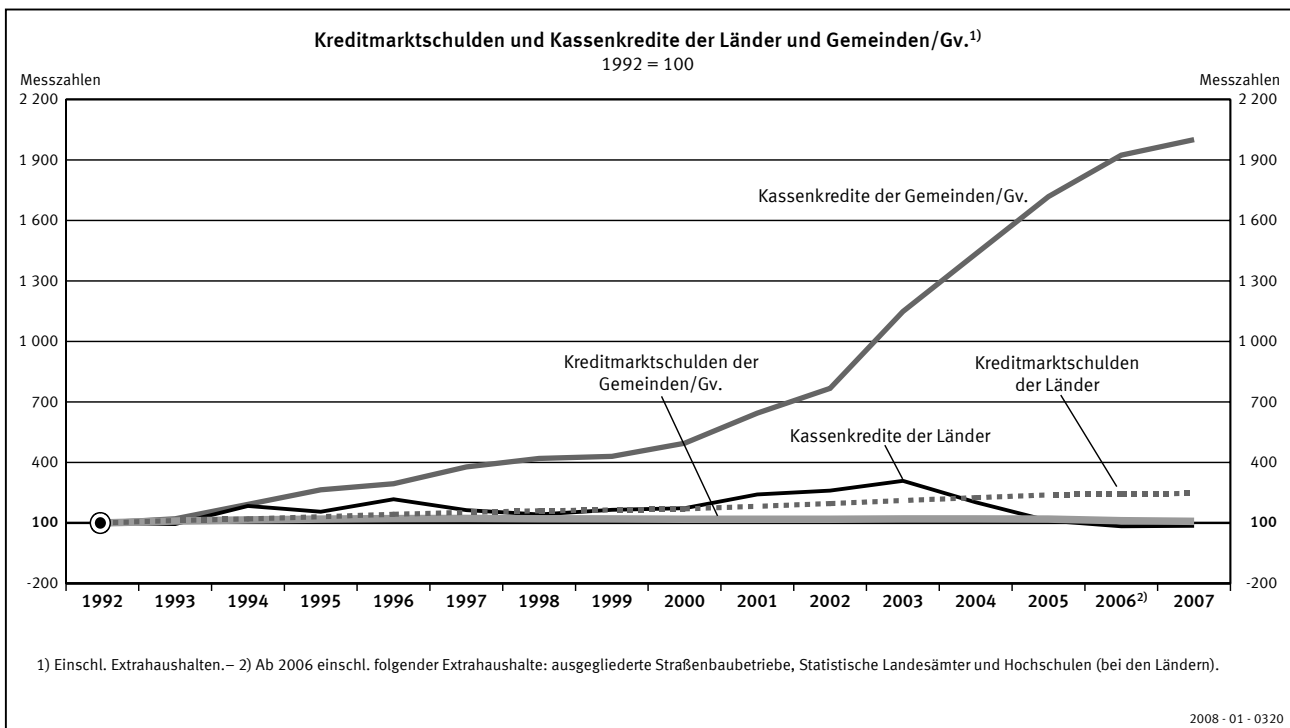
ten Kassenkredite. Diese werden insbesondere bei den Kommunen immer häufiger zur Finanzierung laufender Ausgaben eingesetzt.

Am 31. Dezember 2007 standen bei Bund, Ländern, Gemeinden/Gv. und Zweckverbänden neben den Kreditmarktschulden zur Finanzierung ihrer Haushalte zusätzlich 50,9 Mrd. Euro an Kassenkrediten zu Buche. Dies waren 5,3% mehr als im Vorjahr. 1992 betrug die Kassenkredite der öffentlichen Haushalte 6,5 Mrd. Euro; seitdem haben sich diese um das Achtfache erhöht. Die Kreditmarktschulden sind dagegen in diesem Zeitraum nur um rund das Zweifache angestiegen. Der Stand der Kassenkredite betrug beim Bund 19,6 Mrd. Euro (+7,7% gegenüber 2006) und bei den Ländern 2,4 Mrd. Euro (+2,9%).

Kassenkredite werden besonders häufig von den Gemeinden/Gv. genutzt. 56,7% bzw. 28,8 Mrd. Euro aller Kassenkredite entfielen auf sie. Gegenüber dem Vorjahr war dies ein Anstieg um 4%. Die Relation der Kassenkredite zu den Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv. betrug damit 35,2%. Seit 1992 sind die von den Gemeinden/Gv. aufgenommenen Kassenkredite um das 20-Fache angestiegen, während die von ihnen aufgenommenen Kreditmarktschulden nur um 7,7% anstiegen. 1992 ergab das Verhältnis der Kassenkredite zu den Kreditmarktschulden der Gemeinden/Gv. 1:53, 2007 lag die entsprechende Relation – wie oben dargestellt – bei rund 1:3. In den Kommunen von Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz beliefen sich die aufgenommenen Kassenkredite im Jahr 2007 auf mehr als die Hälfte der entsprechenden Kreditmarktschulden, im Saarland überwogen die Kassenkredite sogar die Kreditmarktschulden.

Für die übrigen Gebietseinheiten spielen Kassenkredite keine große Rolle. Das Verhältnis der Kassenkredite zu den

Schaubild 4



Kreditmarktschulden betrug 2007 beim Bund 1:48 und bei den Ländern rund 1:200.

Schulden je Einwohner

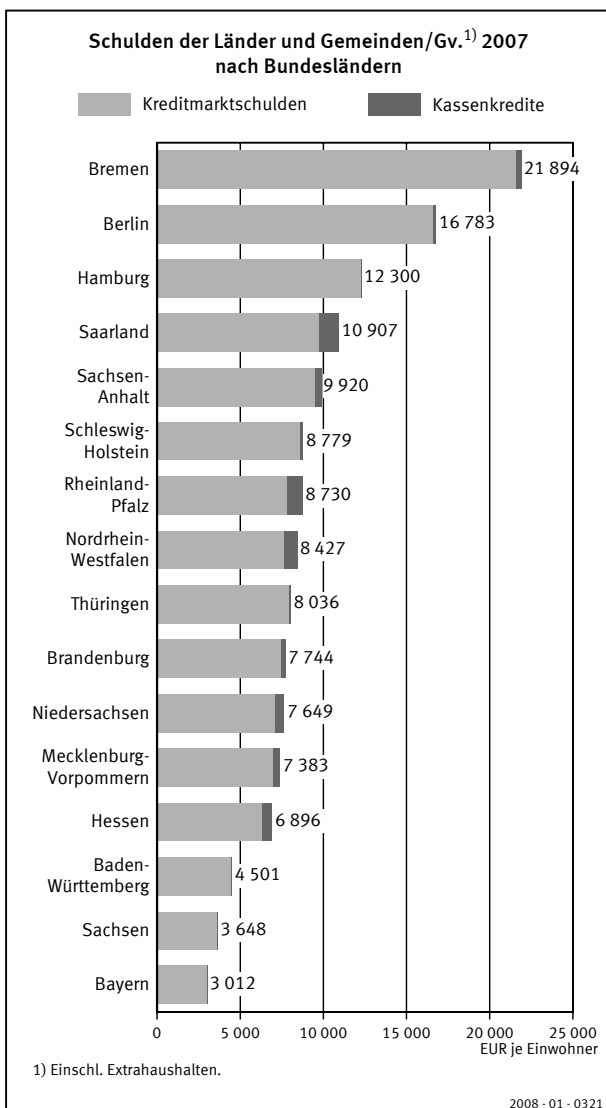
Die Messzahl Schulden je Einwohner ermöglicht einen regionalen Vergleich der öffentlichen Schuldenlast. Um die Schuldenbelastung der Gebietskörperschaften möglichst vollständig aufzuzeigen, werden neben den Kreditmarktschulden auch die Kassenkredite in die Darstellung miteinbezogen. Die Schuldendaten von Ländern und Gemeinden/Gv. wurden dabei zusammengefasst, um die zwischen den Ländern bestehende unterschiedliche Aufgabenverteilung zwischen diesen Haushaltsebenen zu neutralisieren. Die Schulden des Bundes in Höhe von 11 637 Euro je Einwohner bleiben beim Vergleich unberücksichtigt, da diese sich regional nicht unmittelbar zuordnen lassen.

Zum Jahresende 2007 ergab sich aus den Kreditmarktschulden und Kassenkrediten der Länder und Kommunen insgesamt rechnerisch je Einwohner ein Betrag von 7 243 Euro,

19 Euro mehr als zum Ende 2006. Von diesem Gesamtbeitrag entfielen 5 898 Euro auf die Schulden der Landeshaushalte und 1 447 Euro auf die Schulden der kommunalen Haushalte.

Von den Bundesländern wiesen Bayern mit 3 012 Euro und Sachsen mit 3 648 Euro rechnerisch die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung auf. Die höchste Pro-Kopf-Verschuldung der Flächenländer wurde für das Saarland mit 10 907 Euro und für Sachsen-Anhalt mit 9 920 Euro ermittelt. Deutlich höher war die Pro-Kopf-Verschuldung in den Stadtstaaten. Je Einwohner aller Stadtstaaten zusammen errechneten sich 16 010 Euro Schulden. Der Pro-Kopf-Wert für Hamburg lag bei 12 300 Euro, für Berlin bei 16 783 Euro und für Bremen bei 21 894 Euro. Die größten Zunahmen gegenüber dem Vorjahr gab es in Bremen (+ 1 581 Euro) und im Saarland (+ 539 Euro). [u](#)

Schaubild 5



Dipl.-Verwaltungswirt (FH) Karsten Sandhop

Preise im Mai 2008

Im Mai 2008 lagen die Preise auf allen im Rahmen dieses Beitrags betrachteten Wirtschaftsstufen deutlich höher als im Vorjahresmonat Mai 2007. Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhte sich im Mai 2008 um 6,0% gegenüber Mai 2007 (April 2008 gegenüber April 2007: +5,2%). Der Index der Großhandelsverkaufspreise lag um 8,1% höher als ein Jahr zuvor (April 2008: +6,9%). Der Index der Einzelhandelspreise nahm um 3,1% zu (April 2008: +2,7%), der Verbraucherpreisindex erhöhte sich um 3,0% gegenüber dem Stand vom Mai 2007 (April 2008: +2,4%).

Auch im Vergleich zum Vormonat April 2008 stiegen die Preise auf allen betrachteten Wirtschaftsstufen. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte erhöhten sich im Mai 2008 gegenüber dem Vormonat um 1,0% (April 2008 gegenüber März 2008: +1,1%). Die Großhandelsverkaufspreise stiegen gegenüber April 2008 um 1,4% (April 2008: +0,6%). Die Einzelhandelspreise lagen im Vormonatsvergleich um 0,3% höher (April 2008: +0,4%). Der Verbraucherpreisindex stieg im Mai 2008 binnen Monatsfrist um 0,6%, im April 2008 waren die Verbraucherpreise gegenüber dem Vormonat um 0,2% zurückgegangen.

Die Entwicklung der Preise für Mineralölerzeugnisse erhöhte – wie in den vorangegangenen Monaten – auch im Mai 2008 auf allen betrachteten Wirtschaftsstufen die jeweilige Jahresteuersatzrate. Im Mai 2008 waren Mineralölerzeugnisse auf der Erzeugerstufe um 25,9% teurer als im Mai 2007, im Großhandel lagen die Preise für feste Brennstoffe und Mineralölerzeugnisse um 20,7% höher. Auf der Verbraucherstufe zogen die Preise für Heizöl und Kraftstoffe binnen Jahresfrist um 21,1% an.

Veränderungen
Mai 2008
gegenüber
April
2008 Mai
2007
%

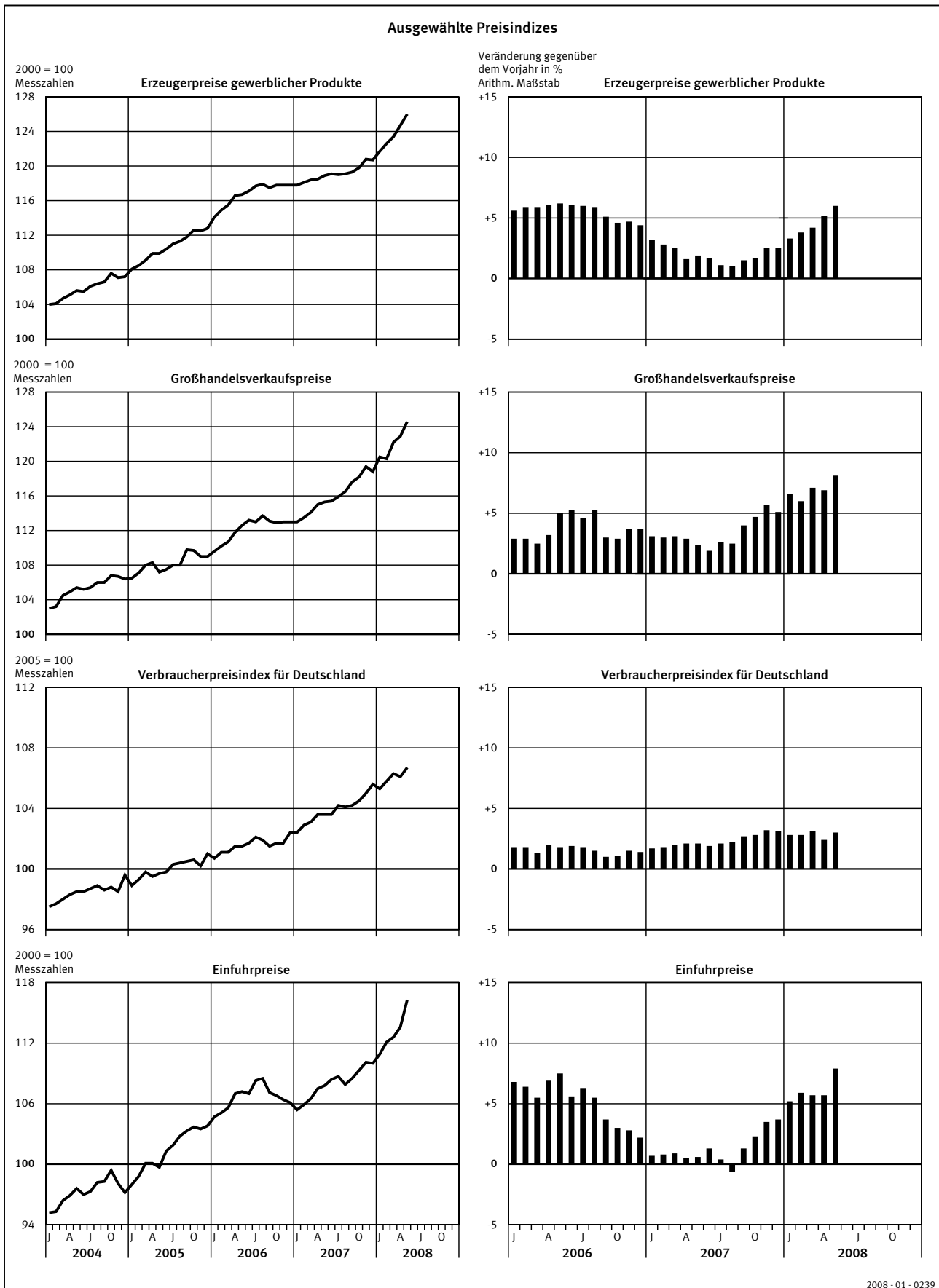
Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
insgesamt	+ 1,0	+ 6,0
ohne Mineralölerzeugnisse	+ 0,5	+ 4,7
Mineralölerzeugnisse	+ 7,9	+ 25,9
Index der Großhandelsverkaufspreise		
insgesamt	+ 1,4	+ 8,1
Index der Einzelhandelspreise	+ 0,3	+ 3,1
Verbraucherpreisindex		
insgesamt	+ 0,6	+ 3,0
ohne Heizöl und Kraftstoffe	+ 0,3	+ 2,1
Heizöl und Kraftstoffe	+ 6,8	+ 21,1
ohne Saisonwaren	+ 0,4	+ 2,4
Saisonwaren	+ 5,6	+ 18,2

Der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte lag im Mai 2008 um 6,0% höher als ein Jahr zuvor. Im April und im März 2008 hatte die Jahresteuersatzrate +5,2 bzw. +4,2% betragen.

Im Bereich Energie verteuerten sich Mineralölerzeugnisse mit +25,9% besonders stark. Bei einzelnen Mineralölprodukten ergaben sich folgende Preisänderungen gegenüber Mai 2007: leichtes Heizöl +64,6%, schweres Heizöl +57,3%, Dieselmotorenbenzin +30,5%, Motorenbenzin +7,9%. Für Strom musste 11,5% mehr bezahlt werden als vor einem Jahr, die Erdgaspreise lagen um 11,8% höher als im Mai 2007. Ohne Berücksichtigung der Energie lag die Jahresteuersatzrate im Mai 2008 mit +2,9% deutlich niedriger.

Für Vorleistungsgüter betrug die Jahresteuersatzrate im Mai 2008 +3,2%. In diesem Bereich stiegen die Preise für Dünge-

Schaubild 1



Ausgewählte Preisindizes

Jahr Monat	Erzeuger- preise gewerblicher Produkte ¹⁾	Großhandels- verkaufs- preise ¹⁾	Einzel- handels- preise ²⁾	Verbraucher- preis- index
2003 D	104,1	102,3	102,0	96,9
2004 D	105,8	105,3	102,3	98,5
2005 D	110,7	108,2	103,0	100,0
2006 D	116,8	112,2	104,0	101,6
2007 D	119,1	116,1	106,0	103,9
2007 April ...	118,5	115,0	105,9	103,6
Mai	118,9	115,3	105,8	103,6
Juni	119,1	115,4	105,8	103,6
Juli	119,0	115,9	105,6	104,2
Aug. ...	119,1	116,5	105,6	104,1
Sept. ...	119,3	117,6	106,2	104,2
Okt. ...	119,8	118,2	106,7	104,5
Nov. ...	120,8	119,4	107,3	105,0
Dez. ...	120,7	118,8	107,3	105,6
2008 Jan. ...	121,7	120,5	107,5	105,3
Febr. ...	122,6	120,3	107,9	105,8
März ...	123,4	122,2	108,4	106,3
April ...	124,7	122,9	108,8	106,1
Mai	126,0	124,6	109,1	106,7
Veränderungen gegenüber dem jeweiligen Vormonat in %				
2007 April ...	+ 0,1	+ 0,8	+ 0,4	+ 0,5
Mai	+ 0,3	+ 0,3	- 0,1	-
Juni	+ 0,2	+ 0,1	-	-
Juli	- 0,1	+ 0,4	- 0,2	+ 0,6
Aug. ...	+ 0,1	+ 0,5	-	- 0,1
Sept. ...	+ 0,2	+ 0,9	+ 0,6	+ 0,1
Okt. ...	+ 0,4	+ 0,5	+ 0,5	+ 0,3
Nov. ...	+ 0,8	+ 1,0	+ 0,6	+ 0,5
Dez. ...	- 0,1	- 0,5	-	+ 0,6
2008 Jan. ...	+ 0,8	+ 1,4	+ 0,2	- 0,3
Febr. ...	+ 0,7	- 0,2	+ 0,4	+ 0,5
März ...	+ 0,7	+ 1,6	+ 0,5	+ 0,5
April ...	+ 1,1	+ 0,6	+ 0,4	- 0,2
Mai	+ 1,0	+ 1,4	+ 0,3	+ 0,6
Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum in %				
2003 D	+ 1,7	+ 0,5	+ 0,2	+ 1,0
2004 D	+ 1,6	+ 2,9	+ 0,3	+ 1,7
2005 D	+ 4,6	+ 2,8	+ 0,7	+ 1,5
2006 D	+ 5,5	+ 3,7	+ 1,0	+ 1,6
2007 D	+ 2,0	+ 3,5	+ 1,9	+ 2,3
2007 April ...	+ 1,6	+ 2,9	+ 1,7	+ 2,1
Mai	+ 1,9	+ 2,4	+ 1,5	+ 2,1
Juni	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,5	+ 1,9
Juli	+ 1,1	+ 2,6	+ 1,6	+ 2,1
Aug. ...	+ 1,0	+ 2,5	+ 1,7	+ 2,2
Sept. ...	+ 1,5	+ 4,0	+ 2,0	+ 2,7
Okt. ...	+ 1,7	+ 4,7	+ 2,3	+ 3,0
Nov. ...	+ 2,5	+ 5,7	+ 2,8	+ 3,2
Dez. ...	+ 2,5	+ 5,1	+ 2,7	+ 3,1
2008 Jan. ...	+ 3,3	+ 6,6	+ 2,4	+ 2,8
Febr. ...	+ 3,8	+ 6,0	+ 2,5	+ 2,8
März ...	+ 4,2	+ 7,1	+ 2,7	+ 3,1
April ...	+ 5,2	+ 6,9	+ 2,7	+ 2,4
Mai	+ 6,0	+ 8,1	+ 3,1	+ 3,0

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschl. Umsatzsteuer; einschl. Kraftfahrzeughandel und Tankstellen.

mittel und Stickstoffverbindungen (+70,1%) am stärksten an. Futtermittel für Nutztiere waren um 42,2% teurer als ein Jahr zuvor, metallische Sekundärrohstoffe verteuerten sich gegenüber Mai 2007 um 30,4%. Auch die Preise für Mahl- und Schälmlenerzeugnisse, wozu vor allem Mehl, Reis und bearbeitete Getreidekörner gehören, lagen weit über dem Vorjahresniveau (+27,0%). Walzstahl (+8,7%) und chemische Grundstoffe (+8,3%) waren ebenfalls deutlich teurer als ein Jahr zuvor. Elektronische Bauelemente waren dagegen deutlich günstiger als im Mai 2007 (-10,8%).

Die Jahresteuersatzrate für Konsumgüter betrug im Mai 2008 +4,0% (April 2008: +4,2%). Während die Teuerungsrates für Gebrauchsgüter mit +1,9% vergleichsweise niedrig war, verteuerten sich Verbrauchsgüter innerhalb eines Jahres deutlich stärker (+4,3%). Im Bereich der Verbrauchsgüter lagen die Preise für pflanzliche und tierische Öle und Fette um 45,8% höher als im März 2007. Für Milch und Milcherzeugnisse mussten 15,8% mehr bezahlt werden als ein Jahr zuvor, Fleisch verteuerte sich um 8,6%.

Die Jahresteuersatzrate für Investitionsgüter betrug im Mai 2008 +1,1%. In diesem Bereich wurden bei Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen starke Preisrückgänge gegenüber Mai 2007 beobachtet (-28,0%).

Gegenüber April 2008 stieg der Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte um 1,0%. Die Preise für leichtes Heizöl zogen binnen Monatsfrist stark an (+14,5% nach +3,9% im April und +5,4% im März 2008), Dieselmotortreibstoff verteuerte sich gegenüber April 2008 um 8,7%. Dagegen gingen die Preise für Milch und Milcherzeugnisse weiter zurück: Sie lagen im Mai 2008 um 3,3% unter dem Niveau des Vormonats (nach -1,0% im April 2008).

Der Index der Großhandelsverkaufspreise erhöhte sich im Mai 2008 gegenüber Mai 2007 um 8,1%. Dies war die höchste Jahresteuersatzrate seit Februar 1982 (+8,5%). In den Vormonaten April und März 2008 hatte die Jahresteuersatzrate bei +6,9 bzw. +7,1% gelegen.

Verglichen mit dem Vorjahresmonat Mai 2007 kam es im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln zu besonders großen Preissteigerungen (+33,3%). Feste Brennstoffe und Mineralölprodukte wurden auf Großhandelsebene um 20,7% teurer verkauft als vor Jahresfrist. Für Milch, Milcherzeugnisse, Eier, Speiseöl und Nahrungsfette musste ebenfalls erheblich mehr bezahlt werden als ein Jahr zuvor (+16,4%). Die Preise für Erze, Eisen, Stahl, Nichteisenmetalle und deren Halbzeug lagen um 9,1% höher. Büromaschinen und -einrichtungen waren dagegen um 11,5% günstiger als im Mai 2007.

Gegenüber April 2008 stieg der Großhandelspreisindex um 1,4%. Die Preise für feste Brennstoffe und Mineralölprodukte erhöhten sich auf Großhandelsebene binnen Monatsfrist deutlich (+5,3%). Erze, Eisen, Stahl, Nichteisenmetalle und deren Halbzeug verteuerten sich um 3,6%. Im Großhandel mit Getreide, Saaten und Futtermitteln gingen die Preise dagegen saisonbedingt um 7,5% zurück. Der Preis-

	Veränderungen Mai 2008 gegenüber	
	April 2008	Mai 2007
	%	
Großhandel mit		
Landwirtschaftlichen Grundstoffen und lebenden Tieren	- 5,4	+ 21,7
Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren	+ 0,5	+ 7,6
Gebrauchs- und Verbrauchsgütern	+ 0,3	+ 0,8
Rohstoffen, Halbwaren, Altmaterial und Reststoffen	+ 4,1	+ 13,0
Maschinen, Ausrüstungen und Zubehör	- 0,4	- 2,6
Sonstiger Großhandel	- 0,4	+ 8,5

rückgang im Großhandel mit Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten setzte sich fort: Hier lagen die Preise im Mai 2008 um 4,1 % niedriger, nachdem sie bereits seit Januar 2008 gegenüber dem jeweiligen Vormonat rückläufig gewesen waren.

Für die gewerblichen Erzeugerpreise sowie für die Großhandelsverkaufspreise ergaben sich unter anderem folgende Veränderungen gegenüber dem Vormonat bzw. dem entsprechenden Vorjahresmonat:

	Veränderungen Mai 2008 gegenüber	
	April 2008	Mai 2007
	%	
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte		
Düngemittel und Stickstoffverbindungen	+ 6,2	+ 70,1
Leichtes Heizöl	+ 14,5	+ 64,6
Schweres Heizöl	+ 7,3	+ 57,3
Pflanzliche und tierische Fette und Öle	+ 1,8	+ 45,8
Futtermittel für Nutztiere	- 0,6	+ 42,2
Dieselmotoren	+ 8,7	+ 30,5
Metallische Sekundärrohstoffe	+ 14,1	+ 30,4
Mahl- und Schälmlenerzeugnisse	+ 0,5	+ 27,0
Milch und Milcherzeugnisse	- 3,3	+ 15,8
Erdgas	+ 1,1	+ 11,8
Strom	+ 1,6	+ 11,5
Walzstahl	+ 4,0	+ 8,7
Chemische Grundstoffe	+ 0,7	+ 8,3
Motorenbenzin	+ 4,6	+ 7,9
Fleisch (ohne Geflügel)	+ 4,2	+ 8,6
Elektronische Bauelemente	- 0,9	- 10,8
Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen ..	- 2,3	- 28,0
Großhandelsverkaufspreise		
Großhandel mit:		
Getreide, Saaten und Futtermitteln	- 7,5	+ 33,3
Festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen	+ 5,3	+ 20,7
Milch, Milcherzeugnissen, Eiern, Speiseölen und Nahrungsfetten	- 4,1	+ 16,4
Erzen, Eisen, Stahl, Nichteisenmetallen und Halbzeug	+ 3,6	+ 9,1
Büromaschinen und -einrichtungen	- 1,2	- 11,5

Der *Index der Einzelhandelspreise* lag im Mai 2008 um 3,1 % höher als im gleichen Vorjahresmonat. Im April und im März 2008 hatte die Jahresveränderungsrate jeweils + 2,7 % betragen. Gegenüber April 2008 stieg der Einzelhandelspreisindex um 0,3 %.

Der *Verbraucherpreisindex für Deutschland* erhöhte sich von Mai 2007 bis Mai 2008 um 3,0 %. In den Vormonaten April und März 2008 hatte die Jahresteuerrate + 2,4 bzw. + 3,1 % betragen.

Die hohe Teuerungsrate im Mai 2008 ist zu einem erheblichen Teil auf die Preisentwicklungen im Bereich Energie zurückzuführen. Ohne Energie hätte die Teuerungsrate im Mai 2008 bei + 1,9 % gelegen.

Für die Haushaltsenergie insgesamt mussten die Verbraucher im Mai 2008 um 13,2 % höhere Preise bezahlen als vor Jahresfrist. Die Jahresteuerrate für leichtes Heizöl lag mit + 57,4 % so hoch wie seit Oktober 2000 (+ 63,1 %) nicht

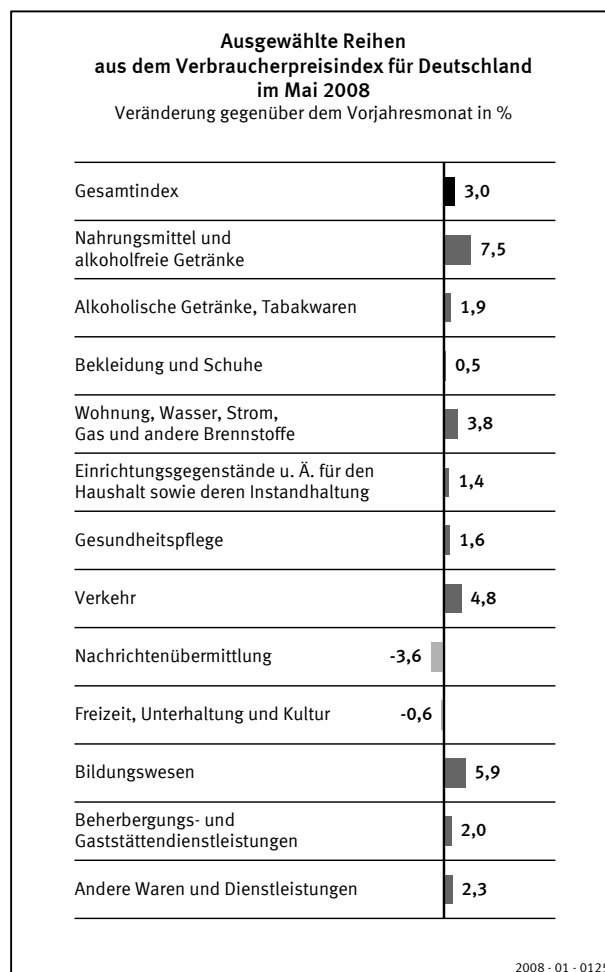
mehr. Für Strom mussten 7,4 % mehr bezahlt werden, Gas war um 4,7 % teurer als im Mai 2007.

Kraftstoffe waren im Mai 2008 um 12,3 % teurer als ein Jahr zuvor. Dieselmotoren (+ 26,4 %) verteuerte sich binnen Jahresfrist wesentlich stärker als Superbenzin (+ 7,9 %) und Normalbenzin (+ 9,4 %).

Preisanstiege im Bereich der Nahrungsmittel und alkoholfreien Getränke trugen ebenfalls zur hohen Jahresteuerrate im Mai 2008 bei. Die Preise für Nahrungsmittel insgesamt lagen gegenüber Mai 2007 um 7,9 % höher, alkoholfreie Getränke kosteten 5,1 % mehr. Molkereiprodukte und Eier (+ 18,9 %) sowie Speisefette und -öle (+ 14,2 %) verteuerten sich binnen Jahresfrist besonders stark. Für Brot und Getreideerzeugnisse mussten die Verbraucher 8,8 % mehr bezahlen, die Preise für Obst lagen um 8,7 % höher als im Mai 2007. Fisch und Fischwaren verteuerten sich dagegen unterdurchschnittlich (+ 1,7 %). Bei alkoholfreien Getränken erhöhten sich vor allem die Preise für Säfte (+ 14,8 %).

Die Preisentwicklung für Informationsverarbeitungsgeräte (- 15,7 %) sowie für Foto- und Filmausrüstungen (- 11,7 %) blieb dagegen verbraucherfreundlich. Auch im Bereich der Nachrichtenübermittlung lagen die Preise niedriger als ein Jahr zuvor (- 3,6 %).

Schaubild 2



Gegenüber dem Vormonat April 2008 stieg der Verbraucherpreisindex im Mai 2008 um 0,6 %. Erhebliche Verteuerungen beim leichten Heizöl (+ 12,1 %) und bei den Kraftstoffen (+ 5,1 %) trugen wesentlich zu dem Anstieg des Gesamtindex bei. Die Preise für Pauschalreisen (+ 6,9 %) und Beherbergungsdienstleistungen (+ 3,5 %) erhöhten sich im Vergleich zum April 2008 saisonbedingt.

Die Nahrungsmittelpreise blieben gegenüber dem Vormonat stabil ($\pm 0,0$ %). Hier wurden gegensätzliche Preisbewegungen beobachtet: Molkereiprodukte und Eier verbilligten sich deutlich (- 3,9 %) – die Preise für H-Milch sanken um 9,9 %, Speisequark und frische Vollmilch verbilligten sich jeweils um 9,5 %. Der seit Dezember 2007 zu verzeichnende Preisrückgang bei Butter setzte sich auch im Mai 2008 fort (- 4,6 %) – damit war Butter auf der Verbraucherebene um 25,4 % günstiger als im November 2007. Gemüse war dagegen um 5,2 % teurer als einen Monat zuvor.

Verbraucherpreisindex für Deutschland
auf Basis 2005 = 100

	Veränderungen Mai 2008 gegenüber	
	April 2008	Mai 2007
	%	
Gesamtindex	+ 0,6	+ 3,0
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	-	+ 7,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	+ 0,2	+ 1,9
Bekleidung und Schuhe	- 1,0	+ 0,5
Wohnung, Wasser, Strom, Gas usw.	+ 0,6	+ 3,8
Einrichtungsgegenstände, Apparate, Geräte und Ausrüstungen für den Haushalt u. Ä.	- 0,1	+ 1,4
Gesundheitspflege	+ 0,1	+ 1,6
Verkehr	+ 1,6	+ 4,8
Nachrichtenübermittlung	- 0,4	- 3,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	+ 1,4	- 0,6
Bildungswesen	+ 0,1	+ 5,9
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	+ 1,1	+ 2,0
Andere Waren und Dienstleistungen	+ 0,2	+ 2,3

Der für europäische Zwecke berechnete *Harmonisierte Verbraucherpreisindex (HVPI) für Deutschland* erhöhte sich im Mai 2008 gegenüber Mai 2007 um 3,1 %. Im Vergleich zum Vormonat stieg der Index um 0,7 %. Im Vormonat April 2008 hatte die Jahresveränderungsrate des Harmonisierten Verbraucherpreisindex + 2,6 % betragen. In der Eurozone betrug die Inflationsrate im Mai 2008 + 3,7 %. [U](#)

Die Grenzen des Erfindungsgeistes im Transportwesen

Von Dr. Engel

„Eine Schrift ist nicht Das werth, was sie lehrt, sondern Das, was sie anregt.“

Der folgende Beitrag unserer Reihe „Historische Beiträge“ ist im Mai 1864 erstmals in der Zeitschrift des Königlich Preussischen Statistischen Bureaus erschienen.

Vor 144 Jahren befasste sich der damalige Direktor des preussischen Statistischen Bureaus, Dr. Ernst Engel, mit den Möglichkeiten und Grenzen des Transportwesens. Zog er bezüglich des Lufttransports – aus damaliger Sicht nur allzu verständlich – noch die falschen Schlüsse („Die Möglichkeit einer wirtschaftlichen Bedeutung des Lufttransports muss nach dem jetzigen Standpunkte des menschlichen Wissens in Zweifel gezogen werden.“), so sind auch mit heutigem Wissensstand seine Überlegungen zum Transport von Gedanken, Briefen und Depeschen bemerkenswert. Auch die Wechselwirkungen zwischen Verkehr und Verkehrsinstrumenten bestehen heute noch weitgehend so, wie sie von Dr. Engel beschrieben wurden. Allerdings sind die Grenzen des Erfindungsgeistes im Transportwesen, die Dr. Engel mit dem Wissen seiner Zeit genau definierte, inzwischen längst überschritten worden; neue Grenzen zu setzen, ist nach diesen Erfahrungen und mit dem heutigen Wissensstand kaum sinnvoll.

Unter Transport versteht der herrschend gewordene Sprachgebrauch die Einrichtungen zur Bewegung von Personen und Gegenständen von einem Ort zum andern. In der Sprache der Mechanik drückt das Wort Massenbewegung, in der Sprache der Volkswirtschaft das Wort Verkehr, resp. Personen- und Güterverkehr, beinahe dasselbe aus. Welches von diesen Wörtern im Folgenden auch gebraucht werde, sie werden immer synonym verwendet.

Jede Massenbewegung setzt voraus:

- 1) einen Weg, auf welchem, und ein Medium (Luft, Wasser u. s. w.), in welchem die Bewegung vor sich geht;
- 2) einen Gegenstand, der bewegt wird, resp. ein Fahrzeug, in welchem sich der zu bewegende Gegenstand befindet, und
- 3) eine Kraft, welche bewegt, d. h. die Widerstände überwindet, die Schwerkraft, Reibung, Trägheit etc. der Bewegung entgegenstellen.

Allbekanntlich ist die Wirkung, welche die Kraft bei Ueberwindung der Widerstände hervorbringt, Das, was in der Mechanik die Leistung oder die Arbeit genannt wird; diese hängt zugleich von dem Wege ab, auf welchem die Kraft thätig ist. Mit andern Worten: die Leistung steht in einem geraden Verhältnisse zur Kraft und zum Wege. Sie ist um so grösser, je grösser die bewegende Kraft und je besser der Weg, d. h. je geringer die Widerstände sind, welche die bewegende Kraft zu überwinden hat.

Auf diesem einfachen physikalischen Gesetze beruht das ganze Transportwesen in allen seinen Phasen, und zwar nicht bloß das der Gegenwart, sondern auch das der Vergangenheit und Zukunft. Es findet ebensowohl Anwendung auf den Transport von Personen und Gegenständen, als auch auf den Transport von Gedanken, Briefen und Depeschen. Es behauptet seine Gültigkeit für die Wege zu Lande, zu Wasser und in der Luft und für alle Kräfte, welche Bewegung hervorbringen. Weil Dem so ist, so lässt sich die Geschichte – ja wir möchten fast sagen, die Philosophie – des Transportwesens symbolisch in wenig Zügen darstellen.

Auf dem unmittelbar (auf S. 512 – Anmerkung der Redaktion) folgenden Tableau ist das geschehen. In der vordersten Spalte desselben finden sich sämtliche Arten von Wegen genannt, deren sich der Verkehr bedient. Die Wege sind zwar nicht ihrer Natur, sondern ihrer Benutzung nach in 2 Hauptgruppen zu unterscheiden, nämlich in Wege für den Transport im Allgemeinen und in Wege lediglich für den Transport von Gedanken, Depeschen und Briefen. In der ersten und zweiten Gruppe sind zu unterscheiden: Land- resp. feste Wege, Wasserwege und Luftwege; in der ersten begründet ausserdem der Grad der Horizontalität noch eine wichtige Untertheilung. Feuerwege kennt der Verkehr bis jetzt noch nicht.

Die Landwege sind nach dem Grade ihrer technischen Vollkommenheit geordnet, gemäss dem Gesetze: je besser der Weg, desto geringer die Widerstände, welche die bewegende Kraft zu überwinden hat. Uebrigens ist das nicht der reine Ausdruck des Gesetzes; dasselbe lässt sich genauer mit folgenden Worten beschreiben: Der Widerstand, welchen ein fester horizontaler Landweg der Bewegung von Wagen entgegengesetzt, ist proportional der Last, umgekehrt proportional der Höhe der Räder und beinahe unabhängig von der Reifenbreite der Räder. Auf weichem oder zusammendrückbarem Boden nimmt dieser Widerstand ab, wenn die Reifenbreite eine grössere wird. Bis zu einer Geschwindigkeit von 3 Fuss per Secunde ist dieser Widerstand ziemlich unabhängig von der Geschwindigkeit und bei Wagen mit Federn eben so gross als bei Wagen ohne Federn. Bei grösserer Geschwindigkeit nimmt der Widerstand erheblich zu. – Unter übrigens gleichen Umständen ist also das Verhältniss der Zugkraft zur Last das Maass der Güte des Weges. Hiernach rangiren die Wege, soweit Versuche im Grossen darüber angestellt sind, wie folgt:

Ungebahnter Weg (trockner Thon- und Lehm Boden)	0,250
" " (Quarz- oder Kalkboden)	0,165
Sand- oder Kieswege	0,125
Frisch aufgeschüttete Chaussee	0,125
Gewöhnliche Chaussee im gewöhnlichen Zustande	0,080
Vorzüglich unterhaltene Chaussee	0,033
Gepflasterte Strassen (Wagen in Federn hängend):	
a. im Schritt gefahren	0,030
b. im scharfen Trab gefahren	= 0,070
Strasse mit viereckig behauenen Steinen, in vorzüglicher Unterhaltung (Wagen in Federn hängend):	
a. im Schritt gefahren	0,025
b. im scharfen Trab gefahren	= 0,060
Strasse von Eichenbohlen	0,022
Strasse mit platten Gleisen aus Gusseisen oder aus ganz festem Gestein	0,010
Eisenbahn mit hochstehenden Gleisen, im Zustand guter Unterhaltung	0,007
Eisenbahn mit hochstehenden Gleisen, im Zustand vorzüglichster Unterhaltung, befahren von Wagen, deren Axen stets gut geölt sind:	
a. bei einer Geschwindigkeit von 32 Kilom. per Stunde	0,005
b. bei einer Geschwindigkeit von 48 Kilom. per Stunde	= 0,010

Was die auf Wasserwegen zur Ueberwindung der Widerstände anzuwendende Kraft anlangt, so liegen nur über die Canäle neuere Untersuchungen vor, deren Resultat folgendes ist:

Canäle von kleinem Querschnitt, mit gewöhnlichen Booten befahren:	
a. bei geringer Geschwindigkeit	0,0017
b. " doppelter "	= 0,0066
c. " 4facher "	= 0,0305
Canäle von grossem Querschnitt, mit gewöhnlichen Booten befahren:	
a. bei geringer Geschwindigkeit	0,0010
b. " doppelter "	= 0,0040
c. " 4facher "	= 0,0160

Um die Verwendbarkeit dieser Zahlen an einem Beispiel zu zeigen, entnehmen wir ihnen Folgendes: Damit eine Last von 100 Ctr. (incl. Wagen) mit einer Geschwindigkeit von 3 Fuss per Secunde (= 3,25 Kilom. per Stunde) auf horizontalem ungebahnten trockenen Lehm- oder Thonboden fortbewegt, d. h. damit die Widerstände der Reibung etc. überwunden werden, ist eine Kraft von $\frac{1}{4}$ (= 0,250) der Last erforderlich. Dieselbe Last wird aber auf einer im besten Stande erhaltenen Eisenbahn von fünfzigmal geringerer Kraft zehnmal schneller fortbewegt; auf einem Canal von grossem Querschnitt sogar von einer 250mal geringeren Kraft, hier allerdings nur mit der Geschwindigkeit von 3 Fuss per Secunde oder 3,25 Kilom. per Stunde.

Wenn es sich blos um die Fortbewegung handelt und nicht zugleich um die Schnelligkeit derselben, so stehen die Wasserwege, zumal die ruhigen und horizontalen, den Landwegen voran; denn die Widerstände, welche das Wasser einer langsamen Bewegung entgegengesetzt, sind geringer als diejenigen, welche auf dem Festlande oder auf den festen Wegen zu überwinden sind. Das kommt wesentlich daher, dass vermöge des hydrostatischen Auftriebs oder der Kraft, mit welcher das Wasser eingetauchte Körper emportreibt, letztere einen Gewichtsverlust erleiden, mithin die zu bewegendende Last eine geringere ist und darum auch mit einer geringeren Kraft fortbewegt werden kann. Aehnliches findet auch bei der Bewegung in der Luft statt; die Bedingungen in beiden Fällen sind indess nur: dass das Gewicht des in die Flüssigkeit eingetauchten Körpers ein geringeres sei, als das Gewicht der durch die Eintauchung verdrängten Flüssigkeit, und dass die Vertikallinie, welche durch den Schwerpunkt des schwimmenden Körpers gezogen werden kann, mit derjenigen des verdrängten Mediums zusammenfalle. Gegenüber dem Wasser ist die erste Bedingung nicht schwer zu erfüllen, da eine Menge von Körpern, und glücklicherweise auch eine Menge solcher des grossen Verbrauchs, ein geringeres specifisches Gewicht als das Wasser haben. Gegenüber der Luft freilich hat die Erfüllung der genannten Bedingungen ungleich grössere Schwierigkeiten. Die Luft ist ca. 800 mal leichter als das Wasser, und der Mensch selbst ist schwerer als das Wasser; er muss sich also, so lange er sich nicht wie der Vogel durch seine Flügel auf die Luft stützen und fliegend fortbewegen kann, zur Bewegung in der Luft mit einem Gefäss umgeben, dessen Gewicht sammt Inhalt geringer ist, als das der dadurch verdrängten Luft. Das heisst beispielsweise mit andern Worten: Jedes Kilogramm, das in der Luft schwimmen soll, erfordert dazu ungefähr einen Cubikmeter = 32,3 pr.

Cubikfuss Leuchtgas, dessen specifisches Gewicht bekanntlich, je nach der Qualität der zu seiner Darstellung verwendeten Kohlen, zwischen 0,36 und 0,65 der atmosphärischen Luft schwankt. So viel Kilogramme, so viel Cubikmeter Gas.

Diese unwandelbaren Naturgesetze beeinträchtigen mehre andere unleugbar vortreffliche Eigenschaften der Wasser- und Luftwege. Die Luft ist über den ganzen Erdboden von wesentlich derselben Zusammensetzung; sie steht in einem ununterbrochenen Zusammenhang, sie ändert ihre Beschaffenheit in den Jahreszeiten nur wenig und gestattet die kürzesten Wege. Nicht ganz so, aber doch in manchen Beziehungen ähnlich vollkommen sind die oceanischen Wasserwege; minder vollkommen freilich sind die Wasserwege der Flüsse und Canäle, die in den Zonen des lebhaftesten Verkehrs im Winter zufrieren und im Sommer zuweilen fast gänzlich austrocknen. Trotzdem ist die Luft zur Zeit noch keine Verkehrsstrasse, die Meere und Seen sind solche, weil sie überhaupt nicht durch Landstrassen ersetzt werden können; den Wasserwegen der Flüsse und Ströme aber machen einzelne Landwege das Terrain jetzt deshalb streitig, weil es gelungen ist, letztere in Bezug auf ihre Benutzbarkeit constanter herzustellen.

Im Kopf des Tableaus sind die Kräfte verzeichnet, welche sich das Transportwesen bis jetzt dienstbar gemacht hat. Eine bestimmte Eintheilung derselben ist nicht zu beobachten; es war nur von der am häufigsten angewandten zu beginnen und zu den seltener benutzten allmählig aufzusteigen. Nur wenige Kräfte sind es, welche bis jetzt dem Dienste des Verkehrs fremd geblieben sind, so z. B. die Centrifugal- und Centripetalkraft, die Elasticität, die Molecularanziehung, die chemische Affinität u. s. w. Nach dem jetzigen Stande unseres Wissens ist von diesen Kräften freilich kein directer Gebrauch zu machen, aber auch von den benutzten Kräften sind die einen spröder als die andern mit ihren Diensten.

Die Muskelkraft der Menschen ist die unstreitig am meisten für den Verkehr in Anspruch genommene Kraft. Welche immense Summe von Arbeit wird z. B. nicht von der zu Fusse ihren Geschäften nachgehenden Bevölkerung einer Stadt wie London, Paris, Berlin, Wien etc. an einem einzigen Tag verrichtet? Ein Mensch von circa 140 Pfund Gewicht, der mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von $4\frac{1}{4}$ Fuss per Secunde täglich 10 Stunden lang auf horizontalem Wege auf den Beinen ist, verrichtet eine Arbeit von nahe 24 Millionen Fusspfund, d. h. er hätte in der Zeit von 10 Stunden 24 Millionen Pfund 1 Fuss hoch gehoben. Eine Leistung von 480 Fusspfund per Secunde ist das, was man eine Pferdekraft nennt. Ist der Mensch beladen, so sinkt die Leistung freilich sofort wesentlich, unter Umständen bis auf $\frac{1}{4}$ und $\frac{1}{5}$ jener. Ein Grund der ausserordentlich starken Benutzung der menschlichen Muskelkraft im Verkehr ist, dass sie neben leichtester Indienstsetzung die vielfachsten Anwendungen zulässt. Der Mensch kann fast auf allen Landwegen gehen, er kann durch Rudern sich zu Schiff auch auf allen Wasserwegen bewegen oder bewegen lassen. Nur wie der Vogel in der Luft zu fliegen, das ist ihm noch nicht gelungen. – Nächst der Muskelkraft des Menschen ist die auf Landwegen am häufigsten benutzte Kraft die Muskelkraft der Thiere.

Die Ausnutzung der Schwerkraft bei abfallenden Wegen ist eine sehr bekannte Sache; leider aber hat es noch nicht gelin-

gen wollen, davon einen grossen Gebrauch zu machen und die verloren gehende Kraft für die bergaufgehenden Wagen wieder zu gewinnen. Die Thalbewegung der Flösse und Schiffe auf fliessenden Wässern erfolgt ebenfalls durch die Schwerkraft, obgleich es hier nicht das Fahrzeug ist, welches durch dieselbe bewegt wird, sondern das Wasser, welches die schiefe Ebene hinabrollt und das Fahrzeug trägt. – Der Luftdruck wirkt verschieden. Indem er die Segel bläht, treibt er Schiffe; in China verrichten Segelwagen, auf vielen zugefrorenen Seen und Haffen Segelschlitten regelmässigen Verkehrsdienst. Grosse Exhaustoren verursachen in luftdichten Röhren eine Kolbenbewegung, welche Wagen mit sich fortreisst, die zur Aufnahme von Personen und Sachen eingerichtet sind. Und indem Luftballons mit leichteren Gasen als die Luft selbst gefüllt werden, gestattet die grössere specifische Schwere der Luft, dass sie sich in derselben erheben und in höhere Schichten gelangen, woselbst sie von den Luftströmungen weiter getrieben werden. – Welche Anwendung von der Expansion des Dampfes, der erwärmten Luft, gewisser Gase gemacht wird, welche Rolle Elektromagnetismus, Licht und Schall im Transportwesen spielen, alles Das lässt das nun folgende Tableau erkennen, welches die Eigenschaften eines symbolischen Schema's an sich trägt. (Siehe nachstehend.)

Es ist schon öfters darauf hingewiesen worden, dass eine Tabelle mit einer Sammlung von Functionen verschiedener Art zu vergleichen sei, indem die Werthe, die in die vorderste Spalte gesetzt werden, den unabhängigen oder Urvariablen entsprechen, während, wenn man bezüglich dieser eine Feststellung getroffen hat, die Werthe in allen folgenden Spalten sich nur nach Maassgabe jener verändern, mithin die abhängigen Variablen sind. Letztere sind aber die Functionen der ersteren. Dies auf das so eben mitgetheilte symbolische Tableau angewendet, führt zu der Erkenntniss, dass die Fahrzeuge wie eine Function aus Kraft und Weg angesehen werden können. So ist es in der That. Der Weg ist immer in erster Linie das bestimmende Element, das Fahrzeug muss vor Allem dem Wege angepasst sein. Hierauf ist noch zurückzukommen.

Wenn das Schema der Wege mit dem Schema der Kräfte durch Linien in Verbindung gebracht wird, so lässt sich rasch ein Ueberblick über die Verwendung der Wege und die Verwendung der Kräfte nach zwei Seiten hin gewinnen. Man übersieht nämlich, indem man die Augen über die horizontalen Linien schweifen lässt, sofort, wie auf einer bestimmten Art von Wegen die verschiedenen Kräfte bereits ausgenutzt werden, resp. werden können, und ebenso sieht man beim Verfolg der verticalen Linien, wie je eine bestimmte Kraft auf den verschiedenen Wegen zur Dienstleistung gelangt. Es ist einleuchtend, dass da, wo der unvollkommenste Weg mit der unvollkommensten Kraft zusammentrifft, der Verkehr vom technischen Standpunkte aus der unvollkommenste sein muss, umgekehrt aber da der vollkommenste, wo das Gegentheil stattfindet. Der Grad der Vollkommenheit der Kraft bestimmt sich nach ihren Kosten bei gleicher Leistung.

Sind nun auch Weg und Kraft die Hauptelemente des Transportwesens, so bedarf doch die Kraft, um Gegenstände von einem Orte zum andern gelangen zu lassen, eines Fahrzeuges, wofern der Träger der Kraft nicht gleichzeitig der bewegte Gegenstand ist. Der Mensch ohne Füsse kann nicht gehen, eben so wenig das Thier. Ein aufgeblähtes Segel ohne

Fahrzeug hat für den Verkehr keinen Zweck. Eine Dampfmaschine ohne Räder auf einer Eisenbahn ist eben eine stehende, aber keine Locomotive. Das Fahrzeug ist also für den Massentransport gleichfalls eine notwendige Bedingung. Es ist nicht schwer, sich in jedem einzelnen Fall zu vergegenwärtigen, welche Art von Fahrzeugen den von Weg und Kraft gegebenen Bedingungen am meisten Genüge leistet. Setzt man die Namen der Fahrzeuge in die Felder, welche durch die Verbindung der Namen der Kräfte und der Wege gebildet werden, so zeigt das symbolische Schema auf einen Blick das ganze Feld des Verkehrs, d. h. der Kräfte, welche auf demselben thätig sind, der Wege, in welchen sie es sind, und der Fahrzeuge, welche von den verschiedenen Kräften auf den verschiedenen Wegen bewegt werden. Da, wo die Felder leer sind, fehlt der betreffende Modus des Verkehrs; wo sie voll sind, ist die Frage leicht zu beantworten: entspricht diese Art des Verkehrs (d. i. der Benutzung der Kraft und der Fahrzeuge auf bestimmte Wege) schon der höchsten Vollkommenheit, oder ist es ein technisch unausgebildeter Verkehrszustand, mit dem man es hier zu thun hat? Auf die so gestellte Frage die richtige Antwort zu geben, Das ist es, worauf es ankommt; denn die richtige Antwort weist einerseits dem Erfindungsgeist seine Grenzen

tig sind, der Wege, in welchen sie es sind, und der Fahrzeuge, welche von den verschiedenen Kräften auf den verschiedenen Wegen bewegt werden. Da, wo die Felder leer sind, fehlt der betreffende Modus des Verkehrs; wo sie voll sind, ist die Frage leicht zu beantworten: entspricht diese Art des Verkehrs (d. i. der Benutzung der Kraft und der Fahrzeuge auf bestimmte Wege) schon der höchsten Vollkommenheit, oder ist es ein technisch unausgebildeter Verkehrszustand, mit dem man es hier zu thun hat? Auf die so gestellte Frage die richtige Antwort zu geben, Das ist es, worauf es ankommt; denn die richtige Antwort weist einerseits dem Erfindungsgeist seine Gren-

Wege.	Kräfte													
	I. Muskelkraft				II. Schwerekraft	III. Luftdruck		IV. Expansionskraft			V. Elektromagnetismus	VI. Licht	VII. Schall	
	der Menschen		der Thiere			natürlicher	künstlicher	a. des Dampfes	b. der erwärmten Luft	c. der Gase				
	eigene	fremde	eigene	fremde										
Fahrzeuge*), welche den Wegen und Kräften entsprechen und im Grossen Anwendung finden.														
I. Wege für den Transport im Allgemeinen.														
A. Land- resp. feste Wege: (mehr oder weniger horizontale)														
ungebahnte	Die Füße der Menschen	Sänften und Tragsessel	ge- triebene Vieh- heerden	Sättel zum Reiten, Tragsessel (Basternaer der Römer), Wagen zum Fahren	..	Wagen mit Segeln (in China)	..	Dampf- wagen	Elektro- motorische Locomo- tiven			
gebahnte				Wagen zum Fahren	Wagen auf schiefer Ebene								atmo- sphärische Eisen- bahn- wagen	
chaussirte				Drä- sinen	..								Wagen zum Fahren	..
gepflasterte								Schlitten	Segel- schlitten
asphaltirte								Schlitten	Segel- schlitten
Wege mit Metallunterlage:														
a. von Platten	Wagen zum Fahren		
b. von Schienen	Stuhl- schlitten	..	Schlitten	Schlitten	Segel- schlitten		
Eis- und Schneewege	Die Füße der Menschen resp. Schlitt- schuhe													
B. Wasserwege:														
Meere und Seen (horizontal)	Die Füße der Menschen resp. Schlitt- schuhe													
nicht horizontale:														
Flüsse und Ströme (natürliche)	Ruder- boote	Ruder- boote, Kähne von Men- schen gezogen	..	Kähne von Thieren gezogen	Flosse (Prah- men) und Schiffe	Dampf- schiffe	Calorische Maschi- nen-Schiffe	Aether- maschi- nen-Schiffe		
desgl. (corrigirte und regulirte)								
Canäle	ge- schlossene Schiffe					
C. Luftwege		
D. Combinirte Wege:														
Land und Wasser	Seil- boote	sogen. fliegende Fähren	Toueurs, Ketten- schlepp- schiffe		
NB. Das Fahrzeug bewegt sich auf dem Wasser und steht mit dem Lande durch Seile und Ketten in fester Verbindung.														
II. Wege nur für den Gedanktransport.														
A. Feste Wege:														
Röhrenleitungen	Röhren- kolben und Schlitten	Worte und Zeichen	..		
Drahtleitungen		
B. Luftwege	Brieftauben	Luft- ballons	Luft- ballons	..	Worte und Zeichen	Worte und Zeichen	

*) Der Ausdruck »Fahrzeuge« passt freilich nicht genau für alles Untenstehende, wurde jedoch als der allgemeinste gewählt, welcher hier möglich ist.

zen an, andererseits verweist sie ihn auf die in ihren Zwecken und Mitteln gleich bewundernswürdige Natur.

Zwischen Weg, Kraft und Fahrzeug ist eine Reihe verschiedener Combinationen möglich. Jedes geschichtliche Stadium des Transportwesens entspricht irgend einer der zulässigen Combinationen. Diese auf dem Schema sofort ersichtliche Zulässigkeit entscheidet gleichzeitig über die innere Möglichkeit und Zweckmässigkeit einer Transportmethode. Es wird, um ein recht grelles Beispiel zu wählen, Niemand auf den Gedanken kommen, einen mit Gas gefüllten Luftballon seinen Weg in einer Röhrentour anzuweisen. – Allein nicht blos der Kritik dient obiges Tableau. Es lehrt Dem, der es an der Hand der Geschichte in seinen Details prüft, unter Anderem auch, inwieweit die Rückschritte im Transportwesen, welche nach dem Untergang des römischen Reiches ganz Europa heimsuchten, auf einen Verstoß gegen das Eingangs genannte natürliche Verkehrsgesetz beruhen; es lässt erkennen, wie wesentlich die riesenhafte Entwicklung des Verkehrs der Gegenwart in der richtigen Auslegung und Anwendung jenes Gesetzes seinen Grund findet; und endlich legt es Zeugniß dafür ab, dass die grossartige sociale Umgestaltung unserer Zeit, soweit sie auf dem vervollkommenen Transportwesen beruht, nicht minder aus dem Studium der Naturwissenschaften hervorgegangen ist, wie die anderen Hebel des Volkswohlstandes, dessen wir uns rühmen und erfreuen.

Vermöge dieses Studiums wird eine der stärksten, portativsten und überall zu beschaffenden Kräfte in das gewerbliche Leben der Völker eingeführt, und nothwendig musste sie früher oder später auch ihre Verwendung im Transportwesen finden; das ist die Expansionskraft des Dampfes. Sie trat als neue Kraft zur Muskelkraft, zur Schwerkraft und zum Luftdruck hinzu. Bald zeigte es sich, dass sie die anderen bis dahin benutzten Kräfte an Nachhaltigkeit, Wohlfeilheit und Verwendbarkeit ganz ausserordentlich überflügelte. Wie gross immerhin der Vortheil der Ersetzung der Chausseen durch Eisenbahnen gewesen wäre, – hätte als Zugkraft nur die Muskelkraft der Thiere zur Verfügung gestanden, so würden sie damit niemals ihre jetzige Bedeutung und Ausdehnung zu erlangen im Stande gewesen sein.

Im Allgemeinen kann man sagen: Je solidarischer Weg, Kraft und Fahrzeug untereinander verbunden sind, oder je mehr sie für einander erfunden, geschaffen und ausgebildet sind, desto vollkommener ist diese Art des Transports. In den Eisenbahnen erblicken wir daher gewissermassen ein Ideal des Transportwesens. Eine Aenderung in der Kraft, oder auch nur in der Stärke und Benutzungsweise derselben, kann die bedeutsamsten Folgen hinsichtlich des Weges oder der Bahn und der Fahrzeuge nach sich ziehen und umgekehrt. Die Geschichte der Eisenbahnen, wie kurz an Zeit sie auch ist, hat tausende von Belägen für diesen Satz.

Die Eisenbahnen sind freilich ganz und gar eine künstliche Transportweise. Aber das Künstliche an ihnen ist nicht eine Entfernung von der Natur, sondern eine Annäherung an ihre grössten Vollkommenheiten, eine Vereinigung des Besten, was sie bietet, und eine Verminderung der Nachtheile, welche sich stets mit in ihrem Gefolge befinden. In Bezug auf Horizontalität, Geradlinigkeit, Glätte, Ausdehnung nach allen Richtungen hin stehen die Eisenwege, namentlich in den Ländern

mit einem vielverzweigten Eisenbahnnetze, den Wasserwegen des Meeres und den grossen Seen schon ziemlich nahe. Doch das nicht allein. Wetter und Jahreszeiten und geographische Lage sind auf den Weg, die Bahn, nur von sehr geringem Einfluss; die Kraft ist zu allen Zeiten, unter übrigens gleichen Umständen, dieselbe; sie ermüdet nicht, sie erkrankt nicht, sie stirbt nicht, weil sie überhaupt keine lebende, sondern eine sogenannte todtte Kraft ist. Diese Allgegenwart und Beständigkeit der Dienstleistung erhöht den Werth des genannten Transportsystems ganz ausserordentlich. Bei keinem andern finden sich sämtliche Bedingungen so vereinigt. Auch da nicht, wo die Natur selbst eine grosse Summe der Verkehrsbedingungen beige-steuert hat. Immer lässt sie entweder die eine oder die andere unerfüllt. Bieten auch Schnee und Eisflächen eben so wenig Reibung dar, wie Eisenschienen, verrichtet auch das Rennthier, nach dem Maasse seiner Grösse und Kräfte, ganz leidlich Locomotivdienste, und fliegt auch der Schlitten des Eskimo auf der Schnee- und Eisbahn pfeilschnell dahin, so ist doch diese Art des Transports auf sehr enge Grenzen und solche geographische Lagen angewiesen, in welchen aus andern Gründen niemals ein lebhafter Verkehr entstehen und stattfinden kann. Eine ungleich grössere Rolle im Weltenverkehr spielten und spielen noch der Verkehr zu Wasser und namentlich der zur See, weil die natürlichen Bedingungen hier reichlicher und nachhaltiger gegeben sind. Der Wasserweg der Meere ist in mehr als 120 Breitengraden fast immer eisfrei, und Jahr ein Jahr aus wehen bald schwächere, bald stärkere Winde, welche die Segel der Schiffe schwellen und letztere an ihr Ziel führen. Sind diese natürlichen Vorzüge unzweifelhaft die Ursache, dass der Verkehr von Meer zu Meer bei den ältesten Culturvölkern und bis in die neuesten Zeiten ein viel intensiverer war, als der von Land zu Land, so sind sie doch auch der Grund, dass die Segelschiffahrt zur See im Laufe der Jahrhunderte nur wenig Fortschritte aufzuweisen hat. Denn es sind deren verhältnissmässig nur wenige möglich. Die Oeane sind noch dieselben, wie die der ältesten historischen Zeit; ihre Tiefen, ihre Strömungen, ihre Stürme, ihre Küsten haben keine oder nur äusserst wenige Veränderungen erlitten. Das specifische Gewicht des Wassers ist unverändert geblieben, eben so das des Holzes, dessen man sich zu Fahrzeugen bedient. Der Wind bläht noch mit derselben Kraft die Segel wie zu Homers Tagen. Auch reicht keine irdische Macht aus, an den natürlichen Eigenschaften des Wassers und des Windes, der Hölzer und des Linnens, dessen man sich zu den Segeln bedient, etwas Wesentliches zu ändern. Wie soll und kann sich da das Transportwesen selbst viel ändern? Allerdings man kann den Weg genauer studiren und ihn besser einhalten; das Eine ist geschehen und geschieht noch durch die Herstellung guter Seecarten, durch Absteckung der Strassen, Errichtung von Leuchtfeuern etc., das Andere wird bewirkt durch Verbesserung der Uhren, der Compasse etc. Man kann ferner die Winde und Stürme studiren und ihr Auftreten in Regeln und Gesetze bringen; man kann endlich auch Form und Material der Fahrzeuge, d. h. die Schiffe verbessern: allein wie beschränkt ist trotzdem die Möglichkeit des Fortschritts gegenüber dem Eisenbahnwesen? Und wenn wir es selbst mit der Dampfschiffahrt vergleichen: will Jemand im Ernste behaupten, dass sich letztere hinsichtlich der Ausbildung und Entwicklung mit ersterem messen kann? Diese Ungleichheit der Fortschritte ist kein Spiel des Zufalls, ein Blick auf obiges symbolisches Schema giebt sofort den Grund dafür an.

Je mehr wir auf die einfachen und ursprünglichen Formen des Verkehrs blicken, desto deutlicher erkennen wir, dass nur deshalb, weil Alles Natur ist, nichts sich geändert hat und nichts sich ändern kann. Denn die natürliche Welt ist eine fertige. Der Mensch, der Mittelpunkt jedweden Verkehrs, ist heute noch derselbe wie zur Zeit der Schöpfung. Will er persönlich den Verkehr vermitteln, so muss er heute wie damals seine Füsse gebrauchen und mit seiner Muskelkraft seine Schwere überwinden. Und benutzt er die Thiere zum Transport, welche schon unsere Urväter dazu für tauglich und trefflich erkannten, das Kameel, den Elephanten, das Pferd, das Maulthier, den Hund; bewegt sich der Transport auf denselben Wegen, z. B. aus Persien, durch die syrische Wüste nach Aegypten: so wird, weil der Sand der Wüste derselbe geblieben ist, weil die Transportthiere ihre Natur nicht geändert haben, auch der Verkehr der neuesten Zeit von dem der ältesten nur wenig verschieden sein können.

In dieser Stabilität und der von der Natur selbst begrenzten Entwicklungsfähigkeit der Transportweisen und Verkehrsformen beruht mehr, als es scheint, die Stabilität der Sitten und Gebräuche, z. B. jener orientalischen Völker. Dass der Verkehr unter ihnen im Verhältniss zu dem der Völker des Abendlandes nur ein sehr geringer ist, dass er sich nur auf einige Individuen beschränkt, weil er eine Menge Vorbereitungen, Zeit und Geld erfordert, ist begreiflich. Weil es so ist, so fehlt jenen Nationen das grosse Mischrad, der intensive Verkehr, welcher in Europa und Amerika die Völker untereinander schüttelt, sie einander nähert, ihre guten Einrichtungen verallgemeinert, ihre schlechten dem Untergange Preis giebt, ihre Abhängigkeit von einander mit tausend Zungen predigt, ihren Reichthum fördert und den Frieden unter ihnen zu erhalten strebt. Betrachten wir hingegen Indien, welches binnen Kurzem mit einem Eisenbahnnetze bedeckt sein wird, das seine Hauptstädte, alle Präsidenschaften und die grossen Ströme untereinander verbindet. Noch ist es nicht fertig. Aber jetzt schon zeigt sich's, dass kein Culturmittel so sehr Bresche in die alten Gewohnheiten und Anschauungen der Bevölkerung dieses uralten Reichs gelegt hat, wie die Eisenbahnen, so neu sie auch im Lande sind.

Zu verwundern ist Das keineswegs. Hat denn nicht auch das Eisenbahnwesen das alte Europa beinahe aus allen seinen Fugen gerissen und in neue Formen gegossen? Hat es nicht fast auf alle Wissenschaften den eminentesten Einfluss gehabt? Eben weil Alles Kunst an dieser Transportweise ist, so hat es die Geodäsie, die Messkunst, die Mechanik, die Baukunst, den Bergbau, die Metallurgie, die Pyrotechnik etc. so schnell auf eine so ausserordentliche Höhe gehoben, dass im gewöhnlichen Laufe der Dinge Jahrhunderte dazu erforderlich gewesen wären. Einzelne dieser Wissenschaften und die darauf basirten Gewerbszweige hat sie geradezu umgestaltet, so den Kohlenbergbau, die Metallurgie des Eisens, den Wagenbau, der mittelbaren Einflüsse auf andere Disciplinen nicht zu gedenken. Nie hat eine Transportweise ähnliche Rück- und Einwirkungen gehabt; denn keine andere vor ihr hatte sich die Aufgabe gesetzt, alle bisherigen Unvollkommenheiten des Verkehrs schonungslos bei Seite zu werfen und gänzlich neue, der Natur sorgsam abgelassene Verkehrselemente aufzustellen. Das Land mit Eisenbahnen ist den Naturwissenschaften

erobert und damit der Herrschaft des Menschen über die Natur, dem kräftigsten Hebel aller Cultur, dem Quell der schönsten geistigen und aller irdischen Reichthümer.

Blicken wir jetzt auf die See-Dampfschiffahrt. Jedweder Fortschritt concentrirt sich da lediglich auf die Kraft der Fortbewegung der Schiffe. Am Wege ist des Dampfes wegen nichts, am Fahrzeug nur wenig zu ändern. Dazu kommt: die künstliche Kraft ist so theuer, dass die durch sie hervorgebrachte Zeitersparniss beim Waarentransport in der Regel nicht die Vergrösserung der Kosten aufwiegt, welche bei Anwendung des Dampfes statt des natürlichen unentgeltlichen Luftdruckes, des Windes, entsteht.

Es giebt indess auch künstliche Wasserwege, und diese haben für die Wohlfahrt der Völker Ausserordentliches gewirkt. Das sind die Canäle. Von natürlichen Wasserwegen abhängig, ist ihre Zahl nicht beliebig zu vermehren, wie die der Eisenbahnen; aber da, wo sie möglich sind und angelegt wurden, waren sie Ursache zur Entwicklung des menschlichen Scharfsinns nach vielen Richtungen und zu den trefflichsten Bauwerken. Sie waren die würdigen Vorläufer des Eisenbahnwesens. Ohne einen Telford wäre es wahrscheinlich auch einem George Stephenson nicht möglich gewesen, in so kurzer Zeit Das zu leisten, was er leistete.¹⁾ –

Wie steht es nun um den Massentransport in der Luft? Die Antwort auf diese Frage ist einfach, doch leider nicht ermutigend. Ueber den Weg, wie vollkommen er nach gewissen Seiten hin auch sei, selbst sind die Kenntnisse noch ausserordentlich dürftig, ja unendlich viel dürftiger als über die Wasserwege. Auch ist keine Aussicht vorhanden, das geringe Maass unseres Wissens über die Bewegungen der Atmosphäre rasch zu vermehren. Die Natur der bewegenden Kraft ist vermöge der geringen Schwere der Luft in die engsten Grenzen gewiesen, ja in so enge, dass noch nicht einmal ein nennenswerther Versuch zur Direction der Luftfahrzeuge gemacht worden ist; willenlos sind sie den Naturkräften überlassen. Und was die Fahrzeuge selbst anlangt, so sind Grösse und Gewicht derselben im höchsten Maasse von den Bedingungen des Weges und der Kraft abhängig.

Dem Erfindungsgeiste sind also hier von der Natur ungemessen enge Schranken gezogen. Sie zu durchbrechen, ist ihm nicht gestattet. Dass es aber innerhalb derselben dennoch zu einem guten Ziele kommen könne, ja kommen werde, das ist ihm von vornherein nicht abzuspochen, obgleich von den eben so häufig missglückten als geglückten vereinzelt Luftschiffahrts-Versuchen bis zu jenem Ziel noch eine lange Strecke Weges ist. Die Möglichkeit einer wirthschaftlichen Bedeutung des Lufttransports muss nach dem jetzigen Standpunkte des menschlichen Wissens in Zweifel gezogen werden.

Obige Ausführungen dürften des Beweises nicht entbehren, dass das natürliche Verkehrsgesetz in gewisse natürliche Grenzen eingeschlossen ist, wonach der Ausspruch gerechtfertigt ist: Je enger die von der Natur dem Erfindungsgeiste gezogenen Grenzen sind, je beschränkter das Feld der Vervollkommnung der Wege, der Kräfte und der Fahrzeuge, desto sta-

¹⁾ Telford, Thomas (1757 – 1834), britischer Baumeister (Brücken, Kanäle, aber auch Straßenbau); Stephenson, George (1781 – 1848), bedeutender britischer Eisenbahn pionier. – Anmerkung der Redaktion.

biler ist eine Verkehrsform (wenn sie überhaupt möglich ist), und desto weniger ist ihr Einfluss auf die Völker eines grossen Wachstums fähig.

Es erübrigt noch, einige Worte über den Brief- und Depeschentransport hinzuzufügen. Auch seiner ist in dem symbolischen Schema Erwähnung geschehen und daselbst angegeben, dass dazu nicht bloss alle Arten des Personen- und Gütertransports mit zu verwenden, sondern dass auch einige Transportweisen lediglich für den Gedankenaustausch vorhanden sind. Die ältesten sind natürlich auch hier die gleichsam von der Natur selbst dargebotenen: der Luftkreis ist der Weg, eine Naturkraft oder Eigenschaft ist die befördernde Kraft. Eines Fahrzeuges bedurfte es gar nicht, denn der menschliche Gedanke ist nach physikalischer Ausdrucksweise imponderabel und incoercibel. Das Signalgeben durch Flaggen oder sonstige weithin sichtbare Zeichen, durch weithin hörbare Schallwirkungen, ist gewiss eine schon in der frühesten Zeit getroffene Einrichtung, obgleich die methodische Ausbildung des optischen und des akustischen Telegraphen viel neuer ist. Diese Art der Mittheilung setzt freilich gewisse Verständigungen über die Bedeutung der mitgetheilten Zeichen oder Laute voraus, allein beim brieflichen Verkehr ist ganz dasselbe der Fall. Jede Sprache ist eine Uebereinkunft. Was nützt Dem der ausführlichste Brief, der ihn nicht lesen kann! Jene Ureinlichkeit des Gedankentransports ist aber auch seine Schwäche. Die Zeichen, welche durch das Licht weiter getragen werden, werden unsichtbar, sobald die Nacht den Tag ablöst oder Nebel die Fortpflanzung der Lichtstrahlen hemmen und beschränken. Signale von künstlichem Licht wirken nur auf geringe Entfernungen. Schallsignale sind diesen Nachtheilen zwar nicht unterworfen, dafür aber anderen und grösseren. Durch die verschiedenen Brechungen des Schalls wird das Signal oft gänzlich verändert und können die grössten Täuschungen stattfinden, ganz abgesehen davon, dass die Variationen des Schalls und der Schallsignale wegen ihres Dimensionen- und Farbenmangels viel geringer sind, als die des Lichts und der Lichtsignale.

Der beiden Transportweisen gemeinsame Nachtheil, dass sie nur von beschränktester Verwendbarkeit und niemals Communicationsmittel für den grossen Privatverkehr sind und sein können, verkümmert ihre wirtschaftliche Bedeutung. Dem zu entgehen, hat der Privatverkehr früher ein Depeschen-Transportmittel ausgebildet, welches noch heute als Tauben-Briefpost in Vieler Erinnerung ist. Hier ist wiederum der Luftkreis der Weg, die Kraft aber ist die Flugkraft der Taube, und ihr Leib ist das Fahrzeug, indem die zu verkündende Nachricht der Taube in einem Briefchen um den Hals gebunden wird. Auf den ersten Blick erhellt es, dass, wie einfach und praktisch diese Transportweise sei, sie doch eine höchst unsichere und darum nur wenig verbreitete gewesen sein kann. In der That, der Allen zugängliche elektrische Telegraph hat sie rasch gänzlich beseitigt. War die Taube ein geflügelter Bote, so reitet der elektrische Telegraph mit dem Blitze. Er bedient sich als Weg eines Drahts, als Kraft der Elektrizität; der fortbewegte Gegenstand sind Worte und Zeichen, ohne Fahrzeug. Hier hat die Kunst wieder ihren Spielraum, und sie hat bereits Erstaunliches geleistet. Vor Einem muss sie jedoch Halt machen. Die Schnelligkeit der Beförderung des einzelnen Worts und der einzelnen Depesche kennt, wenn sie einmal zur Beförderung gelangt, zwar keine für unsere Sinne wahrnehmbare Grenzen; allein weil der Telegraph kein Fahrzeug besitzt, in wel-

chem er viele Worte auf einmal fortschaffen kann, muss jedes einzelne hinsichtlich der Beförderung auf das andere warten. Dadurch entstehen grosse Zeitverluste, die durch Vermehrung der Strassen, der Drähte, nur unvollkommen aufgewogen werden. Kein Wunder, dass der Erfindungsgeist jetzt vorzugsweise dahin gerichtet ist, die Zahl der in einer bestimmten Zeiteinheit auf einem Draht zu befördernden Worte zu vermehren. An die Beförderung eines Fahrzeuges auf dem Draht mittels des elektrischen Stroms ist leider nicht zu denken.

Weil sich die von der Natur dem Erfindungsgeist gezogenen Grenzen nicht überschreiten lassen, sind Versuche einer rascheren Brief- und Depeschen- (überhaupt Gedanken-) Beförderungsart in einer gänzlich anderen Richtung angestellt worden, welche theilweise auch zu befriedigenden Resultaten führten. Der Weg ist nicht mehr ein Draht, sondern ein luftdichter Röhrenstrang; die Kraft ist nicht die Elektrizität, sondern der Luftdruck resp. die Flugkraft, welche in Wirkung tritt, sobald die Röhre luftleer gemacht wird; das Fahrzeug hingegen ist ein Röhrenschlitten, d. i. ein Kolben, der sich ähnlich wie der Kolben einer Dampfmaschine in der Röhre bewegt und von dem luftleer gemachten Ende derselben pfeilschnell angesaugt wird. In London ist diese Beförderungsmethode bereits im Grossen ausgeführt, so dass sogar Menschen auf dem Röhrenschlitten Platz haben und die Tour durchfliegen können, allein allgemein ist sie noch lange nicht. Jedenfalls ist der Gedanke sinnreich. Mag er in Bezug auf den Weg und die Kraft gegenüber dem Luftkreis und der Elektrizität kein Fortschritt zu nennen sein; in Bezug auf das Fahrzeug und die dadurch gegebene Möglichkeit der gleichzeitigen Beförderung einer grösseren Masse von Nachrichten u. s. w. ist er es unbedingt. Das würde sich am besten daraus ergeben, wenn man das Maximum der pneumatischen Briefbeförderung mittels Röhren telegraphisch (also Wort für Wort) an ihren Bestimmungsort senden und dann den Durchschnitt der Beförderungsdauer des einzelnen Briefes ziehen wollte. –

Betrachtungen wie die vorstehenden, lassen sich hier nur anregen, nicht ausführlich entwickeln. Jedes Wort in dem oben aufgestellten sinnbildlichen Schema ruft deren eine Menge hervor. Der Historiker, der Nationalökonom, der Techniker werden jeder gleichviel Stoff zum Nachdenken über die Bedingungen, Ursachen und Wirkungen des Verkehrs darin finden. Geschichtliche, volkswirtschaftliche und technische Fragen zu lösen, das freilich kann sich der Inhalt jenes Schemas nicht anmassen; allein als ein willkommener Beistand zur Aufhellung solcher Fragen dürfte es sich hier und da erweisen. Aus der römischen Geschichte z. B. ist es bekannt, und die noch jetzt vorhandenen römischen Alterthümer lehren es, dass die Römer Meister im Strassenbau waren, und dass ihre Strassen noch heute für uns kaum erreichte Muster sind. Die vom Censor Appius Claudius Caecus 312 v. Chr. als Militärstrasse bis nach Capua erbaute und nach ihm benannte Via Appia fand Belisar im 6. Jahrhundert noch vollständig erhalten und im Gebrauche vor. Erst die Verwüstungen und Kriege des Mittelalters begruben sie unter Schutt und Trümmern. Doch heute ist sie wieder bis zum 11. Meilenstein bloss gelegt, ein Bauwerk seltenster Schönheit und Vollkommenheit. Aehnliches gilt von den Ueberresten anderer römischer Strassen. Weil die Römer nicht genug Kräfte hatten, jede Strasse mit einem Tross von Wegebesserern zu besetzen, bauten sie dieselben gleich für die Ewigkeit und so, dass die Elemente ihnen nichts anhaben konn-

ten. Zu Cäsars Zeit waren bekanntlich alle Hauptstädte Italiens durch Kunststrassen verbunden; die Kaiser dehnten dieselben auf die Provinzen aus; selbst die grössern Inseln wurden mit einem Strassennetze versehen und auf eine gute Verbindung mit den Hafentplätzen grosser Werth gelegt. Das römische Strassennetz soll nach Antonins Itinerarium 372 grosse Strassen (von denen 29 in Rom mündeten), mit einer Länge von 53 000 römischen Meilen (= ca. 10 000 deutschen Meilen) umfasst haben. Diese grossartige Ausbildung des einen Verkehrselements geschah indess ungleich weniger aus einem friedlichen Verkehrsbedürfniss, als aus dem der Beschleunigung der militärischen Machtentwicklung in den verschiedenen Theilen des unermesslichen Reichs dieses welterobernden Volkes. Als dasselbe von seiner Höhe herabgesunken und das Reich bald darauf zertrümmert worden war, hatte es auch mit dem Strassenbau ein Ende, ja so sehr ein Ende, dass mehr als ein Jahrtausend darüber verging, ehe zu ähnlichen Zwecken die ähnlichen Mittel in Bewegung gesetzt wurden. Ist es nicht erstaunlich, dass zur Zeit des 30jährigen Krieges von Kunststrassen oder Chausseen in Deutschland so gut wie noch gar nicht die Rede war? dass Friedrich der Grosse den schlesischen und den siebenjährigen Krieg noch ohne alle Chausseen führte? und dass in den östlichen Theilen der preussischen Monarchie im Jahre 1798 überhaupt die erste Kunststrasse, und zwar von Berlin nach Potsdam in Betrieb gesetzt wurde? Indessen keine der neuen Chausseen, weder in Deutschland, noch in England oder Frankreich oder Italien kann sich in vollendeter Technik, Dauerhaftigkeit und Zweckmässigkeit mit jenen alten römischen Kunststrassen messen, welche, die Horizontale und den kürzesten Weg möglichst anstrebend, mittels grosser Brücken über breite Thäler, mittels Einschnitte durch Berge, mittels Dämme und Roste über Sümpfe (die Via Appia z. B. über den pontinischen) hinweg führten.

Worin bestand nun der Rückschritt aus der Zeit des Römerthums? Man schlage die Geschichte der Wege auf, und man wird verzeichnen finden, dass statt im Wegebau einen Schritt vorwärts zu thun, man deren drei zurückthat. Von der Culturstufe der herrlichen, unübertrefflich gepflasterten Römerstrassen, die man verfallen liess, statt sie zu erhalten und ihr Netz zu erweitern, sank man so tief, dass sich der Verkehr ein ganzes Jahrtausend lang nur mühsam auf kaum gebahnten Wegen fortschleppte. Welche Verkümmernng des Verkehrs daraus entstehen musste, spricht sich in den wenigen Ziffern der Wegqualitäten aus, die oben ihre Stelle fanden. Die Römerwege waren um das 8-, resp. 5fache vollkommener, als die Wege bis zum 18. Jahrhundert. Doch das nicht allein. Schlagen wir die Geschichte der Fahrzeuge auf, so lehren uns die dürftigen darüber vorhandenen Notizen: dass die Wagen fast ausser Gebrauch kamen, dass die Kutschwagen zum Transport von Personen gewissermassen wieder von Neuem erfunden werden mussten und dass, als sie erfunden waren, die Regenten von den nach unseren Begriffen höchst mangelhaften Fahrzeugen so sehr die Verweichlichung des Menschengeschlechts, namentlich des sogenannten gemeinen Mannes befürchteten, dass es diesem verboten ward, sich derselben zu bedienen.

Der binnenländische Verkehr bewegte sich vorzugsweise auf den natürlichen Wegen, den Wasserstrassen, woselbst er freilich durch Zölle maasslos bedrückt und gehemmt wurde. Die Völker lernten sich nur durch Kriege kennen, die sie mit einan-

der führten. Endlich dämmerte es von Neuem. Der Allgewalt der staats- und naturwissenschaftlichen Wahrheiten verdanken wir die Erlösung aus der geistigen Absperrung, welche das aufs Tiefste gesunkene Transportwesen herbeigeführt hatte. Ihnen verdanken wir aber auch, nachdem die ökonomischen und naturhistorischen Gesetze des Verkehrs einmal erkannt, den ohnegleichen dastehenden Aufschwung desselben, gegen welchen nun wieder der Römerverkehr nur noch ein bleicher Schatten ist.

Hieraus mag erkannt werden, dass der Verkehr selbst ausser den technischen Bedingungen seiner Entwicklungsfähigkeit auch noch das Verkehrsbedürfniss und zwar das Bedürfniss friedlichen Verkehrs zur Voraussetzung hat. Je allgemeiner es ist, desto lebhafter und rascher wird der Verkehr wachsen, wenn nur erst einmal ein Anfang dazu gegeben ist. Fraglich ist's allerdings: sollen die Verkehrsinstrumente erst den Verkehr schaffen, oder soll das Umgekehrte der Fall sein? In Deutschland findet Letzteres, in den vereinigten Staaten von Nordamerika vielfach Ersteres statt. Jedes hat seine Berechtigung und seine Zeit. Im Allgemeinen wird aber der Satz als richtig anerkannt werden müssen, dass ohne die socialen Bedingungen eines regen Verkehrs die technischen allein, und wären sie in höchster Vollkommenheit gegeben, ihn nicht schaffen können. Dass dem Verkehr ausser den natürlichen auch künstliche Schranken auferlegt werden können, dass dies selbst in neuester Zeit noch geschieht, sei hier als etwas Bekanntes nur berührt. Indess das Streben der Völker nach Einigung ist stärker, als das nach Trennung, und diesem müssen alle künstlichen Schranken fallen. Zum grössten Theile sind sie schon gefallen. Mögen sie nie wieder auferstehen!

Glücklicherweise drängt der massenhafte Verkehr in unserer Zeit fast instinctiv auf die harmonische Ausbildung der zu einander gehörigen und für einander bestimmten Verkehrselemente, Verstösse gegen das natürliche Verkehrsgesetz werden rasch erkannt, als Irrthümer bezeichnet und aufgegeben. Das Gesetz übt zugleich eine Kritik der Versäumnisse. Denn es weist z. B. darauf hin, dass es thöricht wäre, eine gute Wasserstrasse unfahrbar werden zu lassen, um mit ungleich grösseren Kosten eine Landstrasse längs derselben zu erbauen und im Betrieb zu erhalten; dass es nutzlos wäre, einer Kraft und einem Fahrzeuge eine grosse Aufmerksamkeit zu widmen und über deren Vervollkommnung zu grübeln, wenn der Weg, sei es durch seine Construction, sei es durch seine vom Wetter etc. abhängige Beschaffenheit, ungeeignet ist, die Kraft und das Fahrzeug aufzunehmen; ein Fall, der bei den Locomobilen auf Chausseen unzweifelhaft vorliegt. Damit bezeichnet jenes Gesetz aber auch die Grenzen des Erfindungsgeistes. Man kann z. B. durch geschickte Vertheilung und richtige Grössenbemessung der Räder unter einem gewöhnlichen Wagen viel dazu beitragen, dass er auf horizontalen Wegen leichter fortbeweglich werde. Niemals kann aber die Schwerkraft des Wagens, die Achsenreibung etc. annullirt werden. Wenn nun hier und da gleichwohl von einigen sogenannten erfinderischen Köpfen behauptet wird, es auch gedruckt zu lesen ist, dass sie Wagen erfunden haben, welche sich beim Bergauffahren schieben oder so stellen, dass die Kraft zur Fortschaffung der Last nicht grösser als die auf horizontalen Wegen zu sein brauche: so ist das ein Mangel an Verständniss der Naturgesetze überhaupt und des Verkehrsgesetzes insbesondere.

Nach dem Mitgetheilten wird es nicht schwer sein, die unlängst in einer Denkschrift des ehemaligen französischen Finanzministers Magne über die französischen Finanzen niedergelegte Ansicht, den Werth der Eisenbahnen in 100 Jahren betreffend, auf das richtige Maass zurückzuführen. Der jetzige Finanzminister, Fould, hatte in seinem Exposé darauf hingewiesen, dass in ca. 100 Jahren der Zeitpunkt gekommen sei, wo alle Privatbahnen auf dem Wege des Heimfalls in die Hände des Staats übergehen und dann mithin der Staat um 4 Milliarden reicher geworden sei, also ein reichliches Aequivalent für seine jetzt den Bahnen gebrachten Opfer finden werde. Darauf antwortet die Denkschrift: „..... Wer kann übrigens sagen, wo in 100 Jahren die Eisenbahnen sein werden, und ob sie dann nicht durch neue Erfindungen vollständig entwerthet sind? Was würden die Eisenbahnen werth sein, wenn man z. B. das Mittel fände, auf den Landstrassen die Dampfmaschine zu verwenden, um dort mit derselben Kraft und Schnelligkeit arbeiten zu lassen, wie auf den Eisenbahnen?“

So wenig in Betreff der zukünftigen Erfindungen jemals ein vorgreifliches Urtheil gerechtfertigt ist, so sehr lässt sich doch behaupten, dass die Ansichten des Herrn Magne falsche und seine Befürchtungen ungerechtfertigte sind. Ein Blick auf das symbolische Schema genügt, um zu erkennen, dass wenn die Chausseen an die Stelle der Eisenbahnen treten sollen, sie eben Eisenbahnen werden müssen, fest und widerstandsfähig genug, um die grosse Last der Züge aufnehmen zu können und durch die starke Abnutzung nicht schleunigst zu Grunde zu gehen. Kostet doch die Unterhaltung des Macadam (ein Straßenbelag – Anmerkung der Redaktion) in den nicht gepflasterten Strassen von Paris pro Quadratfuss jährlich 2-2 ½ Sgr. ohne die Ausgaben zur Beseitigung des Staubes bei trockenem und des Schmutzes bei nassem Wetter? Hiernach ist leicht zu berechnen, wie viel das ganze Dampfwagen-Chausseenetz eines Landes wie Frankreich zu erhalten kosten möchte: das Zehnbis Hundertfache des gegenwärtigen Eisenbahnnetzes.

Allein nicht blos vor dieser technischen Betrachtung zerfällt die Befürchtung der möglichen gänzlichen Entwerthung der Eisenbahnen in Nichts; noch mehr vor der wissenschaftlichen Betrachtung der Verkehrswege und der Verkehrskräfte. Darüber, welche Naturkräfte der Mensch sich dienstbar zu machen noch im Stande sei, wird sich Niemand vermessen dürfen, ein bestimmtes Urtheil abzugeben. Wohl aber wird es gestattet sein, die Frage, ob sich denn schon eine solche Kraft regt, zur Zeit mit Nein zu beantworten. Es hat bekanntlich über anderthalb Jahrhunderte gedauert, ehe die grosse Entdeckung von Salomon de Caux ihre praktische Würdigung fand; denn sein Buch: „les raisons des forces mouvantes avec diverses machines etc.“, worunter auch eine Dampfmaschine ist, ist im Jahre 1615 erschienen. Erst 215 Jahre später trat die Dampfmaschine als Locomotive in den Dienst des Verkehrs. Und so sehr an der grossen Heerstrasse liegen die Naturkräfte gerade nicht, dass es nur des glücklichen Zufalls der Entdeckung einer oder der anderen bedürfte, um damit das Eisenbahnwesen über den Haufen zu stossen. Weltumgestaltende Einrichtungen solchen Gepräges reifen nur nach langer Geistesarbeit.

Befähigten die voranstehenden Entwicklungen zu der eben erteilten Antwort auf die in der Denkschrift des Herrn Magne aufgeworfene Frage, so befähigen sie nicht minder zum Nachweis der Wirkungen des natürlichen Verkehrsgesetzes in den

grossen volkreichen Städten. Hier treten dieselben Erscheinungen auf, wie in dem Verkehr von Ort zu Ort, von Land zu Land, nur mit der Verstärkung, dass, je grösser eine Stadt wird, desto mehr ihr innerer Verkehr wachsen muss, was von dem Verkehr der Länder nicht gilt. Die Grösse der Stadt bedingt das Verkehrsbedürfniss insofern, als die grössere gewöhnlich dichter bevölkert ist, wie eine minder grosse, mithin einen grösseren Markt darbietet und darum auch eine grössere Arbeitstheilung gestattet. Je grösser aber dieselbe, desto stärker ist die Nothwendigkeit für den Consumenten und für den Mittelsmann zwischen Producenten und Consumenten, die einzelnen Theile der Consumption zusammen zu tragen. Von einer gewissen Grenze ab wächst dieses Verkehrsbedürfniss riesenhaft, und das Naturgesetz des Verkehrs wirkt in diesem Falle so mächtig, dass es, wenn es behindert wird, sich geltend zu machen, alle Schranken durchbricht. Hierfür bietet London ein lehrreiches Beispiel.

Die belebtesten Strassen von London wurden nicht früher als 1417 gepflastert. Vorher war kein grosser Verkehr möglich, war auch nicht vorhanden. Der Personenverkehr zu Wagen war sogar als ein Eingriff in die Prärogative der Krone und des höchsten Adels untersagt. Der niedere Adel ritt, die Bürger u. s. w. gingen stolz zu Fuss oder auf Stelzen, wenn der Strassenschmutz das damals erlaubte hohe Maass überstieg. Bald nach dem Pflastern der Strassen wurden sie auch auf öffentliche Kosten bei einbrechender Dunkelheit beleuchtet. Dies geschah in regelmässiger Weise freilich erst in den Jahren 1736–1739. Als sich die Stadt immer weiter ausdehnte, ward das Bedürfniss, die grossen Entfernungen ohne körperliche Ermüdung zurücklegen zu können, von Tage zu Tage auch für Diejenigen fühlbarer, die sich keine Kutschen anschaffen konnten. Der Weg war da, das Fahrzeug trat hinzu. Es entstanden die Miethkutschen. Sie genügten auch für lange; aber das zunehmende Wachstum der Stadt lenkte nothwendig eine grössere Menge von Menschen auf äusserlich gemeinsame Wege. Damit war der Anstoss für die Omnibus gegeben, die bekanntlich nur auf bestimmten, nicht aber beliebigen Strecken, wie die Miethkutschen, fahren. Ihre ungeschlachten Gestalten bewegten sich haufenweise in den engen Strassen. Das entsetzliche Geräusch der rollenden Wagen aller Art überräute jedes Wort selbst innerhalb der Häuser, es raubte den Bewohnern derselben jedwede Ruhe bei Tag und bei Nacht. Man pflasterte die Strassen mit breiten Steinen, man chausierte sie, man asphaltierte sie und erreichte mit dieser theils aus akustischen Rücksichten unternommenen Wegverbesserung zugleich den der Beschleunigung der Circulation. Die Hansom Cabs, eine wesentliche Verbesserung der Fahrzeuge und der Kraft, nutzten jene Vervollkommnung zum Besten aller Derer aus, die sich ihrer bedienten. Als noch mehr Personen den gleichen Weg zu fahren Veranlassung fanden, hatte die Stunde für Errichtung der Pferde-Eisenbahnen geschlagen. Allein die Strassen waren so eng, dieselben nicht blos mit den Kutschen und Personenwagen, sondern auch mit Wagen für Güter etc. schon so überfüllt, dass lediglich der Raummangel in London die Entstehung und Entwicklung der an und für sich nur ein Uebergangsstadium bezeichnenden Pferde-Eisenbahnen verhinderte. Zur Erweiterung des Weges, der oberirdisch den ganzen Verkehr nicht mehr fassen konnte, wurde die unterirdische Eisenbahn mit Locomotivenbetrieb ins Leben gerufen. Ingenieur-, Maschinen- und Wagen-Baukunst vereinigten sich, um in kürzester Zeit eins der grössten Wunderwerke der Welt zu schaffen. Doch siehe, auch diese Ver-

besserung und Erweiterung des Weges, diese Umänderung der Kraft und der Fahrzeuge zeigten sich nicht hinlänglich; und so ist denn gegenwärtig in London das Thames-Embankment die Hauptfrage des inneren Stadtlebens. Das ist die Legung einer Parallelstrasse von Vauxhall- bis Westminster-Bridge auf dem rechten Ufer der Themse, von Westminster- bis Blackfriars-Bridge auf dem linken Ufer derselben; ein Bauwerk, dem viele Tausende der jetzigen Häuser zum Opfer fallen müssen, und wofür ein directer und indirecter Aufwand von mehr als hundert Millionen Pfund Sterling noch nicht ausreichend erachtet wird. Neben diesem riesenhaften Personen- und Güterverkehr in den Strassen bewegt sich der fast ebenso überfüllte auf der Themse, bewegt sich ferner auf Hunderten von Drähten der Gedanken, und bewegt sich in pneumatischen Röhren der von Briefen, Depeschen und kleinen Paketen.

Der Londoner Verkehr scheint also jetzt auf den äussersten, von dem natürlichen Verkehrsgesetze gezogenen Grenzen angelangt zu sein. An der Kraft und den Fahrzeugen ist nicht viel mehr zu verbessern. Pferde und Wagen sind vortrefflich, und die Locomotion ist eine im Vergleich zu anderen grossen Städten ungemein rasche. Eine Vervollkommnung der Wege ist ebenso wenig denkbar, so lange sie so starker Abnutzung ausgesetzt sind und aus Verkehrsrücksichten so wenig Zeit gegeben ist, sie gründlich auszubessern. Bleibt blos die Erweiterung der Wege, und hierfür wird kein Opfer für zu gross gehalten; das Gesetz des Verkehrs sprengt jede Fessel. So wirkt es überall, bis auch dem Erfindungsgeist des Menschen an den Schranken der Natur ein Halt zugerufen wird. [u](#)

ÜBERSICHT

über die im laufenden Jahr erschienenen Textbeiträge

	Heft	Seite
Neue Steuerungselemente, Qualitätsmanagement, Entlastung der Befragten		
Methoden und Verfahren zur systematischen Bewertung der Datenqualität	4	281
Die Zeitwerttabelle als Schätzinstrument für den Zeitaufwand zur Erfüllung staatlicher Informationspflichten	5	379
Regionalstatistik		
Regionalstatistik auf europäischer und nationaler Ebene	3	207
Forschungsdatenzentren		
Wirtschaftsstatistische Längsschnittdaten für die Wissenschaft	3	217
Bevölkerung		
Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung	2	123
Bevölkerungsentwicklung 2006	1	39
Ehescheidungen 2006	4	287
Mikrozensus		
Wohnsituation in Deutschland 2006	2	113
Haushalte und Lebensformen der Bevölkerung	2	123
Zeitarbeit 2006	4	298
Erwerbstätigkeit, Arbeitsmarkt		
Weiterentwicklung der Schnellschätzung in der Erwerbstätigenrechnung	5	388
Arbeitnehmerüberlassungen – Bestand und Entwicklungen	6	469
Zeitarbeit 2006	4	298
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Verlagerung wirtschaftlicher Aktivitäten	6	477

	Heft	Seite
Unternehmen und Arbeitsstätten		
Ausgewählte Ergebnisse für kleine und mittlere Unternehmen in Deutschland 2005	3	225
Insolvenzen 2007	4	302
Produzierendes Gewerbe, Handwerk		
Verwaltungsdaten ersetzen Konjunkturerhebungen im Handwerk	5	398
Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus		
Inlandstourismus 2007: Vorjahresergebnis deutlich übertroffen	6	483
Außenhandel		
Gesamtentwicklung des deutschen Außenhandels 2007 weiterhin positiv	5	409
Bauen und Wohnen		
Wohnsituation in Deutschland 2006	4	312
Verkehr		
Gefahrguttransporte 2006	5	429
Eisenbahnverkehr 2007	5	420
Öffentlicher Personenverkehr mit Bussen und Bahnen 2006	3	242
Gewerblicher Luftverkehr 2007	4	322
Öffentliche Sozialleistungen		
Wohngeld in Deutschland 2006	1	52
Öffentliche Finanzen und Steuern		
Staatliche Förderung der Riester-Rente für das Jahr 2003	1	60
Entwicklungen im öffentlich-rechtlichen Alterssicherungssystem	2	135
Öffentliche Finanzen im Jahr 2007	5	438
Schulden des öffentlichen Gesamthaushalts 2007	6	496
Preise		
Häuserpreisindex – Projektfortschritt und erste Ergebnisse für bestehende Wohngebäude	1	69
Entwicklung eines Preisindex für Bauland	2	142
Preisentwicklungen in der Bauwirtschaft 2007	4	332
Verbraucherpreisstatistik auf neuer Basis 2005	4	339
Preisentwicklung 2007	1	82
Preise im Januar 2008	2	157
Preise im Februar 2008	3	251
Preise im März 2008	4	351
Preise im April 2008	5	446
Preise im Mai 2008	6	504
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen		
Bruttoinlandsprodukt 2007	1	13
Einkommensentwicklung in Deutschland	3	197
Verflechtung der deutschen Wirtschaft mit dem Ausland	1	28
Umwelt		
Umweltökonomische Aspekte der Globalisierung	2	148

	Heft	Seite
Gastbeiträge		
Die Arbeitsmarkteffekte der Zuwanderung – eine empirische Analyse für Deutschland	2	162
Wirkung eines Anstiegs der Öl- und Gaspreise auf die deutsche Wirtschaft	2	173
Wirtschaftsstatistische Längsschnittdaten für die Wissenschaft	3	217
Schätzung von linearen Regressionsmodellen mit mikroaggregierten Daten	3	256
Modellierung und Schätzung hedonischer Elementarpreisindizes	4	356
Historische Beiträge		
Glaubensbekenntnis eines Statistikers	3	264
Die Grenzen des Erfindungsgeistes im Transportwesen	6	509



Neuerscheinungen¹⁾ vom 24. Mai 2008 bis 20. Juni 2008

● Zusammenfassende Veröffentlichungen		EUR [D]
Wirtschaft und Statistik, Mai 2008		15,-
Ausgewählte Zahlen für die Bauwirtschaft, Februar 2008		19,30
Vom Erzeuger zum Verbraucher – Fleischversorgung in Deutschland, Ausgabe 2008		9,80
● Fachserien		
Fachserie 4: Produzierendes Gewerbe		
Reihe 4.3	Kostenstruktur der Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden 2006	20,-
Fachserie 17: Preise		
Reihe 2	Preise und Preisindizes für gewerbliche Produkte (Erzeugerpreise), April 2008	7,65
Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland, April 2008 (Eilbericht)	3,80
Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland, April 2008	11,-
Reihe 7	Verbraucherpreisindizes für Deutschland, Mai 2008 (Eilbericht)	3,80

Publikationsservice des Statistischen Bundesamtes

Nahezu das gesamte Angebot an Standardveröffentlichungen des Statistischen Bundesamtes steht im Publikationsservice online zur Verfügung oder kann online bestellt werden:

www.destatis.de/publikationen

Alle aktuellen **Fachserien** werden in elektronischer Form als PDF- oder Excel-Dateien zum **kostenfreien** Download im Publikationsservice bereitgestellt.

Veröffentlichungskalender für Pressemitteilungen

Das Statistische Bundesamt gibt die Veröffentlichungstermine wichtiger wirtschaftsstatistischer Pressemitteilungen in einem Jahresveröffentlichungskalender, der wöchentlich präzisiert wird, bekannt.

Der Kalender kann unter der Internetadresse www.destatis.de → Presse → Terminvorschau abgerufen werden.

1) Zu beziehen durch den Buchhandel oder über den Vertriebspartner: SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 4343, 72774 Reutlingen, Telefon + 49 (0) 7071/935350, Telefax + 49 (0) 7071/935335, E-Mail: destatis@s-f-g.com. Preise verstehen sich ausschließlich Versandkosten.